Kritische Untersuchung der Leitbilder und Ziele des Städtebaues, an dem konkreten Beispiel des Wiederaufbaues und der Stadtentwicklungsplanung in Darmstadt

Übersicht

I. Allgemeine Voruntersuchungen

These: Die Stadt ist der Ausgangspunkt und die einzige Möglichkeit der technische, kulturellen und sozialen Entwicklung.
Seite : 1
These : Die kapitalistischen Produktions- und Bodenverhältnisse sind stadtfeindlich, wirken bei der Auflösung der Stadt mit und begünstigen den Missbrauch der Macht über Menschen.
Seite : 3
These: Wohnungsbaupolitik ist die Verschleierung der Klassengegensätze, sie dient zur Festigung der Machtverhältnisse. Wohnungsnot ist eine staatliche Institution. Sozialer Wohnungsbau ist ein Mittel staatlicher Konjunkturpolitik.
Seite : 8
These : Die bisherige Architektur ist Ideologie. Die Bauweise wird von dem Gesellschaftsaufbau bestimmt.
Seite : 16
These : Der organische Städtebau ist die Ausdrucksform der vorindustriellen Bodenideologie.
Seite : 23

II. Stadt Darmstadt

These: Die historische und politische Stadtentwicklung ist allgemeinen Sinne trifft bei Darmstadt nicht zu. Sie ist das Ergebnis der mittelalterliche, feudalen Machtverhältnisse. Bis zum Anfang des XX. Jahrhunderts wurde die Entwicklung mit Hilfe von Erbschaft übertragener Macht bestimmt, und die Untertanen (später Bürgerschaft genannt) hatten die ausschließliche Funktion, die zu einem Hof gehörenden Aufgaben zu erfüllen. Die Emanzipation des Bürgertums hat man von oben her durchgeführt.
Seite : 34

These: Der Wiederaufbau der Stadt ist die exakte Verwirklichung einer Ideologie der daran maßgeblich beteiligten.
Seite : 37
These : Die Bauleitplanung, die Grünplanung, der Generalverkehrsplan, die Stadtentwicklungsplanung sind unter dem Gesichtspunkt des organischen Städtebaues durchgeführt worden.
Seite : 50

Kranichstein : Eine Trabantenstadt, ein Waldsatelit, ein Abbild des gewandelten organischen Städtebaus.
Seite : 82
Motivationen zur Methodik des Stadtplanungsamtes Darmstadt
Seite: 86

These : Die Stadt ist der AUSGANGSPUNKT und die einzige Möglichkeit der technische, kulturellen und sozialen Entwicklung.

Die Stadt als Ort der Emanzipation.
Die ersten mittelalterlichen Stadtsiedlungen in Europa waren Marktansiedlungen. Die ökonomische Grundlage war die landwirtschaftliche Überproduktion und die Umsetzung oder der Umtausch dieser und anderer Waren auf dem Markt. Schon in den anfänglichen Zeiten erlangten die Städte durch Konzessionen und Steuerleistungen an den Feudalherren politische Unabhängigkeit und die Möglichkeit der Sdbstbewaffnung. Durch ihre eigene Produktionsweise ergab sich ihre ökonomische Unabhängigkeit. Die Arbeitsspezialisierung, die politisch unabhängige und nicht erbschaftsbedingte Selbstverwaltung und die Kommunikationsmöglichkeiten haben die technische und kulturelle Entwicklung vorangetrieben. Die Stadt war auf Zustrom von außen angewiesen, und hatte deshalb Interesse daran den Zuzug von außen zu erleichtern. Durch Garantie der Freiheit gegenüber den früheren Leibeigenen hat sie den Bereich der feudalen Herrschaft aufgebrochen. Die ständischen Unterschiede schwanden in der Stadt wenigstens soweit, insofern sie Verschiedenheit von gewöhnlicher Freiheit und Unfreiheit bedeuten.
Die Bodennutzung in der Stadt war grundsätzlich anders als auf dem Land; sie wurde von der Wirtschaftsstruktur geprägt.

1. Der Boden wurde intensiver genutzt, er erfüllte gleichzeitig mehrere Funktionen.
2. Der Boden war Gemeinschaftseigentum, konnte nicht gehandelt werden, er wurde nur auf bestimmte Zeit (z.B. auf Lebenszeit) verpachtet.

3. Bauwerke die die Machthaber symbolisierten, hatten Mittelpunktsfunktion. Unterpriviligierte Schichten wurden an den Stadtrand gedrängt.

4. Unterentwickelte Transport- und Kommunikationssysteme schafften Einheit von Wohn- und Arbeitsstätten. Sogar gleichartige Gewerbebetriebe waren nebeneinander. Enge Fußgassen hatten nur die Funktion, den Zugang zu den Häusern zu sichern. Nur wenige breite Straßen waren für den Wagenverkehr notwendig. Grundeinheit war der Hausblock und nicht das Straßennetz.

5- Militärische Befestigungen (Stadtmauer) schränkten den Wachstum der Stadt ein.

Die Wechselbeziehung zwischen Verbesserung der städtischen Produktionsverhältnisse und landwirtschaftlicher Produktion, bewirkte eine Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft. Die dadurch freigewordene Überschußbevölkerung konnte von den Städten nicht mehr aufgenommen werden. Diese freigewordenen Kräfte wurden bewaffnet und dazu mißbraucht, Territorialstaaten zu errichten. In diesen Staaten haben die Städte ihre Unabhängigkeit verloren, aber sie bewirkten eine allgemeine Verstädterung und die Ausbreitung städtischer Produktionssysteme. (1)

Der Emanzipationsprozess in der Stadt erfaßte zwar alle Bürger, aber mit der Zeit wurden neue Ungleichheiten geschaffen. Einige Familien entwickelten sich durch ihre überdurchschnittliche ökonomische Unabhängigkeit zu monopolisierenden Ratsgeschlechtern. Auch in der Zeit des Absolutismuses existierte die "bürgerliche Öffentlichkeit" nur für einen Teil der Bevölkerung, die sich durch Bildung und Besitz emanzipieren konnten. Es fehlten zunächst die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Gleichheit, daß jedermann mit Tüchtigkeit und Glück den Status eines Eigentümers, und damit die Qualifikation (Besitz und Bildung) eines Öffentlichkeit zugelassenen Privatmannes, erwerben konnte. (2) Diese Zustände (ungleiche Chancen) haben sich bis heute gefestigt; also ist der Prozess der Emanzipation noch nicht abgeschlossen. Diese Emanzipation kann aber nur in der Stadt stattfinden. Die Voraussetzungen sind auf dem Land gar nicht vorhanden. Arbeitsteilung, Spezialisierung, Kommunikationsmöglichkeiten, Mischung verschiedener Lebensfunktionen, Anonymität, und Urbanität sind reine städtische Erscheinungen. Ob positiv oder negativ auf dem Individuum bezogen, ist nicht geklärt, aber diese Fakten sind notwendig zu der technischen und sozialen Entwicklung. Durch die Zerstörung der Stadt wird diese Entwicklung unterdrückt.

These: Die kapitalistischen Produktions- und Bodenverhältnisse sind stadtfeindlich, wirken bei der Auflösung der Stadt mit und begünstigen den Missbrauch der Macht über Menschen.

Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse veränderten das räumliche Gefüge der alten Städte in entscheidender Weise. Anstelle von Orten gewerblicher Kleinbetriebe, Handelsniederlassungen und lokalen Märkten, wurden sie zu industriellen Standorten. (3) Natürlich wurden nicht alle Städte von dieser Entwicklung erfaßt. Es entstanden außerdem neben den Produktionsstätten Industriestädte. Obwohl die Verstädterung durch das Kapital vorangetrieben wurde, trägt es stadtfeindliche Faktoren in sich. Der Boden als Kapital mußte intensiv genutzt werden. Die Wohnungen wurden unter dem Gesichtspunkt der Profitmaximierung und nicht nach den Bedürfnissen der Bewohner gebaut (Mietkasernen), bis die unzumutbaren Bedingungen zu sozialen Unruhen führten. Um diese sozialen Unruhen zu beseitigen, wurden nicht die Ursachen, sondern die "Brutstätten" - die Stadt - beseitigt (Gartenstadt).

Kapital und Grundeigentum

Der Boden wird durch Einwirkung von Kapital zur Grundrente. Das ist eine Wertschöpfung, vom Kapital selbst geschaffen, und von seiner eigenen Produktion ungleicher Wert, d.h. daß das Grundeigentum Boden, als solches Gewinn (Rente) abwirft, auch ohne Produktion oder Investition. Das Kapitalelement Boden ist aber im Gegensatz zu anderen Kapitalobjekten nicht vermehrbar, sondern nur konzentrierbar (siehe Zeichnung). Er konzentriert sich in den Händen von Grundeigentümern. Da die Nachfrage durch die rasche Industrialisierung, besonders in der Stadt (industrielle Standorte) das Angebot bald überschritt, wurden die Besitzenden zu Monopolisten. Der Weg zum Missbrauch war frei.
BGB § 903: "Der Eigentümer einer Sache kann, soweit nicht das Gesetz oder Recht Dritter entgegenstehen, mit der Sache nach belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen."
Die bisherigen Pächter, Erbpächter und Fronbauern werden automatisch, die Kleinbauern und Heimarbeiter (Weber) durch Verlust oder Aufgabe ihres kleinen Grundeigentums zu Tagelöhnern oder Lohnarbeitern. Lohnarbeit wurde also durch das kapitalistische Grundeigentum geschaffen.

BODENEIGENTUM ——— nicht vermehrbar

——— konzentrierbar

gewerbliche ländliche Nutzung ———

gewerblich städtische Nutzung ——— RENDITE
(Bodenpreis)

RENDITE ——— konkurrenznotwendiger Normalgewinn

——— Renten Monopolrenten (Lage)
Differenzialrente (investitionsbedingt)

Wirkung auf Städteplanung und Raumordnung

Wirkung auf Standortwahl der Gewerbe

Wirkung auf Wohnungsbau

Das räumliche Gefüge der mittelalterlichen Städte, welches von der Manufaktur oder dem Kleinbetrieb geprägt wurde und durch die Industrialisierung sich zu industriellen Standorten entwickelte, konnte den Zustrom der Landarbeiter nicht aufnehmen. Um den verbesserten Verkehrs- und Kommunikationssystemen nachzukommen, wurden gleichzeitig die Straßen erweitert und neu geschaffen. Damit wurden jedoch Wohnmöglichkeiten für die Arbeiter beseitigt, ohne daß ein entsprechender Ersatz geboten wurde. Daß das Angebot an Arbeitskräften sehr groß war, und die wiederkehrenden industriellen Schwankungen die Arbeitskräfte zeitweise freisetzten, wurde das Bürgertum nicht zur Abschaffung des Wohnungsmangels veranlaßt. Die neu gebauten Mietskasernen beseitigten auch nicht die Wohnungsnit, weil das Angebot an Wohnungen immer geringer war, als die Nachfrage.

Auch heute noch verhindert die kapitalisitische Ausnutzung des Bodens den Städtebau und die Stadtplanung. Die Städte sind "zur Funktion der Grundrente" geworden, dadurch richtet sich die Planung und die Standortbestimmung nach Bodenpreisen und nicht nach den tatsächlichen Bedürfnissen. Dem Grundstücksmonopol und dem Kapital ist es vorbehalten über unsere Lebensbedingungen zu bestimmen. Folgende Beispiele beweisen, daß diese Aussage den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.

Axel Springer ist in der Lage, durch bewußten Ankauf von Grundd stücken in der Innenstadt, jegliche ihm nicht genehme Stadtbaupolitik in Hamburg zu blockieren.(4)

August von Finck besitzt 2000 Hektar potentielles Bauland um München. Für zwei Drittel dieser Partie wollte ihm die Stadt 1960 800 Millionen DM geben. heute wird der Grund auf mindestens zwei Milliarden DM geschätzt. (5)

Jakob Mengler in Darmstadt" Ohnehin hatten sich die Kommunalspitzen bereits beim ersten Tiefgaragenbau verpflichtet, daß, so Mengler, weitere Parkhausbauten auf städtischem Grund und Boden mir zum Bau und Betrieb angeboten werden sollen." (6)

Ausschreibung des beschränkten Wettbewerbes zur Gestaltung des Luisenplatzes in Darmstadt. Teilnehmen konnten nur Investoren, die die Finanzierung und Unterhaltung auf eigener Regie betreiben können.(7)

"Die Gewinne aus Bodenwertsteigerungen nach dem Kriege in der BRD beliefen sich auf mindestens 100 Milliarden DM.Diese gewaltige Vermögen ist --- rechtmäßiger Profit .... die meißt nicht besteuert

Altersheime Becker

6558 Wöllstein/Bad Kreuznach
Bahnhofstraße 20
Telefon (0 67 03) 241

6101 Ernsthofen/Odenwald
Landkreis Darmstadt
Schloßstraße 11
Telefon (0 61 67) 123

6103 Griesheim/Darmstadt
Sandgasse 80
Telefon (0 61 55) 257 (22 57)

Bauchen bei Amorbach
Haus Nr. 10
Telefon

Bankkonto:
Kreissparkasse Alzey,
Hauptzweigstelle Wöllstein Kto. 200320
Postscheckkonto: Frankfurt/Main 252761

H a u s o r d n u n g

Mit sofortiger Wirkung wird folgende Hausordnung erlassen und alle Bewohner des Hauses Darmstadt, Mollerstr. 44 aufgefordert sich hieran zu halten und diese Anweisungen zu befolgen. Bei Nichtbefolgung der Hausordnung muss mit sofortiger Kündigung gerechnet werden.

Anweisung :

a.) Haustür, platz vor der Haustür auf der Strasse, Flur bis zur Treppe sowie flure rechts und links sind von den weiblichen Bewohnern der Zimmer 1 - 1o abwechselnd zu reinigen und auf Sauberkeit zu achten.

b.) Treppe von ptr. bis zum I. Stock sowie flure beiderseits sind von den weiblichen Bewohnern des Zimmer 11 - 2o abwechselnd zu reinigen und auf Sauberkeit zu achten.

c.) Treppe vom I. Stock zum II. Stock sowie flure rechts und links im II. Stock sind von den weiblichen Bewohnern des II. Stocks ab zimmer 21 - 28 abwechselnd zu reinigen und auf Sauberkeit zu achten.

d.) Teppe vom II. zum III. Stock sowie die flure rechts und links im III. Stock sind von den weiblichen Bewohnern der zimmer 29 - 36 abwechselnd zu reinigen und auf Sauberkeit zu achten.

e.) Treppe vom III. zum IV. Stock (Dachgeschoss) sowie flur im Dachgeschoss ist von den weiblichen Bewohnern des Dachgeschosses -zimmer 37 - 44 abwechselnd zu reinigen und auch auf Sauberkeit zu achten.

Ausserdem werden alle Bewohner des Hauses Darmstadt ,Mollerstrasse 44 darauf hingewiesen, dass ab sofort nicht mehr geduldet werden kann, dass Müll neben den Mülltonnen gelagert werden wird, sondern dieser immer nur in die Mülltonnen entleert werden darf. Müll ,der nicht in die Mülltonnen hineinpasst, ist mit in die Wohnung zu nehmen und erst dann zu entleeren, wenn eine Mülltonne leer ist oder unser Lastwagen zur Mitnahme des Mülls bereit steht.

Toiletten und Bäder auf den jeweiligen Etagen sind von den jeweils zur Sauberhaltung verpflichteten weiblichen Bewohnern ebenfalls zu reinigen und an den entsprechenden Tagen sauber zu halten.

Nr.1

Altersheime Becker

6550 Wöllstein/Bad Kreuznach
[illegible]
6101 Ernsthofen/Odenwald
[illegible]
6103 Griesheim/Darmstadt
[illegible]
(Beuchen bei Amorbach
[illegible])

Frau
[redacted]

Darmstadt
Mollerstr. 44

29.4. 1969

Betr. Mitteilung, dass wir die neuen Hauseigentümer sind,
Mieterhöhung,
Kündigung der von Ihnen angemieteten Wohnung.

Nachdem wir am 11.4.69 das Haus Darmstadt, Mollerstr. 44 käuflich erworben haben, teilen wir Ihnen dies hierdurch mit und kündigen Ihnen hiermit gleichzeitig die von Ihnen bewohnten Räume zum 30.4. 1970.
Bis zu diesem Termin sind wir leider gezwungen eine angemessene Miete von Ihnen zu verlangen und erhöhen die Miete per Monat ab 1.5. 1969 bis zum Tag des Auszuges auf monatlich DM 225.--.
Da wir im Haus Mollerstr. 44 ein Wohnheim einrichten möchten, benötigen wir dringend die Räumlichkeiten und werden Ihnen deshalb bei der Beschaffung einer anderweitigen Wohnung finanziell entgegenkommen, indem wir Ihnen einen Makler benennen, der Ihnen auf unsere Kosten eine Wohnung beschaffen will.
Falls Sie sofort von unserem Angebot Gebrauch machen, halten wir uns an dieses Angebot, (im höchsten Falle [illegible] bis zum 30.4. 1970. Nach diesem Termin müssten wir von dem uns zustehenden Recht Gebrauch machen und ist sodann unser Angebot der finanziellen Mithilfe bei der Beschaffung einer anderen Wohnung hinfällig geworden.
Wir hoffen auf eine gütliche Regelung und zeichnen

Hochachtungsvoll
[signature]

NB. Zahlung der erhöhten Miete ist ab 1.5.69 nur noch an uns auf unser Bank- oder Postscheckkonto zu leisten.

[illegible]
o. Bad } [illegible] qm
ca. [illegible] - 92,70

wird, aus Wucher, der nicht verfolgt werden kann, aus Erpressung die keinen Staatsanwalt interessieren darf." (8)
Es hat die Bevölkerung (Lohn- und Gehaltsempfänger) bezahlen müssen, ohne daß ihre eigenen Verhältnisse verbessert worden wären.
Die erste und unumgängliche Voraussetzung zu einer Planung nach den menschlichen Bedürfnissen, ist also der Übergang des privaten Bodens in die öffentliche Hand. Alle anderen Diskussionen und Teillösungen reden an den tatsächlichen Hindernissen vorbei. Der Anspruch auf Humanität und Gleichberechtigung gleicht einer Beleidigung gegenüber jedem Individuum, solange Privateigentum als Anrecht auf Herrschaft über Menschen nicht beseitigt wird. Das elementare Bedürfnis des Wohnens darf nicht einem Markt ausgeliefert werden, auf dem "nicht das Maß des Menschen und seiner Wünsche herrscht, sondern die Berechnung der ökonomischen Rentabilität und des Profits." (9)

These : Wohnungsbaupolitik ist die Verschleierung der Klassengegensätze, sie dient zur Festigung der Machtverhältnisse. Wohnungsnot ist eine staatliche Institution. (10) Sozialer Wohnungsbau ist ein Mittel staatlicher Konjunkturpolitik.

Die radikalsten Theoretiker der sozialen Unruhen haben eine konkrete Lösung des Problems erarbeitet. Demnach war das Proletariat eine revolutionäre Klasse, "von dem Kapitalismus selbst geschaffen, die aus dem an den Boden gefesselten Arbeiter, einen vollständig besitzlosen, aller überkommenen Ketten losgelösten Proletarier gemacht hat. Gerade diese ökonomische Revolution ist es, die die Bedingungen geschaffen hat, unter denen allein die Ausbeutung der arbeitenden Klasse in ihrer letzten Form, in der kapitalisitischen Produktion, umgestürzt werden kann." (11) Das bedeutet die Beseitigung des Grundübels, das Kapitalismus. Diese deutliche Aussage konnte natürlich nicht unbeantwortet von Seiten des Bürgers und Kapitals bleiben.
Zuerst mußte die Einheit des Proletariats gespalten werden, ohne Beeinträchtigung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Später mußte diese Uneinheit in den wirtschaftlichen Kreislauf integriert werden, wobei die Vermögensverteilung unangetastet blieb.

Die Einheit wurde gleich auf zwei Ebenen: auf moralischen und wirtschaftlichen, angegriffen. Dr. Emil Sax hat es genau formuliert: "So kommt es, daß sie sich, wenn sie nur etwas an der Miete ersparen, in dunkle, feuchte, unzureichende, kurz allen Anforderungen der Hygiene Hohn sprechende Wohnungen ziehn ... daß oft mehrere Familien in eine einzige Wohnung, ja ein einziges Zimmer sich zusammen mieten, alles um möglichst wenig für die Wohnung auszugeben, während sie daneben auf Trunk und allerlei eitle Vergnügungen ihre Einkommen in wahrhaft sündhafter Weise verschleudern."(12) Daß das Geld das die Arbeiter "verschwenden" und das unter den gegebenen Verhältnissen die Trunksucht unter den Arbeitern ein notwendiges Produkt ihrer Lebenslage ist, ebenso notwendig wie Krankheiten, Verbrechen, und diese Missverhältnisse im voraus berechenbar sind, wird verschwiegen, Herr Sax sieht die Lösung so: "Es ist etwas eigentümliches um die in Menschen liegende Sehnsucht nach Grundbesitz, einen Trieb, den selbst das fieberhaft pulsierende Güterleben der Gegenwart nicht abzuschächen vermochte. Es ist dies das unbewußte Gefühl von der Bedeutung der wirtschaftlichen Errungenschaft, die der Grundbesitz darstellt. Mit ihm bekommt der Mensch einen sicheren Halt, er wurzelt gleichsam in dem Boden, und jede Wirtschaft hat in demselben die dauerhafteste Basis. Doch weit über diese materiellen Vorteile reicht die Segenskraft des Grundbesitzes hinaus! Wer so glücklich ist, einen solchen sein zu nennen, hat die denkbar höchste Stufe wirtschaftlicher Unabhängigkeit erreicht, er hat ein Gebiet, worauf er souverän schalten und walten kann, er ist sein eigener Herr, er hat eine gewisse Macht und einen sicheren Rückhalt für die Zeiten der Not, es wächst ein Selbstbewußtsein und mit diesem seine moralische Kraft. Er würde dadurch aus der besitzlosen in die Klasse der Besitzenden emporgehoben." (12)

Es mag für den aufwärtsstrebenen Kleinbürger, der sich mit Vorliebe von den Schichten, woher er kommt abgrenzt, einleuchten, aber er denkt nicht daran, daß diese Verhältnisse nur Theoretisch möglich oder für eine breite Schicht der Bevölkerung nicht durchführbar sind. Wenn der einzelne Arbeiter sein Häuschen gelegentlich verkaufen wollte, würden bei einer wirtschaftlichen Krise, die immer wieder in regelmäßigen Abständen kommt, sämtliche den betreffenden Arbeitern gehörenden Häuser zum Verkauf angeboten werden. Sie würden entweder gar keinen Käufer finden, oder weit unter den Preis verkauft werden, und das ganze könnte von vorne angefangen werden.

Die denkbar höchste Stufe der wirtschaftlichen Unabhängigkeit erreicht natürlich der Wucherer und Großgrundbesitzer.
Der Boden ist nicht vermehrbar und es ist unmöglich, daß an einem industriellen Standort jeder Arbeiter ein eigenes Häuschen mit Grundstück erwerben kann.

Hinter der Argumentation von Herrn Sax steht nichts anderes, als die Absicht, einen Teil der Arbeiterschaft wieder an Grund und Boden zu fesseln, wodurch sie ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit verlieren würde. (Bei der fortgeschrittenen Spezialisierung und Industrialisierung ist der Familienbetrieb konkurrenzunfähig.) Durch Wettbewerbssituation innerhalb der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums sollte eine Feindschaft erzeugt werden.
"Daß der Besitz eines kleinen Häuschens die Arbeiterfamilie bindet, sie verhindert bessere Arbeitsbedingungen an anderen Arbeitsstätten zu suchen, ist ein Umstand, den wir nicht allzu hoch anschlagen wollen."(13)
Das Bürgertum selber wußte, wie absurd die Vorstellung von einem kleinen Häuschen für jeden Arbeiter war. Deshalb mußten zur Bindung des Arbeiters an seinen Arbeitsplatz andere Wege gesucht werden.
Die unzumutbaren Verhältnisse in den Arbeitervierteln waren Grundlage für Seuchen und Verbrechen, von denen auch die privilegierte Bürgerschaft betroffen wurde. (Cholerapidemie Hamburg 1892)
Deshalb mußten diese Verhältnisse geändert werden. "Es liegt im Interesse der Fabrikanten selbst, ihren Arbeitern zu erträglichen Wohnungen zu verhelfen; einerseits als gute Kapitalanlage, andererseits weil die darauf unfehlbar resultierende Hebung der Arbeiter ... eine Steigerung ihrer körperlichen und geistigen Arbeitskraft nach sich ziehen muß, was natürlich nicht minder dem Arbeitgeber zugute kommt." (12)
"Wer weiß, ob dann über Jahr und Tag, wenn eine allgemeine Revolte durch das Land gehen wird, ein Auflehnen aller Klassen von Arbeitern gegen ihre Arbeitgeber, ob wir dann nicht die einzigen Verschonten sein werden, wenn wir zeitig noch alles in Gang bringen."(Krupp über seine Arbeitersiedlungen)
An diesen Beispielen erkennt man eindeutig, wie Klassengegensätze durch den Bau von Arbeiterwohnungen verhindert werden sollten.

Das Großbürgertum hat die Angst des Kleinbürgertums (Schicksal der Arbeiterklasse teilen zu müssen) ausgenutzt, indem sie laufend auf die kommunistische Radikalisierung hingewiesen hat, welche das Kleinbürgertum ebenso ablehnte. Sie verteidigten sogar bürgerliche Besitzverhältnisse, als wäre es ihre eigene Sache. Mit der moralischen Hilfe des Kleinbürgertums, ermöglichte das Großkapital die Gründung von Selbsthilfeorganisationen, als kontrollierte Aktion für begrenzte und vorgeschriebene Zwecke. Es wurden Vereine, Genossenschaften und kleine Aktiengesellschaften gegründet, wobei die Selbstständigkeit dieser Gesellschaften sich nur auf organisatorische Arbeit beschränkte. Die Mitglieder haben freiwillig ein Bewußtsein verinnerlicht, das anderem zum Vorteil, ihnen selbst zum Verhängnis wurde, indem sie Selbsthilfe, Selbstschuld, angemessene Beschränkung der Freiheit auf freiwillige Basis angenommen haben. (14)

"In Bezug auf Freiheit unterliegen Staat und Verein keiner wesentlichen Verschiedenheit. Die letzteren kann ebenso wenig entstehen, oder bestehen, ohne daß die Freiheit auf allerlei beschränkt werden, als der Staat mit ungemessener Freiheit sich verträgt." (15)

In diesen Vereinen wurde die sittliche und religiöse Moral der Arbeiter und des Kleinbürgertums bearbeitet. Es heißt, die unteren Schichten der Gesellschaft haben ihre Lage selbst zu verantworten. (siehe Sax) In den Vereinen aber haben sie die Möglichkeit, durch Selbsthilfe, die durch Selbstschuld eingetretene Lage zu mildern. Durch gezielte Propagandaarbeit hat das Großbürgertum und das Kapital ein Bewußtseinsstadium unter den Vereinsangehörigen erarbeitet in dem Schuldkomplexe und Autoritätshörigkeit überwogen. Die ideologische Grundlage zur Gründung von "gemeinnützigen" Bauvereinen war geschaffen. Die Arbeiter waren bereit aus Eigeninitiative die Wohnungsnot zu mildern. Es wäre natürlich falsch zu glauben, daß die Not so behoben wurde. Durch das Genossenschaftsgesetz (4.6.1868) wurden zum Wohnungsbau nur Genossenschaften mit beschränkter Haftung zugelassen. Dazu benötigte man eine Kapitalgrundlage, welche aus den Mitgliederbeiträgen nicht zustande kommen konnte. Jeder Verein (16), der ernsthaft Wohnungsbau betreiben wollte, war auf Kredite angewiesen. Kredite und Hypotheke wurden aber nur zweckgebunden vergeben; so konnte das Großkapital wiederum die Wohnungsbaupolitik nach Belieben beeinflussen.(17) Die Abhängigkeit war wiederum perfekt, denn von jedem Stückchen Besitz, das der abhängige Klasse zu-

geteilt wurde, besaß den größten Teil das Großkapital. Wohnkultur die den Arbeitern eingeprägt wurde, erwies sich als eine Form der Ausbeutung.)18) Der gemeinnützige Wohnungsbau hat, wie jeder andere Wirtschaftszweig, Güter produziert, und diese an die Produzenten verkauft, den Mehrwert zur Expansion der Produktivität benutzt und damit zum allgemeinen Wachstum einer Produktion beigetragen, welche den Konsum der Arbeiter und Angestellten mitwachsen ließ. (19) Die Wohnungsnot war keineswegs beseitigt. Von oben her (Staatl. Baupolizei, Bauverwaltung) wurden Mindestanforderungen festgelegt (Belegung, Hygiene), und durch Wohnungsinspektionen kontrolliert. Der Staat hat die Wohnungsnot kontrolliert, verwaltet, aber nicht behoben. Damit war die Wohnungsnot institutionalisiert.
Die Mindestanforderungen wurden so festgelegt, daß sich immer ein Defizit ergab, welches mit den volkswirtschaftlich vertretbaren und wünschenswerten Baumaßnahmen gedeckt werden konnte, sie lagen daher dicht über den jeweils vorhandenen Durchschnittsverhältnissen. (20) Auch heute ist der Wohnungsbau, insbesondere der soziale Wohnungsbau, ein Mittel staatlicher Konjunkturpolitik. Er soll den Gegensatz von Boom und Depression in eine schleichende Inflation verwandeln. D.h. er soll im geeigneten Augenblick " die Konjunktur ankurbeln oder bremsen". Auch aus diesem Grund wird die Bauindustrie auf einer vorindustriellen technologischen Rückständigkeit gehalten. Als Mittel kurzfristiger Konjunkturplanung darf sie nur kurzfristig sich amortisierende Investitionen wagen. Bei Wendung der Produktion in die Depression soll sie ohne Schaden wieder auf die ursprüngliche Stufe des Manufakturellen Betriebes zurücksinken können. (Der Gesamtanteil des Fertigteilbaues an den Baukosten betrug in der BRD 1967 5,8 % bei Wohnungsbauten 1o,6 % (21)

"So nähren Sanierungsprogramme ... den Verdacht, daß sie eher politisch wirtschaftlichen als städtebaulichen Zwecken dienen. Es ist die indirekte Subvention für einen Industriezweig, der unter dem Bedarf der fünfziger Jahre zu gigantischen Dimensionen aufgebläht wurde und nun mit Aufträgen bedient werden muß. Bonn macht gar keinen Hehl daraus, daß die geplante Stadtsanierung als Instrument antizyklischer Konjunkturpolitik dienen soll." (22)
"Sowohl die Wohnungs- und Städterbaupolitik als auch Wirtschafts- und Finanzpolitik (sind) primär an einer bedarfgerechten, von

kurzfristigen Schwankungen möglichst freien Entwicklung der Bauinvestitionen interessiert. Auch der Bauwirtschaft ist an einer möglichst stetigen Entwicklung gelegen. Die Bundesregierung ist deswegen bemüht, die zu erwartende Abschächung im Wohnungsbau durch städtebauliche Sanierungs- und Infrastrukturmaßnahmen abzufangen."(23)

Das neue Städterbauförderungsgesetz beweist diese Auffassung, da nach diesem Gesetz nur die Baumaßnahmen erleichtert und gefördert werden sollen, nicht aber die Beseitigung der Missstände auf dem Wohnungsmarkt und die Enturbanisierung der Städte. Sogar der Vorwurf ist gerechtfertigt, daß die Regierung nicht an der Beseitigung der Wohnungsnot interessiert ist. Die sozialen Schäden, die durch die Sanierungsmaßnahmen angerichtet werden, sind vorauszusehen.

1. Das Geflecht sozialer Beziehungen, - das mit dem Begriff Nachbarschaft nicht gleichzusetzen ist - wird zerstört-
2. Die finanzielle Lage der Familien der unteren Einkommengruppe, wird katastrophal verschlechtert, die Mieten der neuen Wohnungen erreichen das Fünffache der früheren Mietkosten.
   "Sieben Prozent der über 18o ooo sogenannten Obdachlosen, die in den Nissenhütten-Gettos am Rande der Städte Nordrhein-Westfalens vegetieren, sind laut NRW-Regierungsstatistik Opfer von Sanierungen."
   Dazu wäre noch zu bemerken, daß 56,1 % der registrierten Obdachlosen, nicht durch "eigene Schuld" obdachlos geworden sind.
3. Die Notwendigkeit der Rendite erlaubt keine sozialen Aspekte, meistbietende Kaufhaus- und Parkhauskonzerne lösen großstädtische Kernbereiche auf.

"Die Gemeinden in Sanierungsgebieten sollen ein Grunderwerbsrecht erhalten, falls der Eigentümer seinen Besitz nicht selbst modernisieren kann. Der Preis, den die Gemeinde zahlt, richtet sich nach dem Verkehrswert vor Einleitung des Sanierungsverfahrens. Nach Beendigung der Sanierung, die auch mit öffentlicher Wohnungsbaumitteln gefördert werden soll, hat die Gemeinde die Pflicht, Grund und Boden zu reprivatisieren. Dabei sollen die ehemaligen Eigentümer berücksichtigt werden." (24)

Die Nutznießer der von öffentlichen Mitteln finanzierten Sanierungsmaßnahmen, sind die ehemaligen Eigentümer, die außer besseren baulichen Zuständen eine allgemeine Steigerung des Verkehrswertes

erfahren. Die neu anfallenden höheren Kosten werden auf die Mieter abgewälzt.
Auf diese Weise wird nur ein Kreislauf wiederholt und die Bauindustrie beschäftigt. Nach Erfahrungen sind neu erstellte (soziale) Bauvorhaben innerhalb weniger Jahren wieder sanierungsbedürftig, aber die Gebiete befinden sich inzwischen in den Händen der alten oder neuen Besitzer. Die ungerechte Verteilung an Grund und Boden wird nicht berührt, sindern die Gefahr der Besitzkonzentration an Boden erhöht.

These: Die bisherige Architektur ist Ideologie.
Die Bauweise wird von dem Gesellschaftsaufbau bestimmt.

Die Industrialisierung und die kapitalistischen Produktions- und Bodenverhältnisse haben zu einer allgemeinen Zerstörung der Städte geführt. Ihre sichtbarsten Ausdrucksformen waren die elendigen, trostlosen Mietskasernen, Krankheiten durch die unzureichende hygienischen Zustände, Kriminalität durch Arbeitslosigkeit und zu niedrige Löhne und darauf folgende zwangsweise soziale Unruhen. Das Kapital und seine Vertreter waren selbstverständlich an einer Behebung dieser Zustände interessiert, aber sich selbst und ihr Herrschafts- und Produktionssystem konnten sie nicht in Frage stellen.
Ihr Bewußtsein ist nicht mit der technischen Entwicklung - die sie selbst vorangetrieben hatten.- mitgewachsen und so ist es auch verständlich, daß sie die Lösung der Missverhältnisse mit einer vorindustriellen Herrschaftsideologie versucht haben.
Diese Ideologie war genau gesagt, eine vorindustrielle, Blut-und-Boden orientierte und dem hierarchischen Aufbau der Gesellschaft anerkennende Ideologie. Die Stadtfeindlichkeit war also ihr Selbstverständnis, weil sie eine vorgeschichtlich-ungeschichtliche Vorstellung vom Landleben als archaisch konfliktlosem Reich des Positiven, Idealen und Schlichten bejahte, wo noch der Satz gilt "Der Mensch ist gut" und nicht dessen böse kritische Verlägerung: "Nur der gute Mensch ist gut." (25)
"Herrschaft und ihr sichtbarer Ausdruck in Architektur richten sich nicht allein nach abstrakten Ideen, sondern nach konkreten Zwängen. Mit wechselnder sozialer Lage und historischer Situation wechseln die Zwänge, und die Ausdrucksform von Herrschaft, orab die Architektur, wird dem angepaßt. In der Rekonstruktion oder

Aufrechthaltung patriarchaler Herrschaft ist zu allen Zeiten die archaisierende Tendenz unverkennbar." (26)
Den Beweis zu dieser These also zu der stadtfeindliche, vorindustriellen Bodenidcologie, kann man an Aussagen von Riehl, Spengler, Tönnies, Fritsch und Howard führen.

Riehl. Er sieht die Sache hoch politisch, er wehrt sich also gegen das Proletariat,
a) aus moralischen Gründen: sittenlos
b) aus politischen Gründen: gegen die sozialen Forderungen
Sein Wunschbild ist die Gemeinde ("Aber nicht die politische Form, sondern der soziale Inhalt des Gemeindelebens war es, an welchem das Volk hing und noch hängt."), wo die natürliche Ungleichheit der Menschen noch hingenommen wird. Die hierarchische Gliederung ist ein Geschlossenes Kunstwerk, und jede Auflehnung gegen diese Gesellschaftsordnung ist staatsfeindlich. Konkreter Vorschlag zur Beseitigung der städtischen Missstände "von ihm" durch Seuchen und Hungersnot ins rechte Lot gebrachte werden." (27)

Spengler Genau wie Riehl, wehrt er sich gegen die Veränderung der Macht- und Besitzverteilung, und die Stadt (Steinwüste), ist die "Brutstätte" des Untergangs. Er sieht die Verbundenheit mit der Natur zerrissen: da "innerhalb der Stadtmauern das pflanzenhafte Verbundensein mit dem Lande ein Ende hat und die das Landleben durchsetzenden Bindungen zerrissen sind. Ihr Wesen hat deshalb etwas Verneinendes." Einziger Ausweg: die rechtzeitige Unterwerfung unter die kommenden Gewalthaber.(28)

Tönnies im Gegensatz zu Riehl und Spengler, die für die Verhärtung der Machtverhältnisse plädieren, schwebt Tönnies eine urkommunistische patriarchalische Gemeinschaft vor. Aber genau die Elemente, die das Gesamtwohl ermögliche, also der technische Fortschritt und damit die Großstadtm fehlen in seinem Fantasiebild. Sie sind sogar verbannt.
"In der Gross-Stadt, also in der Hauptstadt und zumal in der Weltstadt, gerät das Familienleben in Verfall. So ist Großstadt und gesellschaftlicher Zustand überhaupt das Verderben und der Tod des Volkes, welches umsonst sich bemüht, durch seine Menge mächtig zu werden, und, wie ihm dünket, seine Macht nur zum

Aufruhr gebrauchen kann, wenn es seines Unglücks ledig werden will."
Trotz schwärmerischer Vorstellungen über eine glückliche Zukunftsgemeinschaft, dürfen sich die Arbeiter nicht auflehnen, sonst ist ihr Untergang gewiß.
Die Stadt ist auch naturfeindlich und verderblich, somit steht Tönnies im gleichen Lager wie Riehl und Spengler.(28)

Fritsch Die ersten "brauchbaren" Vorschläge kamen von Fritsch. Als eifriger Verteidiger der bürgerlichen Herrschaftsverhältnisse vertrat er die Ansicht, daß die neue Stadt einen wohlgegliederten Organismus darstellen soll, indem das organische Gefüge auch in dem äußeren Aufbau ihrer Wohnsitze zum Ausdruck kommen soll. Die hierarchische Anordnung sah so aus: in dem Zentrum sind repräsentative Geschäfts- und Wohnhäuser der obersten Schichten, dann kommt die exklusive Mittelschicht, und am Stadtrand sind die Fabriken, Transportanlagen und Arbeiterwohnungen. Zwischen den einzelnen Zonen werden Grüngürtel gezogen damit die Unterscheidung nicht zu schwer fällt. Für den Fall, daß sich jemand trotzdem verirren sollte, schlägt Fritsch vor: "Als Genossenschaft könnte sich das Recht wahren, die Aufnahmefähigkeit an strenge Bedingungen zu knüpfen und alle unliebsame Elemente fernzuhalten.
Körperliche und moralische Gesundheit wären vor allem zu fordern."
Sein Antisemitismus und politischer Extremismus trug dazu bei, daß seine Vorschläge in der Weltöffentlichkeit nicht so bekannt wurden, wie die von seinem Zeitgenossen Howard.(30)

Howard Die sogenannte Gartenstadt wird Howard zugeschrieben. Genau wie Fritsch will er auch nichts an dem System ändern, sondern nur erträglicher machen. Er konnte seine Ideen so "Neutral und wertfrei" darstellen, daß auch Sozialisten seinem Programm zugestimmt haben. Die Vorzüge des Einfamilienhauses werden besonders hoch gewertet, weil unter anderem Heim und Familie, die untersten Organe der Staatsgewalt, wieder an Bedeutung gewannen.(31)
Der eigentliche Unterschied zwischen Fritsch und Howard beruht auf den verschiedenen Traditionen der Demokratie in ihren Heimatländern.
Nachweis der Ideologie

Ideologen gehören herrschaftsgeordneten Gesellschaften an. Die Ideologie wird von herrschaftlichen Interessen erzeugt. Die Macht beruht auf die Möglichkeit, Zwangsmittel anzuwenden. Um diese Zwangsmittel zu rechtfertigen werden Fehllehren aufgestellt, die durchaus zutreffende Elemente enthalten, und eben hierdurch können sie Glauben finden. Diese "zutreffende Elemente" sind durch segregationstische Verfahrensweise aus dem Gesamtzusammenhang herausgenommen, und dadurch nicht mehr zutreffend. Ideologien sind daher nicht nur auf ihre unzutreffenden Aussagen zu überprüfen, sondern auch auf ihren verborgenen gesellschaftlichen Wahrheitsgehalt, auf die falsche Wirklichkeit in ihnen.
Ideologien sind zumeist nichts als bewußte Täuschungsversuche von Seiten der Ideologieträger anzusehen, in gewissem Umfang glauben die Verbreiter von Ideologien selbst an diese.(32)
Die Aussagen von Riehl, Spengler und Fritsch helfen bei diesem Nachweis der Ideologieninhalte.
Der historische Ablauf der Geschichte stellt sich bei ihnen als eine Folge von Herrschaftssystemen dar. Diese Herrschaft ist gottgewollt, die Ungleichheit der Menschen ist natürlich. Diese Hypothesen können nur von einem Angehörigen einer Klasse stammmen, dessen Herrschaft in Frage gestellt wird. Die Aufrechterhaltung der Zustände liegt selbstverständlich in ihrem Interesse. Mit Hilfe des Sozialdarwinismus wird diese Herrschaft als notwendig dargestellt.
"Die Weltgeschichte ist das Weltgericht: Sie hat immer dem stärkeren, volleren, seiner selbst gewisseren Leben recht gegeben, Recht nämlich auf Dasein, gleichviel ob es vor dem Wachsein recht war, und sie hat immer die Wahrheit und Gerechtigkeit der Macht, der Rasse geopfert und die Menschen und Völker zum Tode verurteilt, denen die Wahrheit wichtiger war als Taten und Gerechtigkeit wesentlicher als Macht."(33)
Sie sind also eindeutige Vertreter herrschaftsgeordneter Gesellschaftsordnung. In der Stadt ist aber ihre Herrschaft gefährdet: "Die Herrschaft der Großstädte wird zuletzt gleichbedeutend mit der Herschaft des Proletariats",(34) was natürlich verhindert werden muß. Auf dem Lande wird aber noch die Herrschaft des Großgrundbesitzes hingenommen und die Suche nach der Wahrheit und Gerechtigkeit wird durch Taten ersetzt. Deshalb wird die Stadt als unnatürlich dargestellt; auf dieser Weise erscheint ihre Auflösung als "logisch". Falsch ist die Behauptung, daß die

Stadt unnatürlich und ungesund wäre, vielmehr liegt die Ursache des "Verderbens" in der Ausbeutung ihrer Bewohner und in der ungenügenden Ausstattung. Die Verbundenheit mit der Natur auf dem Land beruht lediglich auf der Tatsache, daß der Boden ein Produktionsmittel ist.
Nah zu kriminell sind die Methoden, womit sie die Hierarchie aufrecht erhalten wollen: Kriege, Hungersnot, Seuchen, Wohngettos. Welche Auswüchse diese Ideologie hervorgebracht hat, beschreibt Gsimek: "Man darf nicht vergessen, daß es in der ersten Hälfte des Jahrhunderts (XIX) noch zur allgemeinen Philosophie gehörte, daß die Bevölkerung geometrisch, die Nahrungsmittelbasis aber nur arithmetisch wachse, daß deshalb ein Teil der Menschheit verhungern müsse und daß man der Weltvernunft einen Dienst erweise, wenn man Arbeiterwohnungen so schlecht baue, daß man durch Krankheit und Tod zur Balance zwischen Wachstum und Ernährung beitragen könne."(35)
Die Behauptungen, daß es in dem Wesen der Großstadt liegt, wenn Krankheiten, Vermassung und Unruhe auftreten, kann man entkräften, denn diese negativen Aspekte sind vorsätzlich und bewußt geplant und verwirklicht worden. Als dann die Ausmaße dieser "Philosophie" sehr bedrohlich wurden, versuchte man sie in eigenem Interesse abzuschaffen, und diese Tätigkeit wurde als "sozial" bezeichnet.

Die theoretische Grundlage des organischen Städtebaus ist die von Riehl, Spengler, Tönnies usw. begründete Ideologie.
Ein maßgeblicher Vertreter des organischen Städtebaus ist Hans Gernhard Reichow. Bei ihm ist ganz deutlich; die Großstadtfeindlichkeit, die Naturbezogenheit und herrschaftsbezogene Auffassung."Viele soziale Schäden der Großstadt gründen sich auf ihre Ungebundenheit, mangelnde Übersichtlichkeit, Unordnung und Grenzenlosigkeit. So fördert sie die Absonderung und das "Untertauchen" asozialer Elemente, schmälert das letzte Verantwortungsbewußtsein, bietet arbeits- und lichtscheuen Kreaturen, die in ländlichen und kleinstädtischen Verhältnissen undenkbar sind, Unterschlupf - Elemente, die ihrerseits wieder ansteckend auf das innerlich oft verwirrte und unzufriedene Volk der Großstadt wirken. Das erklärt schließlich die Notwendigkeit einer umfangreichen Kriminal- und Sittenpolizei, die bei der

Übersichtlichkeit des ländlichen oder Kleinstadtlebens niermals nötig wäre." (36)
Hier taucht wieder die von Riehl geäußerte Angst vor der Herrschaft der Großstadt auf. Die Auflockerung, Durchgrünung, Zersiedlung der Städte, soll also die Übersichtlichkeit und die einfachere Ausübung der Macht ermöglichen. Die Bevölkerung der Großstadt ist grundsätzlich labil und gefährdet, empfänglich für Unruhe, und muß also unter Kontrolle gehalten werden.
Damit er (Reichow) aber nicht bei der Durchführung seiner Vorstellungen behindert wird, entzieht er sein Handeln der menschlichen Kontrolle.
"Nicht menschliche Willkür, sondern dem alles Erdendasein beherrschenden Gesetz des Lebens selbst gehorchen wir in unserem städtbaulichen Werk der organischen Stadtlandschaft."(37)
Keine Kritik, keine Verbesserung ist möglich, wenn der Stadtbaukünstler am Werk ist. Das elitäre, nach untern versperrte, herrschaftsbezogene Interesse ist eindeutig. Er begründet seinen Handlungsauftrag instinktiv.
"In einer aufs Ganze gerichteten biologische, durch vitale Vernunft gebändigten Grundhaltung aber beweist sich der zukunftsträchtige Geist unserer Zeit. Er führt uns zwangsläufig vom mechanistischen Denken und Handeln der letzten 1oo Jahre zu einem organischen Weltbild.
Denn es ist schon so, daß uns gegen die vielfältigen Gefahren höherer Geisteskultur nur die tiefe Verwurzelung im Natürlichen schützt. Und die wirklich genialen Bahnbrecher selbst unseres zunächst einseitig technisch bestimmten Zeitalters haben auch immer instinktiv danach gehandelt."(38)

Der organische Städtebau ist auf den Ursprung Riehl, Spengler, Tönnies, Fritsch und Howard zurückzuführen. Ihr Interesse war es den hierarchischen Aufbau der Gesellschaft aufrecht zu erhalten, die Großstadt zu vernichten und die "Verbundenheit mit der Natur" wieder herzustellen. Der organische Städtebau ist also eine Ideologie.

These: Der organische Städtebau ist die Ausdrucksform der vorindustriellen Bodenideologie.

Die Erfüllungsgehilfen der herrschenden Klasse, die Architekten und Städteplaner, haben diese Ideologie in eigener Sprache übernommen. Um die offensichtlichen Widersprüche zu erklären und zu verschleier, hat man einen altbewährten Vergleich, den Vergleich mit der Natur genommen. Wie in der Natur also erfüllen sämtliche Glieder ihre Funktionen, und das Ganze ergibt ein ausgeglichenes friedliches Zusammenspiel.

"Die Grenze des Vergleichs wird aber in dem Moment überschritten, wo die historische Entwicklung eines Systems gesellschaftlicher Arbeitsteilung, ein Prozess, der auch durch menschlichen Willen gesteuert wird, mit einem biologischen Vorgang gleichgesetzt wird. System und Organismus haben trotz formaler Ähnlichkeiten ganz verschiedene Inhalte. Im Organismus ist die funktionale Arbeitsteilung der einzelnen Glieder nicht durch so etwas wie "Status" überhöht. Im System gesellschaftlicher Arbeitssteilung wird aber gerade die funktional einsichtige Gliederung dazu benutzt, um eine Bewertung unterschiedlicher Arbeitsgebiete vorzunehmen. Während der Organismus seinen Stoffwechsel automatisch reguliert und alle Organe gleichmäßig versorgt, damit er insgesamt leistungsfähig bleibt, geht die Versorgung der Glieder der Arbeitsteiligen gesellschaftlichen Systems nicht so mechanisch vor sich. Sind nämlich die Versorgungsquellen für das System nicht reichlich bemessen, so wird durch Machtkämpfe darüber entschieden, welche Teile der Gesellschaft bevorzugt versorgt werden und welche Teile zusätzliche Entbehrungen auf sich nehmen müssen." (39)

Einige Zitate sprechen für sich:

"Anstelle des organischen Wachstums mittelalterlichen Städte mit ihren den Stadtkörper geistig und massemäßig beherrschenden Stadtkronen .... folgte im Zeitalter der Industrialisierung die unorganische Wucherung." (Ernst May)

Vertritt hier May ganz offen die hierarchische Gliederung der mittelalterlichen Städte? Den Begriff organisch verwendet er bezugslos, weil die mittelalterliche Stadt im organischen Sinne unorganisch; überfüllt, eng, undurchsichtig und ohne Grün war. May kann also nur die ablesbare Gliederung gemeint haben.

"Dem Leitbild entspricht ein gegliederter Aufbau der Gesellschaft von den natürlichen und nachbarschaftlichen Gemeinschaften in geschlossener Stufenfolge von der Familie über nachbarschaftseinheiten, Gemeinde, Landschaft, Land, Bund.

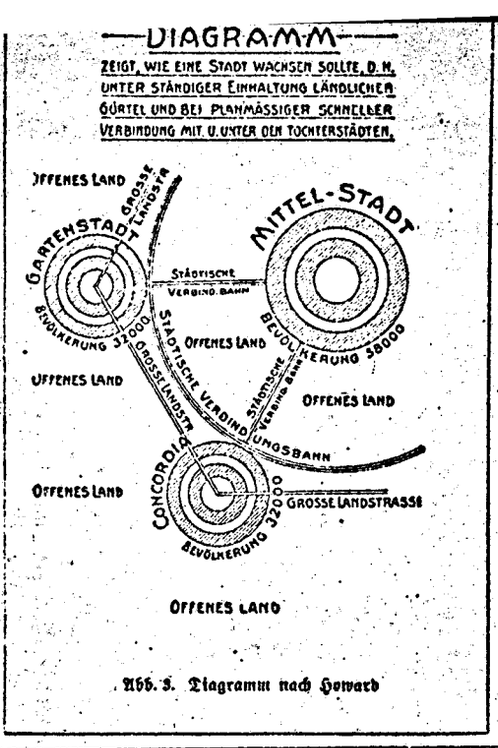


Abb. 3. Diagramm nach Howard

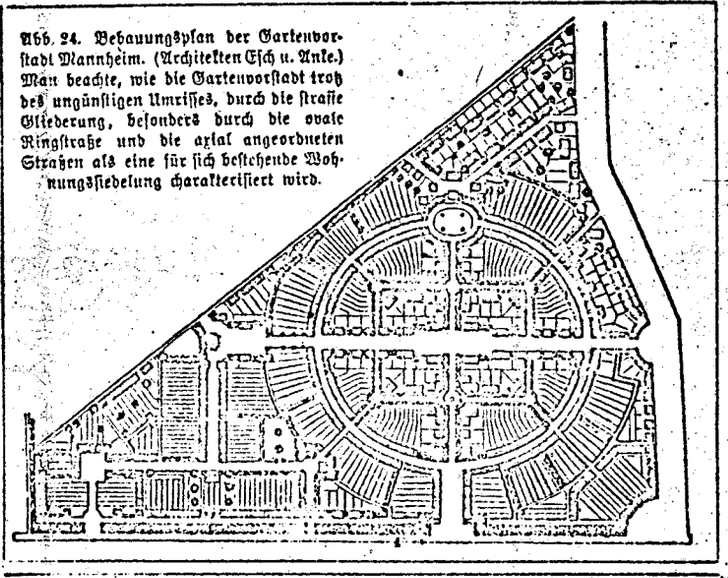


Abb. 24. Bebauungsplan der Gartenvorstadt Mannheim. (Architekten Esch u. Anke.) Man beachte, wie die Gartenvorstadt trotz des ungünstigen Umrisses, durch die straffe Gliederung, besonders durch die ovale Ringstraße und die axial angeordneten Straßen als eine für sich bestehende Wohnungssiedelung charakterisiert wird.

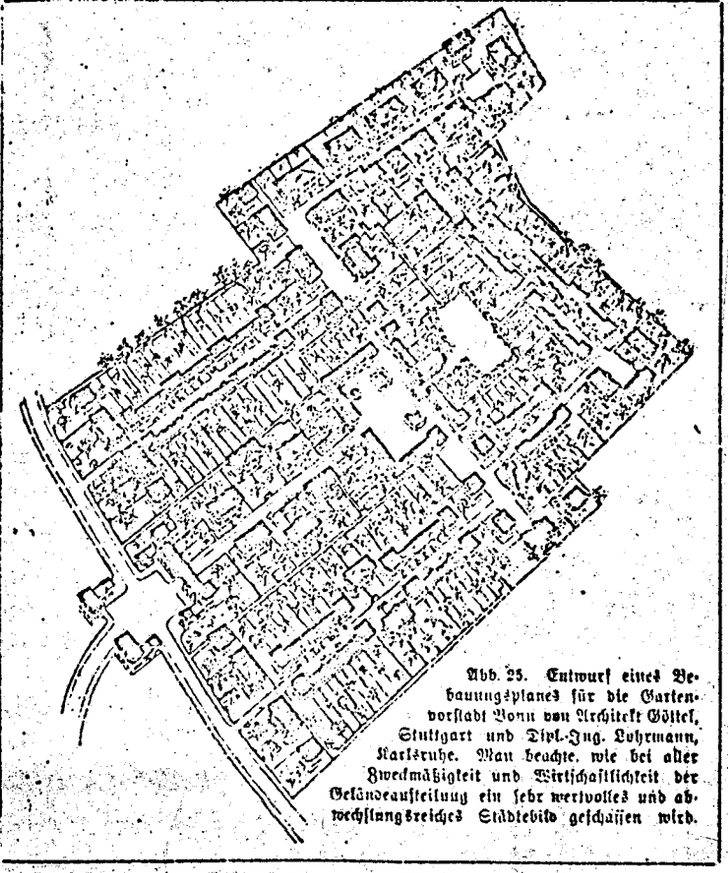


Abb. 25. Entwurf eines Bebauungsplanes für die Gartenvorstadt Bonn von Architekt Göttel, Stuttgart und Dipl.-Ing. Lyhrmann, Karlsruhe. Man beachte, wie bei aller Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Geländeaufteilung ein sehr wertvolles und abwechslungsreiches Städtebild geschaffen wird.

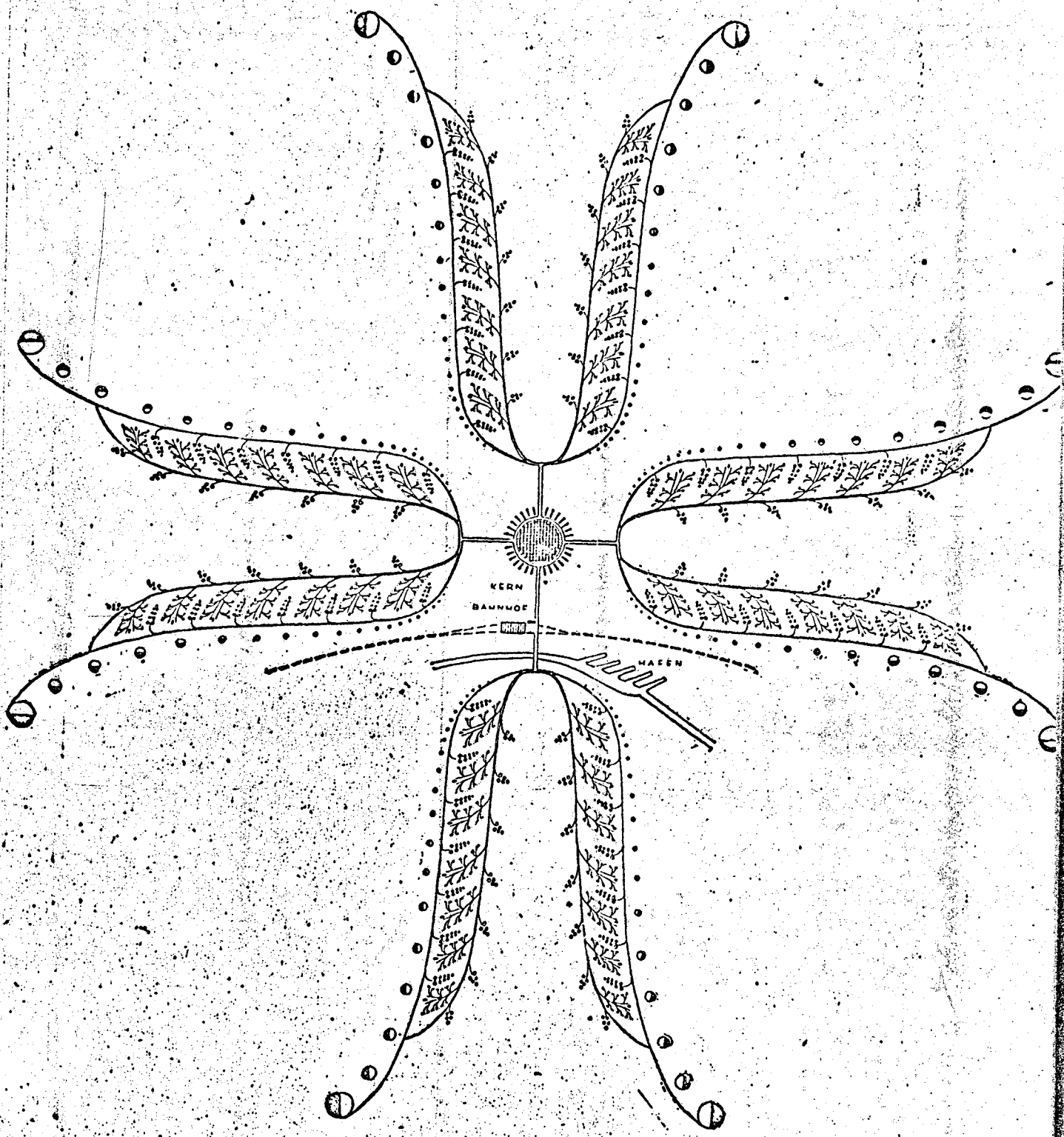


Abb. 82 Gesamtschema der organischen Stadtlandschaft

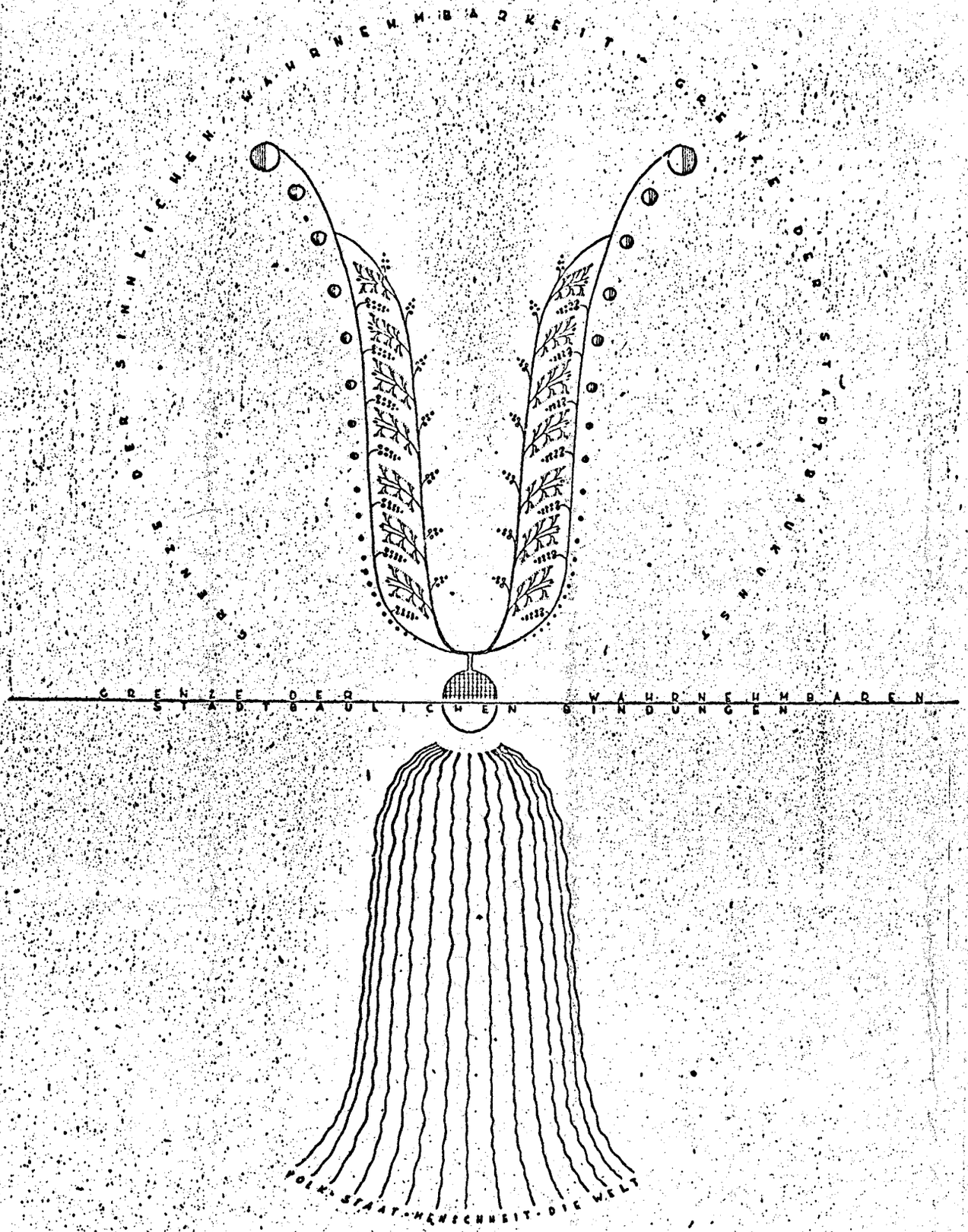


Abb. 107 Schema der Grenzen der Stadtlandschaft und Stadbaukunst.

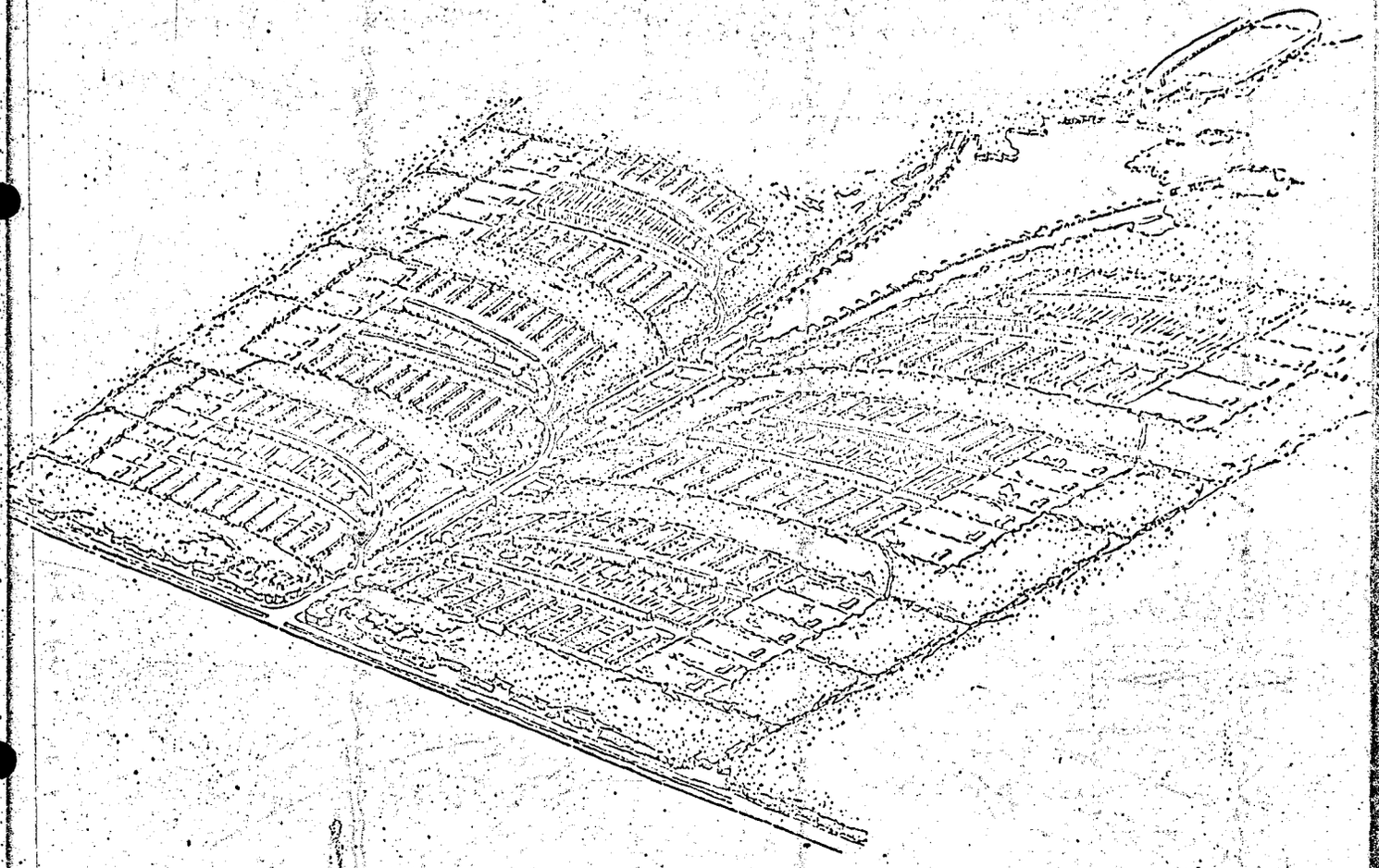
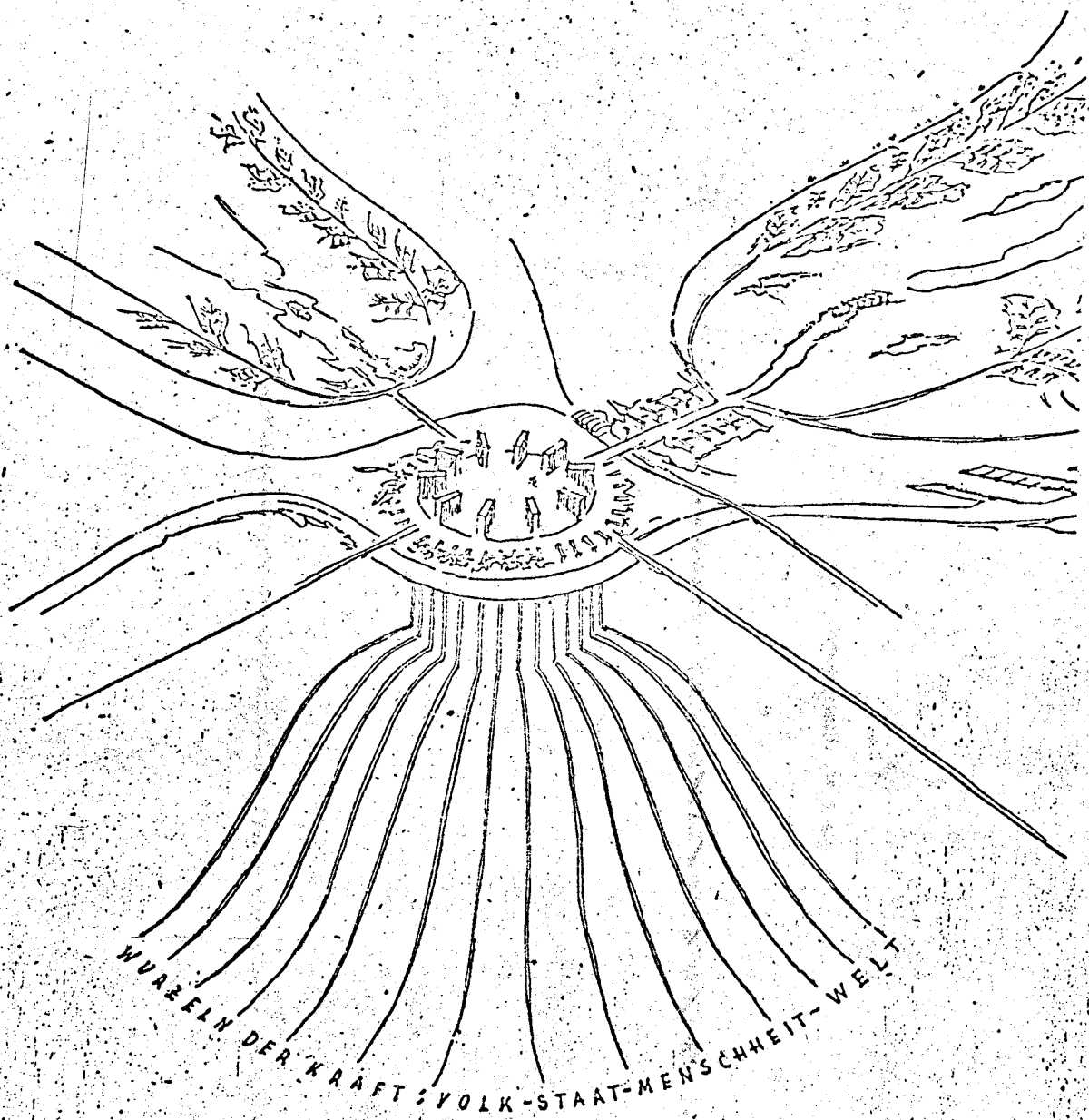


Abb. 56 Schaubild eines stadtlandschaftlichen Nachbarschafts-Schemas.


WURZELN DER KRAFT: VOLK-STAAT-MENSCHHEIT-WELT

So ist eine aufgelockerte und gegliederte naturverbundene Siedlungsweise eine Forderung des Leitbildes."(40)

"Die natürliche Gliederung der Gesellschaft die der Städtebau ausdrücken soll, ergibt sich nicht aus topographischen Gegebenheiten der Landschaft, sondern aus der Ordnung der sozialen Marktwirtschaft. Über den Preis und die Erwerbschancen verhält sich der Einzelne freiwillig so, wie es einer ökonomisch sinnvollen Verteilung der Bevölkerung entspricht."(41)

Die ideologisch bedingte Bodenpolitik, welche entscheidend zu den Formen des heutigen Städtebaus beigetragen hat, haben verschiedene politische Systeme übernommen. Zuerst wollte man durch die Aufteilung in Kleinparzellen die aufsässigen Arbeiter aus der Stadt hinaus bekommen und binden. In den 30-erJahren wurde es so formuliert:

"In wehrpolitischer Beziehung bringt die Auflockerung der Großstädte ..... vermehrte Sicherheit gegen feindliche Angriffe aus der Luft. In innerpolitischer Beziehung bringt die Auflockerung: Beseitigung gefährlicher Brutstätten für Unzufriedenheit und offenen Aufruhr." (42)

"Die vorherrschende Wohnform hat auf die Festigung des Volkstums starken Einfluß. Das Eigenheim ist unter diesem Gesichtspunkt von größter Bedeutung, da es durch Bindung an Eigentum und Boden besonders starke heimatbildende Kräfte entwickelt."(43)

"Unsere bedrohte Lage am eisernen Vorhang fordert mehr denn je persönliches Eigentum in Händen breiter Kreise. Nur breite Streuung des Eigentums gewährleistet auf die Dauer freie Entfaltungsmöglichkeiten und die Würde der von uns betreuenden Menschen und sichert zugleich unsere innere Abwehrbereitschaft gegenüber der politischen Bedrohung durch die kollektiven Mächte des Ostens."(44)

Wohnungsbaugesetz § I Abs. 2:

"Die Förderung des Wohnbaues hat das Ziel, die Wohnungsnot, namentlich auch die Wohnungssuchenden mit geringem Einkommen, zu beseitigen und zugleich weite Kreise des Volkes durch Bildung von Einzeleigentum, besonders in der Form von Familienheimen, mit dem Grund und Boden zu verbinden. Sparwille und Tatkraft aller Schichten des Volkes sollen hierzu angeregt werden. In ausreichendem Maße sind solche Wohnungen zu fördern, die die Entfaltung eines gesunden Familienlebens, namentlich für kinderreiche Familien gewährleisten."

Die Ideologie hat die Eigenschaft, daß sie sich verselbstständigt. Auch wenn die Realität, die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse sich verändert haben, besteht sie noch lange. Nur so kann es kommen, daß trotz solch verschiedener Zielsetzungen, immer das gleiche Argument - die Auflockerung - verwendet wird. Wir wissen heute woraus diese Entwicklung hinaus laufen wird, trotzdem wird sie nicht abgebrochen. Die stadtfeindliche Boden-und-naturbetonte Ideologie hat die Landwirtschaft z. B. in eine aussichtslose Krise geführt. Trotzdem wird weiter subventioniert. Auch an dem Beispiel organischen Städtebaues sieht man, wie eine Ideologie trotz veränderter Umstände weiterlebt. Die eigentlichen politischen Absichten, die anfangs auch als solche artikuliert wurden, leben heute als funktionale und formale Kategorien weiter. Die meisten Architekten und Städteplaner benutzen diese Kategorien ohne dahinter den politischen Sinn zu erkennen. In der Charta von Athen steht kein Wort mehr über den eigentlichen Sinn der Auflockerung, sondern nur ihre Durchführung wird beschrieben. Was früher zur "Beseitigung gefährlicher Brutstätten für Unzufriedenheit und offenen Aufruhr" dienen sollte, dient heute der "inneren Sicherung unseres Volkes und damit seiner Gesundung." (45) Politische Gesundheit allein reicht nicht aus, auch für die körperliche und psychische muß gesorgt werden.
"Zur Ertüchtigung des Volkes" sollen Mädchen genauso wie Knaben erzogen werden, damit sie die "körperlichen und geistigen Rasseeigenschaften des kommenden Geschlechts verbessern können."(46
Zwar ist die Schärfe des vorangegangenen Zitates überholt, tendenziell läßt jedoch eine ähnliche Einstellung in Folgendem erkennen:
"In seiner Idealform garantiert das soziale Grün körperliche Betätigung im Sinne von Spiel und Bewegung" (47)
Die organischen Städtebauer hoffen an der heilenden Wirkung des "Grünes", und sehen ihre Aufgabe erfüllt, wenn sie alles durchgrünen.
"Der wurde in dem Maße als modern angesehen, als er Grünflächen mit in seine Bebauung einbezog, und zwar nicht nur im Stil des bürgerlichen Einzelgartens mit dem Einzelhaus in der Mitte, sondern als Sozialfläche, die der Stadt als solcher zugute kommen sollte. Die Gartenstadtidee mit ihren Familienidyllen wurde transformiert zu einer großstädtischen Auffassung, die der Großstadtzivilisation gerecht werden konnte, statt gegen sie Sturm zu

laufen."(48)
Ernst May erklärt die Durchgrünung so:
"Hierunter ist zu verstehen, daß das Grüngefüge der Stadt möglichst nahe an die einzelne Wohnung herangezogen wird, so daß nicht nur Belcichtung,sondern auch der psychologisch so wichtige Blick in das Grün der Natur gesichert wird."

Es ist eine unbewältigte gestalterische Lösung, denn in Wirklichkeit weiß er nicht was mit der freien Fläche anzufangen ist.
"Die unbebauten Flächen der Grundstücke mit Gebäuden, die ganz oder teilweise Wohnzwecken dienen, sind gärtnerisch anzulegen und zu unterhalten (begrünbete Fläche), soweit sie nicht für Ein- und Ausfahrten, für Kraftfahrzeug-Einstellplätze und Wirtschaftszwecke benötigt werden."(49)

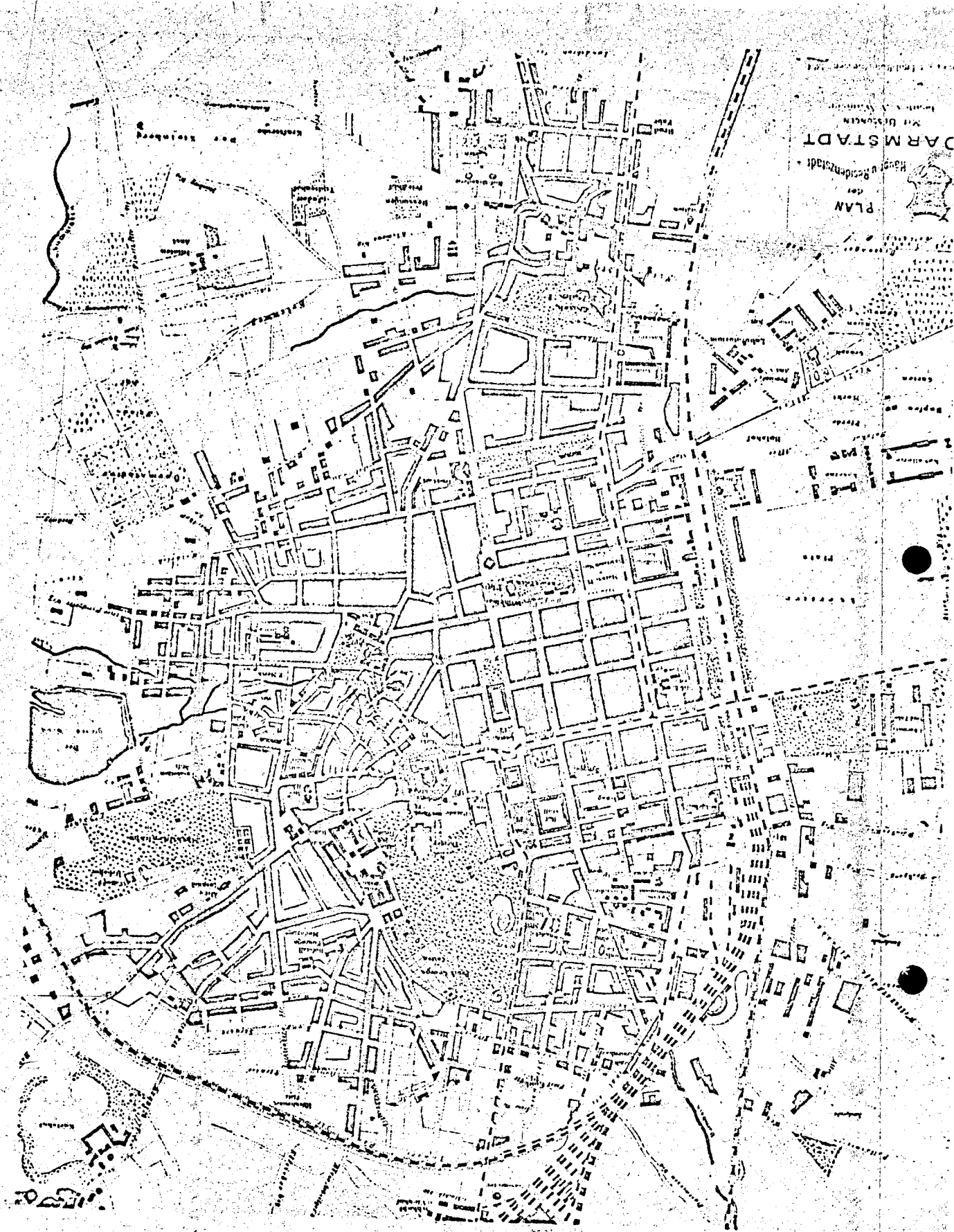
Die Behebung der hygienischen Rückstände, zu hohe Raumbelegung, bauphysikalischer Fehler und ungenügender Ausstattung wird nicht erwähnt, aber genau diese Sachen führen zu einer körperlichen und seelischen Erkrankung.
Vielmehr läßt sich das Grün für repräsentative Zwecke so z.B. in barocken Anlagen, vor Verwaltungsgebäuden usw. verwenden, indem man sich mit Grünflächen von der übrigen Umwelt distanziert.
"Die Grünzonen liegen gewöhnlich in Durchgangsverbindungen, welche die Nachbarschaften voneinander trennen. Bei allen Nachteilen einer solchen Konzeption bedeutet sie einen doch ungewöhnlichen Fortschritt in der Entwicklung des städtebaulichen Denkens. Die bisher gemischten Funktionen des Wohnens, des Verkehrs, der Arbeit, der Erholung und der Erziehung wurden entflochten. Aus einem Knäul der verschiedensten Funktionen des städtischen Lebens entsteht eine Ordnung von nebeneinander bestehenden Einrichtungen."(50)

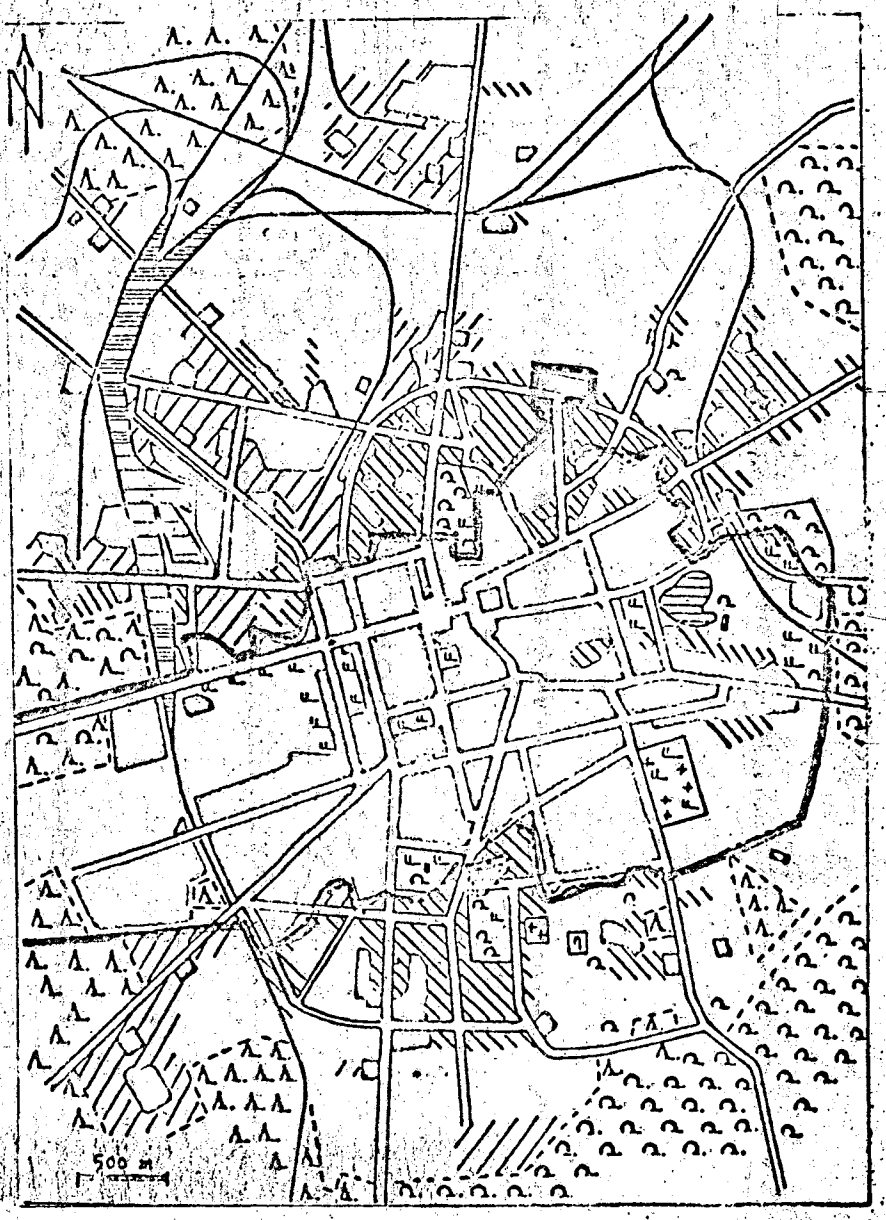
Die durch die Produktionsverhältnisse entfremdete Bevölkerung wird durch die Wohnweise noch mehr verunsichert. Die enturbanisierten Städte können keinen Ausgleich für die in dem Arbeitsprozess entstandenen psychischen Schäden bieten. Mit der vorindustriellen Bodenideologie und ihren heutigen Gestaltungsmitteln- die Auflockerung und Durchgrünung - wollen die unkritischen Stadtplaner diese Schäden beheben, erreichen damit aber nur das Gegenteil.

Nicht die ideele Rückkehr zu der archaischen Landidylle kann eine bessere Umwelt herbeiführen, sondern die Abkehr von der profitorientierten, menschenfeindlichen Politikauffassung.

These: Die historische und politische Stadtentwicklung im allgemeinen Sinne trifft bei Darmstadt nicht zu. Sie ist das Ergebnis der mittelalterlich, feudalen Machverhältnisse. Bis zum Anfang des XX. Jahrhunderts wurde die Entwicklung mit Hilfe von Erbschaft übertragener Macht bestimmt, und die Untertanen (später auch Bürgerschaft genannt) hatten die ausschließliche Funktion, die zu einem Hof gehörenden Aufgaben zu erfüllen. Die Emanzipation des Bürgertums hat man von oben her durchgeführt.
Die bei der Gründung einer Stadt notwendigen Gegebenheite, also die Lage, günstige Verkehrsverbindungen und die Einflußmöglichkeit auf die umliegenden Gebiete, hatten hier keine primäre Funktion. Sie war eine politische Entscheidung: die Grafen von Katzenellenbogen haben Darmstadt zu ihrem Wohnsitz erklärt. Die zweite wichtige Entscheidung war, daß der Landgraf Georg I von Hessen ebenfalls Darmstadt zur Residenz bestimmte. (Er konnte auch nichts anderes, die Erschaftsregel bestimmte es so.) Weder Handel und Gewerbe, noch weniger das Bürgertum, sondern die Fürsten waren die Schöpfer dieser Stadt.
So ist es zu verstehen, daß die Stadt nur kulturelle Leistungen aufweisen konnte. Diese wurden finanziell nicht gedeckt - kein Erlös aus Handel, Gewerbe und Landwirtschaft - und konnten nur Scheinleistungen sein, sie dienten nur der Repräsentation.
Beispiele: Das Rathaus wurde zum Hoftheater umgebaut (1709) aber nur gelegentlich konnten Aufführungen stattfinden, die Orangerie (1721) das Schloß sollte neu erstellt werden (1727) aber nur ein Viertel des geplanten konnte gebaut werden, und stand es 100 Jahre lang als Rohbau leer, ein Exerzierhaus für Soldaten (1771), das Collegiengebäude als Sitz der Staatsverwaltung (1777) Das von Georg Moller entworfene Hofopernttheater (1819) war die Hauptquelle der Kunsttradition. Der letzte Großherzog Ernst Ludwig, Mäzen der "Künstlerkolonie" lud sieben Architekten, Maler und Bildhauer nach Darmstadt auf die Mathildenhöhe. Sie dokumentierten eine Kunstrichtung, den Jugenstil.

PLAN
der
Haupt- u. Residenzstadt
ARMSTADT
Mit Umgebungen


DARMSTADT
PLAN



Grenze der total zerstörten Fläche.

Trümmergelände.

Erhaltengebliebene dichte Bebauung.

Erhaltengebliebene lockere Bebauung

Zerstörtes Bahngelände.

Erhaltengebliebenes Bahngelände

Hauptstraßennetz.

Park und Grünfläche.

Verwüsteter Park.

Friedhof.

Laub- und Nadelwald.

Teich.

Erst der Eisenbahn- und Straßenbau ermöglicht die industrielle Entwicklung. Das Polytechnikum wurde 1877 zur Technischen Hochschule erhoben.

Die historische Voraussetzungen, die der Stadt eine Funktion gaben (Residenz, Garnison) wurden schon am Anfang des Jahrhunderts fragwürdig. Nicht mehr die politischen Bedingungen prägten primär die Lebensverhältnisse, sondern die industrielle Entwicklung. Der II. Weltkrieg beschleunigte nur diese Tendenz. Die Stadt wurde 1944 zu 78 % zerstört. Nicht nur die Bausubstanz war verlorengegangen, sondern die ganze Stadt wurde in Frage gestellt. Fast alle kulturellen und wirtschaftlichen Institutionen waren abgewandert, nur 50 % der ursprünglichen Bevölkerung war hier noch aufzufinden.(17) Diese Situation zeigte deutlich, daß eine einseitig orientierte Stadt, nach Wegfall der funktionsbestimmenden Faktoren nicht mehr lebensfähig ist. Die Chance beim Wiederaufbau wurde nicht genutzt.

Die Ausrede, der Widerаufbau sei nicht gelungen, wegen mangelnder Finanzkraft der Städte der herrschenden Bodenordnung, mangelnder Aufklärung und Mitarbeit der Bevölkerung, Eile der notwendigen Entscheidungen, (27) ist nicht annehmbar, weil diese Kriterien selbst von der Stadtverwaltung und Stadtplanern aufgestellt, unterstützt und durchgeführt wurden.
Verlautbarungen von Seiten der Stadtverwaltung, die in dieser Stadt ein menschliches, kulturelles und wirtschaftliches Leben hineininterpretierten, verschleiern die Wirklichkeit.

These: Der Wiederaufbau der Stadt ist die exakte Verwirklichung einer Ideologie der daran maßgeblich Beteiligten.

"Darmstadt ist in seinen Grundzügen die Mollerstadt geblieben; weiträumig angelegt und durch Horizontale bestimt, umgeben von durchgrünten Siedlungen, im Kranz der heimlichen Wälder ein Ort von heiterem, bürgerlichen Maß; eher betriebsam als hektisch, mehr Inhalt und Form als Kulisse; trotz der nur wenig erhaltenen Reste seiner Geschichte ein Zeugnis ungebrochener Tradition. In liberaler Luft wächst und formt sich hier eine neue Gesellschaft, die noch ganz unverkennbar darmstädtische Züge trägt.

Wunder von Mut und die Kraft zweier Generationen haben das geschafft."(3)
Dieses schwärmerische Pathos verrät, welche Leitbilder den Wiederaufbau bestimmten. Formale Inhalte (weiträumig, Horizontale werden unkritisch als Tradition übernommen und die das Leben beinhaltenden Faktoren durch nichtssagende und nicht überprüfbare Ohrasen (heiter, bürgerlich) ersetzt. Ob das Landestheater, die Kunsthalle, die Kranichsteiner Musikwochen, das inzwischen abgewanderte Bauhaus-Archiv, mehr Inhalt als Kulisse ist, ist eine Ermessungsfrage, sicher ist es, daß sie das Leben hier kaum beeinflussen. Es ist geradezu lächerlich über "Wunder von Mut" als Wiederaufbaufaktoren zu sprechen, ein billiges Entgelt für die, die den Wiederaufbau tatsächlich geleistet haben: die Bevölkerung dieser Stadt.

Der Wiederaufbau ist in Darmstadt von vier wesentlichen Faktoren bestimmt worden: der Stadtverwaltung, der Wiederaufbau GmbH, dem Bauverein und der privaten Initiative. Es waren nur wenige, die aufgrund ihrer Macht die Entwicklung bestimmen konnten.
Die Leitsätze der Stadtverwaltung könnte man so zusammenfassen:
1. Beschaffung einer neuen Aufgabe für die Stadt, um die mit der Landeshauptstadt und Residenz verlorengegangenen Funktionen auszugleichen.
2. Wahrung des kulturellen und historischen Erbes.
3. Sicherung einer lockeren, gesunden, "zeitgenössischen Bebauung.(4)

Diese Bestrebungen sind auch eingehalten und durchgeführt worden. Darmstadt sollte wieder Beamtenstadt werden. Bundes-, Landes-, Städtische Behörden, kirchliche Institutionen (Landeskirchenamt für Hessen und Nassau) und die Posttechnischen Zentralämter sorgten dafür (5) Es wurde nicht beachtet, wie gefährlich für eine Stadt und für ihren homogenen Aufbau die einseitige Ausrichtung schon war.
1946 legte Professor Karl Gruber einen Wiederaufbauplan vor. Dieser Plan sah im wesentlichen die Wiederherstellung des früheren Baubestandes vor.(6)-Diese Gedanken hat der 1947 als Oberbaudirektor der Stadt berufene Professor Pter Grund im wesentlichen ausgeführt.
Beispiele: Die völlig zerstörte Innenstadt sollte eine Handwerkersiedlung werden, (6) weil sie der früheren Struktur entsprach.

Ausgeführt wurde eine Einfamilien-Reichenhauszeile mit Gärten. Die frühere Rheinstraße war in der Residenz und Garnisonenzeit ein Ort für Militärparaden, Repräsentation, sie endete mit einem Monument und ermöglichte den perspektivischen Blick auf das Schloß, also kein Ort für Öffentlichkeit und Kommunikation. Sie wurde wiederhergestellt und ist heute eine der problematischsten Lösungen in verkehrstechnischer und kommunikativer Hinsicht.
"Das kulturelle Darmstadt dieser Tage wandelt, wie Sie sehen, nicht auf der Straße, die man für das wohlkonservierte Gestrige in Deutschland mancherorts zu bauen beginnt. Darmstadt hat nicht die Absicht, sich von dem Gespinst restaurativer Pläne einhüllen zu lassen, die allewärts und in vielerlei Hinsicht mehr oder weniger dreist entwickelt werden...." (7)
Elitär und lokalpatriotisch war die Einstellung zum kulturellen Aufbau. Die Stadt mußte wieder weltberühmt werden, als Stadt der Künste. Mit Stiftungen, Theateraufführungen und Musikwochen glaubten die Verantwortlichen ihre Gewissen beruhigt zu haben. "Durch die Stiftungen von Preisen haben sowohl die Stadt als auch die Industrie ihren Willen zur entscheidenen, fördernden kulturellen Mitarbeit bekundet."(8)
Ob die Öffentlichkeit und die Bevölkerung an den Ereignissen teilnimmt oder versteht, war nicht wichtig. Schon anfangs der 50-er Jahre hat man festgestellt, daß die Internationalen Wochen für neue Musik in so engem Rahmen gehalten werden, daß die Darmstädter sie nicht bemerken.(9) Das sog. avantgardistische Theater war nur so lange avantgardistisch, als die Ereignisse von einer Person (Gustav Rudolf Sellner) bestimmt wurden. Nach Ablauf seiner Wirkungsperiode wurde das Theater bedeutungslos. "Ein eigener heutiger Stil - das ist der leidenschaftlich verfochtene Anspruch des Darmstädter Publikums geblieben."(10)
Die Stadtverwaltung ging so weit (mit der Wiederaufbau GmbH) daß sie bestimmte bei der Neuansiedlung von Unternehmen nur solche zu berücksichtigen, die intellektuelle oder künstlerisch begabte Menschen (Verlage, Papier, Glas, Keramik und Kosmetik) beschäftigten. Das Ergebnis war die "rauchlose" Industrie. Das Verhängnis für die finanzielle Unterentwicklung der späteren Epoche war gefestigt. Gegen historisches und kulturelles Bewußtsein wäre nichtseinzuwenden, aber das Erbe statt des Bewußtseins als Verpflichtung anzusehen, läßt konservatives Denken

erkennen. Es hemmt den technischen und sozialen Fortschritt; sein Selbstverständnis ist die historische Rekonstruktion. Um diesen Konservatismus zu verschleiern weist man ständig auf Fortschritt und Aufgeschlossenheit hin, bis alle daran glauben.

Der Baugebietsplan von 1949 reflektiert die städtebaulichen Ansichten der Planer. Die einzigen Nutzungsgebiete sind voneinander getrennt, geschlossene Bauweise ist kaum vorgesehen, es gibt keine Integration von Arbeitgen und Eberstadt. Ca. 2o % der gesamten bebauten Fläche ist für Kleinsiedelgebiete das sich nur als Anti-Stadt entwickeln läßt, vorgesehen.

Der Industrieaufbau

"Der Schwerpunkt der Wirtschaftsmöglichkeiten Darmstadts liegen in der Leistungsfähigkeit von Industrie, Gewerbe, Handel. Doch selbst hierin zeigen sich überall Grenzen durch seine rohstoffarme und verkehrsmäßig nicht sehr günstige Lage. Darmstadts Industrie und Handel sind auf Eisenbahn und Straße angewiesen.
Die Anziehungskraft der benachbarten ausgesprochenen Industriezentren ist größer, - im Hinblick auf die Neuansiedlung von ind. Betrieben - , Frankfurt und Mannheim haben bessere Verkehrsbedingungen, gute Absatzmöglichkeiten bei größeren Einwohnerzahlen. Für Industrien mit einem Massenansatz von Arbeitskräften, einem Massenverbrauch von Kraft- und Rohstoffen und eine Erzeugung von Massengütern, daher auch für das ansetzen von Großbetrieben, ausgenommen von chemischen Fabriken und solchen der Veredelung, ist in Darmstadt kein geeigneter Standort. Darmstadt hat keine rohstoffgebundene, sondern eine verkehrsgebundene und lohnintensive Industrie."(11)
Anhand dieser Untersuchung von 1954 kann man feststellen, daß Darmstadt geeignet war für die sog. Leichtindustrie (Textil-, Nachrichtentechnik, Lebensmittel-, Chemieindustrie). Bei einer größeren Verdichtung auf der vorhandenen Baufläche hätte man größere Effektivität und damit einen ausreichenden finanziellen Rückhalt für die Stadt sichern können. Eine Aktivität auf diesem Gebiet hätte für die Bevölkerung einen besseren Nutzeffekt und erleichterte Lebensbedingungen gebracht als die Wiederbelebung überholter Kulturtraditionen.

Den Hauptanteil am Wiederaufbau und an der Neuansiedlung von Industriebetrieben trug die Wiederaufbau GmbH. Eine Privatgesellschaft mit städtischer Beteiligung. (Kurt Jahn Architekt, Inhaber der Stenkenburger Bau GmbH ist Hauptgesellschafter.) So konnte ein Geschäftsmann mit städtischer Unterstützung (Dr. Reich Stadtkämmerer), mit staatlichen Mitteln (Zusicherung des Hessischen Ministers der Finanzen am 2. 5. 1949), auf einem nicht ihm gehörenden Gelände, nach seinen ituitiven Vorstellungen Industrie ansiedeln.

"Die Wiederaufbau GmbH arbeitete also im eigenen Namen; sie schloß Mietverträge über Grundstücke und Gebäude mit dem Land Hessen ab, sie brachte Baugelände in ihren Besitz, sie suchte ansiedlungswillige Firmen und verhandelte mit ihnen, sie arbeitete Baupläne aus, vergab die Aufträge, überwachte deren Ausführung. Selbst die ihr zugewiesenen öffentlichen Mittel - Landesbaudarlehen - verwaltete die Firma selbst ... "(12)

Wie bedenklich diese Tatsache doch ist, wenn man berücksichtigt, daß alles, was hier aufgeführt wurde, unter dem Interesse der privaten Profitmaximierung stand! Herr Jahn machte nämlich mit dieser "gemeinnützigen" Aufgabe seine privaten Millionen.

Diese Gelder wurden auch als "verantwortungsbewußte Sozialarbeit der Bürgerstifung" eingesetzt.

Der Wirkungsbereich der Gesellschaft war das ehemalige Kasernengelände zwischen Bahnlinie, Rheinstraße und Hindenburgstraße. Hier sollte eine "rauchlose" Industriesiedlung in lockerer Bauweise entstehen.

"Es hieß also, den kulturellen Akzent im Darmstädter Gewerbe zu verstärken, in guter Darmstädter Tradition qualifizierte Produktionen anzuziehen, durch möglichst breite Streuung krisenfest zu werden. Man entschloß sich, bei allem Ansiedlungseifer sorgfältig zu wählen und notfalls auch nein zu sagen." (13)

Es dringt wieder die Hypothese von Kulturtradition und Lokalpatriotismus als Leitbild durch. Darmstadt soll besser werden als die anderen! Was bedeutet die Aussage; "notfalls auch nein zu sagen"? Klar Ist, was hier beabsichtigt ist: In Darmstadt sollen möglichst keine (unkultivierte) Arbeiter angezogen werden, sie könnten die gefürchtete Vermassung und ein Herabsinken des "kulturellen Akzentes" herbeiführe.

Heute sind auf dem ehemaligen Kasernengelände Verlage, Druckereien, Lebensmittel- und Kosmetikindustrie, ein paar Wohnblocks und die

Den Hauptanteil am Wiederaufbau und an der Neuansiedlung von Industriebetrieben trug die Wiederaufbau GmbH. Eine Privatgesellschaft mit städtischer Beteiligung. (Kurt Jahn Architekt, Inhaber der Steinkenburger Bau GmbH ist Hauptgesellschafter.)
So konnte ein Geschäftsmann mit städtischer Unterstützung (Dr. Feick Stadtkämmerer), mit staatlichen Mitteln (Zusicherung des Hessischen Ministers der Finanzen am 8. 5. 1949), auf einem nicht ihm gehörenden Gelände, nach seinen ituitiven Vorstellungen Industrie ansiedeln.
"Die Wiederaufbau GmbH arbeitete also in eigenen Namen; sie schloß Mietverträge über Grundstücke und Gebäude mit dem Land Hessen ab, sie brachte Baugelände in ihren Besitz, sie suchte ansiedlungswillige Firmen und verhandelte mit ihnen, sie arbeitete Baupläne aus, vergab die Aufträge, überwachte deren Ausführung. Selbst die ihr zugewiesenen öffentlichen Mittel - Landesbaudarlehen - verwaltete die Firma selbst ... "(12)
Wie bedenklich diese Tatsache doch ist, wenn man berücksichtigt, daß alles, was hier aufgeführt wurde, unter dem Interesse der privaten Profitmaximierung stand! Herr Jahn machte nämlich mit dieser "gemeinnützigen" Aufgabe seine privaten Millionen.
Diese Gelder wurden auch als "verantwortungsbewußte Sozialarbeit der Bürgerstiftung" eingesetzt.
Der Wirkungsbereich der Gesellschaft war das ehemalige Kasernengelände zwischen Bahnlinie, Rheinstraße und Hindenburgstraße. Hier sollte eine "rauchlose" Industriesiedlung in lockerer Bauweise entstehen.
"Es hieß also, den kulturellen Akzent im Darmstädter Gewerbe zu verstärken, in güter Darmstädter Tradition qualifizierte Produktionen anzuziehen, durch möglichst breite Streuung krisenfest zu werden. Man entschloß sich, bei allem Ansiedlungseifer sorgfältig zu wählen und notfalls auch nein zu sagen." (13)
Es dringt wieder die Hypothese von Kulturtradition und Lokalpatriotismus als Leitbild durch. Darmstadt soll besser werden als die anderen! Was bedeutet die Aussage; "notfalls auch nein zu sagen"? Klar ist, was hier beabsichtigt ist: in Darmstadt sollen möglichst keine (unkultivierte) Arbeiter angezogen werden, sie könnten die gefürchtete Vermassung und ein Herabsinken des "kulturellen Akzentes" herbeiführe.
Heute sind auf dem ehemaligen Kasernengelände Verlage, Druckereien, Lebensmittel- und Kosmetikindustrie, ein paar Wohnblocks und die

Ingenieurschub. Ein typisches Beispiel für antlitzlose, langweilige, menschenfeindliche Bebauung. Städtisches Leben ist nicht mal ansatzweise vorhanden. Die Kinderspielplätze sind einfallslos, kinderfeindlich und bieten meistens Beschäftigung für die Arbeiter des Gartenbauamtes.

Kurt Jahn wurde von dem selben Mann geehrt, mit dem er anfangs zusammengearbeitet hatte: Dr. Troeger, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank.

"Wenn Sie mich fragen worin ich das Geheimnis des Erfolges im Falle der Wiederaufbau GmbH erblicke, so möchte ich sagen:

1. In den richtigen Konzeption.
2. In den kaufmännischen, d. h. unabhängig von politischen Entscheidungen und Instanzen geführten Aufbauarbeit. Es war eine Tat des Vertrauens und der bürgerlichen Größe, daß die städtischen Körperschaften der Wiederaufbau GmbH volle Handlungsfreiheit gaben und insoweit auf die eigene Zuständigkeit verzichteten.
3. Die Bereitstellung des Exerzieplatzes ...
4. In dem Wachstum der deutschen Volkswirtschaft ...
5. In dem Wirken von Kurt Jahn, daß ich im Bewußtsein der vollen Bedeutung meiner Worte als einzigartig bezeichnen möchte. Er war nicht immer bequem bei seinen Verhandlungen. Es war nicht immer unmittelbar einleuchtend, was er wollte und wofür er kämpfte; wobei freilich berücksichtigt werdenmuß, daß er vieles bei sich behalten und persönlich verantworten mußte, wenn nicht durch Indiskretionen, Konkurrenzneid und Eifersucht manches Projekt gefährdet werden sollte."(14)

Kurt Jahn und Dr. Gustav Feick erhielten die Silberne Verdienstplakette der Stadt Darmstadt. "Eine solche neue Stadt (darf) nicht dem Willen des Einzelnen entspringen, ..., sondern nur ein Plan, der dem Willen aller entspringt, (kann) diese Form bringen." (15)

Zu Punkt 1: Einseitig und wertlos ist diese Aussage, weil sie auf sich selbst (Dr. Troeger) und auf dem Erfolg bezogen ist. Zweifellos war die die rechtige Konzeption wenn die persönliche Bereicherung und die Menge der bebauten Masse als Zielvorstellung angestrebt wurde. Daß Industrieansiedlung keine politische Entscheidung ist, kann nicht ernst gemeint sein.

Zu Punkt 2: Nicht nur die Glaubwürdigkeit der demokratischen Instanzen der Stadtverwaltung, sondern die Berechtigung ihrer

Existenz und überhaupt die Gesellschaftspolitik wird in Frage gestellt. Rein ökonomische Interessen wurden durchgeführt.
Zu Punkt 5: Eine Personifizierung trägt nicht zu einer objektiven Betrachtung bei. Der Wiederaufbau wäre auch ohne Herr Jahn "erfolgreich" abgeschlossen, seine Tätigkeit war möglich die Situation es einfach erlaubte, daß persönliche Interessen - die natürlich auch als Interessen der Allgemeinheit ausgelegt werden können - in diesem Umfang durchgesetzt werden konnten. Seine Tätigkeit wird sogar als "Pionierarbeit" bezeichnet! Die Frage nach den Motivationen des Herrn Jahn "wofür er kämpfte" und was er "bei sich behalten und persönlich verantworten mußte" wird leider nicht beantwortet und auch nicht im Sinne der Bewohner und der Öffentlichkeit kontrolliert.

Wenn die Stadt und die Öffentlichkeit tatsächlich ohne solche "Persönlichkeiten" nicht auskommen kann, so sehe ich die Demokratie gefährdet.

Auch Herr Dr. Gustav Feick äußerte sich zu dem Problem Öffentlichkeit bei der Planung. Als Mitinitiator der Wiederaufbau GmbH(16) und Stadtkämmerer kannte er die Verhältnisse und die Arbeitsweise der Gesellschaft. So stellt sich die Frage, wer hat sich "versprochen" an dem konkreten Beispiel Jahn?
"Das zentrale Problem auf unserer kommunalen Ebene ist der Aufbau unserer Städte. Nicht nur der äußere, materielle Aufbau, sondern gerade auch das Ringen um die geistigen Probleme dieses Aufbaues, Wichtigstes Aufgabe ist es, den Städten wieder ein geistiges Gesicht zu geben, wenn sie nicht zu zufälligen Anhäufungen von Menschen und Wohnungen werden sollen. Wenn wir uns um diese Dinge bemühen, dann aus der schlichten Erkenntnis heraus, daß es sich heute um eine Aufgabe der Allgemeinheit handelt. Was früher ein aufgeschlossener geistlicher oder weltlicher Fürst oder ein reicher Kaufmann tat, ist heute als Aufgabe der Allgemeinheit zugefallen.
Wir möchten einen guten Gebrauch machen von der Macht, die uns in die Hände gegeben ist, wir möchten sie dazu benutzen, in unserem Wirkungsbereich eine Plattform für die echte geistige Auseinandersetzung zu schaffen. Das aber ist seit vielen Jahr-

zehnten beste Darmstädter Tradition. Darmstadt war immer im guten Sinn, und das hat nichts mit Snobismus zu tun, eine Stadt des Avantgardismus, in der man sogar den Mut zum Experiment hatte."(
Zu bemerken wäre, daß das Zitat von Herrn Dr. Troeger vor dem Magistrat und den Darmstädter Stadtverordneten, von Herrn Dr. Feick im Darmstädter Gespräch geäußert wurde.

Der allgemeine Aufbau

Der Wiederaufbau des Wohnungsbestandes hatte ähnliche Züge, wie der Industrieaufbau.
"In einer marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft wird der eigene kommunale Wohnungsbau mit Recht abgelehnt."(18)
Da aber Wohnungen kein Luxusmittel sind, sondern zur Befriedigung der primären Bedürfnisse dienen, mußte die Stadtverwaltung den Wohnungsbau vorantreiben. Die Stadt hat mit "gemeinnützigen" Wohnungsbaugesellschaften zusammengearbeitet.
"Diese Gesellschaften erfüllen öffentliche Aufgaben im privaten, im privatrechtlichen Gewande."(18)
Was in der Stunde der Not akzeptiert wurde, hat sich als Hindernis für die spätere Entwicklung erwiesen. Denn öffentliche Aufgaben können nicht unter dem Gesichtspunkt der Profitmaximierung durchgeführt werden, auch gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften sind zur Expansion gezwungen, also zur Erarbeitung von Überschüssen.
"Die Gesellschaften haben sich daneben auch als wirksame Instrumente städtischer Wohnungspolitik und der Stadtplanung erwiesen."(18)
Diese Aussage ist also nur bedingt annehmbar, wenn Stadtplanung nicht als Instrument privater Interessen verstanden werden soll.
Die bedeutendste gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft die in Darmstadt gewirkt hat, "und die Gestaltung der neuen Stadt, deren Aussehen und Gesicht ... mitbestimmt hat", (19) ist der "Bauverein für Arbeiterwohnungen in Darmstadt." Ähnlich wie bei der Wiederaufbau GmbH mußte die Stadt auch hier auf die eigene Zuständigkeit weitgehend verzichten. Die Einflußmöglichkeiten des Vereins sind bis heute ausschlaggebend geblieben. (Wettbewerb Kopernikusp.) Ohne im einzelnen die Arbeitsweise der Gesellschaft zu beschreiben - die ist symptomatisch für alle ähnlichen Unternehmen -, soll die Abhängigkeit der Stadt von der "privaten Initiative" dargestellt werden.
Die finanzielle Misere des Stadthaushaltes - die u. a. das Ergebnis der falschen Strukturpolitik, der Verteilung der Steuer-

einnahmen (11,2 % für die Städte) der herrschende Bodenbesitzverhältnisse ist -, zwingt die Stadt zur Heranziehung privater Unternehmen für die Lösung öffentlicher Aufgaben. "Man war ja mit dem Kumpeleiprinzip gut durchgekommen und wenn es mal brenzlig wurde, verließ man sich darauf, daß ein "Heiner" den andren nicht in Stich läßt. So sind die Dinge verschaukelt worden."(20) So konnte Jakob Mengler u. a. "in einer nahezu wettbewerbsfreien Zone" (21) auf städtischem Boden Tiefgaragen mit 1500 Einstellplätzen, Parkhaus mit Hotel und das Schloßcafe bauen, es in Betrieb nehmen und noch einen vertraglich zugesicherten Gewinn beanspruchen. Seine 415 000 DM Spende an die Stadt hatte die Zusammenarbeit gesichert.

Die Planung eines Einkaufszentrum in Griesheim wurde von der Stadtverwaltung als Bedrohung empfunden. "Darmstadt stand auf, wie ein Mann, um die Stadt zu retten."(22)

Damit die Stadt den Kampf um die noch verhandenen Einflußbereiche bestehen kann, sieht sie sich zur Aktivierung des Innenstadtbereichs veranlaßt. Unter Aktivierung versteht das "öffentliche" Privatinteresse, die Vergrößerung der Schaufensterflächen. Die Heimbau GmbH baute auf einer ihr überlassenen öffentlichen Fläche (Ludwigstr., Rheinstr.) Mini-Ausstellungspavillons, wofür sie hohe Mieten kassiert. Beleben sollte auch der Bau eines Kaufhauses auf dem Luisenplatz; ein Teil des Platzes verkaufte die Stadt an den Karstadt-Konzern. (Verkaufserlös 9 Mill. DM) Unüberlegte vertragliche Bindungen werden als "Sachzwang" oder als "gegebene Tatsache" bezeichnet und beschränken den Entscheidungs- und Handlungsspielraum der Stadt.

Dann kam, "gestützt auf freundliches Hilfsangebot des rprivaten Großinvestors Schätzle, der große Plan von multifunktionalen Gebäude und Geschäftszentrum am Luisenplatz." (22) Ein beschränkter Investorenwettbewerb solle die Zukunft der Stadtmitte und damit die Entwicklung der ganzen Stadt, entscheiden. Die Unfähigkeit gegenüber bestimmten Investoreninteressen aufzutreten, will die Stadtverwaltung mit Klimmzügen überwinden.

"In einem solchen Entscheidungsprozess, wie ihn die Bebauung des Palaisgartens und die Verdichtung der City fordert, ist äußerste Denkdisziplin der Verantwortlichen unerläßlich."(22)

"Eine politische Entscheidung muß fallen."(22) d. h. nicht die "beste" Lösung von den drei eingereichten Vorschlägen wird genommen, sondern es entscheiden die Interessen und die Macht der Investoren, die von der Öffentlichkeit nicht durchschaubar sind

Mit der politischen Entscheidung geht die Stadtverwaltung jeder Transparenz und Rechtfertigungspflicht aus dem Wege.

Diese Beispiele machen die Faktoren deutlich, die eine demokratische Planung und Ausführung erschweren:

1. Privatisierung öffentlicher Aufgaben.
   Eine demokratisch gewählte Stadtverwaltung hat kaum Handlungsfreiheit. Planung, Investition, Ausführung wird vom Privatinteresse geleitet.
2. Privatisierung öffentlicher Gelder
   Um die öffentlichen Aufgaben, die der Allgemeinheit dienen, zu leisten, muß sich die Stadt hoch verschulden. Diese Schulden werden von privaten Geldinstitutionen (Banken, Sparkassen Investoren) aufgenommen, wofür nach marktwirtschaftlichen Regeln Zinsen bezahlt werden müssen. 1969 war die Stadt mit 186 267 000 DM auf dem Kreditmarkt verschuldet, dafür zahlte sie 13 346 000 DM (7,16%) Zinsen. Dieser Betrag entspricht genau dem, der für die Unterhaltung der Schulden jährlich verwendet wird.

Auf öffentlichem Gelände wirtschaften gewinnbringende Unternehmen ohne Entgelt für die Stadt. In dem "multifunktionalen Rathaus" am Luisenplatz soll nach den Finanzierungsentwürfen die Stadt für 1 qm Bürofläche 1o DM bezahlen.
Die direkten Ausgaben der Stadt bereichern also private Gesellschaften oder Personen.
These: Die Bauleitung, die Grübplanung, der Generalverkehrsplan, die Stadtentwicklungsplanung sind unter dem Gesichtspunkt des organischen Städtebaues durchgeführt worden.

Bauleitplanung (23)

Die zum größten Teil abgeschlossene Phase des Wiederaufbaus fällt mit dem Wechsel des Stadtoberbaudirektors zusammen. 1959 löste Dr. Gerd Albers Professor Peter Grund ab.
Die Stadt war wieder einigermaßen lebensfähig, eine "normale" Stadtentwicklung mußte geplant werden. Die im Jahre 1960 aufgestellte Bauleitplanung gibt Aufschlüsse über die Vorstellungen der Stadtplanung. Anhand der Zitate möchte ich die "Begründung der Bauleitplanung" analysieren.

"Die Stadt Darmstadt im Mittelpunkt der alten hessischen Provinz Starkenburg gelegen, bildet heute einen Teil des dichtbesiedelten Rhein-Main-Neckar-Raumes, eines der wirtschaftlichen Schwerpunkte der Bundesrepublik. Sie liegt von den drei großen Ballungszentren des Raumes - Frankfurt, Mainz/Wiesbaden und Mannheim/Ludwigshafen - annähernd gleich weit entfernt und hat sich dadurch und durch die fortwirkende Kraft ihrer geschichtlichen Entwicklung ein hohes Maß an Eigenständigkeit bewahrt."
Gerade diese Lage zwischen den Wirtschaftszentren ist für Darmstadt verhängnisvoll, die ungünstige Verkehrsverbindung und die geringe Einzugsgebiete begrenzen Wachstum und Entwicklung der Stadt. "Die erfolgreiche Industrieansiedlungspolitik des letzten Jahrzents hat nunmehr zu einer gewissen Sättigung geführt. Raumökonomische Überlegungen auf der einen Seite und die Arbeitsmarktsituation auf der anderen Seite lassen es gegenwärtig nicht angezeigt erscheinen, über die in der ortansässigen Industrie vorhandenen Ansiedlungs- und Ansiedlungskräfte hinaus eine besonders intensive Ansiedlungspolitik zu betreiben."
Die Gewerbesteuer ist die Haupteinnahmequelle des Stadthaushaltes (1969 = 35,9 %) also die angesiedelte Industrie und ihre Produktion bestimmt indirekt die Leistungsfähigkeit des Haushaltes. Unverständlich ist dann diese gelassene Einstellung zu der Ansiedlungspolitik, wenn man weiter liest:"Nachwievor steht Darmstadt jedoch hinsichtlich der Verschuldung in der Spitzengruppe der deutschen Großstädter, obwohl in der letzten Zeit erhebliche Anstrengungen gemacht worden sind, die Schuldenlast in erträglichen Grenzen zu halten (1960 - 542,45 DM/EW, 1969 = 1473,04 DM/EW) Unter diesen Umständen ist Darmstadt- wie andere Städte- weit entfernt, alle die Aufgaben, die sich aus der Verantwortung für die gesunde räumliche Entwicklung der Stadt ergeben, aus eigener Kraft bewältigen zu können."
Die finanzielle Misere der Stadt wird als gegeben hin genommen, wie das Ansteigen der Schuldenlast beweist, und damit wird die Abhängigkeit von Investoren Institutionalisiert.
"Wie überall, so ist auch in Darmstadt der Rahmen der Planung in großen Zügen durch die natürlichen Voraussetzungen und einige faktisch als unverrückbar anzusehende, von Menschenhand geschaffene Gegebenheit abgesteckt."
Die tatsächlichen Gründe für diese freiwillige Einschränkung der Planungsmöglichkeit ist das Leitbild des organischen Städtebaus:

rüft man von ihnen (die Gegebenheiten) ausgehend die Alternativen
r eine gesunde strukturelle Entwicklung unter dem Blickwinkel heu-
iger städtebaulicher Zielsetzungen, so bietet sich als Grundschema
s der Bandstadt an.
iese Grundstruktur sowohl für die Beziehungen zwischen Wohn- und
beitsstätte als auch für die Verbindung des Wohnens mit der Land-
chaft relativ günstige Voraussetzungen. Sie ist daher zu erhalten,
fördern und weiter zu entwickeln."
cht also die natürliche Gegebenheiten, sondern eine praktisch
fgezwungene Funktion der Bandstadt - was meiner Meinung nach nicht
timmt - soll eine Nord-Süd-Achse fördern, das die Ost-West-Verbindung
terentwickelt läßt, was später Störungen u. a. in dem innerstädtisch
kehr mit sich brachte.

er eigenständige Charakter von Eberstadt und Arheilgen soll auch
ch die klare Abgrenzung des Baugebietes gegen den Kern Darmstadts
tont werden. Innerhalb dieses Kerns bedingen Topographie und bau-
che Gegebenheiten bereits eine differenzierte Struktur, die im Verein
den bestehenden und neu zu schaffenden Freiflächen einen Ansatz
r Gliederung der Baugebiete bietet. So ergibt sich eine Differenzierte
verzahnte Gliederung der Baugebiete - gleichsam ein Abbild der
lschichtigen städtischen Gesellschaft - , ohne daß in jedem Falle
rre Abgrenzungen erkennbar wären."
s war also das Ziel was erreicht werden sollte, die gesellschaft-
hen Unterschiede werden in Form von Abgrenzungen der einzelnen

Baugebiete dargestellt, (wo sich dann die Einwohner "ökonomische raumgerecht" verhalten) die Trennungslinien werden mit "Freiflächen" überbrückt und damit fällt auch die auffällige Trennung weg, d.h. wird verschleiert. Die Aufteilung der einzelnen Nutzungsgebiete verdeutlicht diese Aussage. Die reine Einhaltung der Nutzung wird streng verfolgt.

"Die Zerstückelung des Lebens in eine Reihe von kleineren Einheiten, die der architektionische Funktionalismus hervorgebracht hat, ... hat den konkreten Kontakt des Menschen mit seinesgleichen abgebrochen und die Bildung von soziologisch funktionalen Klassen ermöglicht, von Klassen also, die ausgebeutet werden können." (24)

"Das Mischgebiet, ein mit der Zielsetzungen des heutigen Städtebaues schwer verträglicher Baugebietstyp ..., ist nur dort auszuweisen wo der Baubestand eine andere Klassifizierung nicht zuläßt und eine Möglichkeit zur Strukturänderung vorerst nicht gesehen wird.
Auch das Allgemeine Wohngebiet verwandt, ist nur dort ausgewiesen worden, wo die starke Durchsetzung von Wohnnutzung mit Kleinbetrieben und Läden - eine fast zwangsläufige, aber nichts destoweniger städtebaulich unglückliche Folge der Wiederaufbauvoraussetzungen - eine Einreihung unter den Begriff des reinen Wohngebietes nicht erlaubte.
Dieser Schritt ist nicht nur gerechtfertigt, sondern notwendig, wenn man die Ruhe und Ungestörtheit auch des innerstädtischen Wohnens sichern will. Das aber muß eines der wesentlichen Ziele städtebaulicher Planung sein."

Gerade die Funktionen, welche die Voraussetzungen für ein städtisches Leben sind, wurden aus der Stadt verbannt. Läden und Kleinbetriebe ermöglichen den direkten Zusammenhang zwischen Wohn- und Arbeitsstätte, verkürzen Verkehrswege und dienen zur Kommunikation. So könnte z. B. eine Mutter halbtags in einem Kleinbetrieb oder Laden arbeiten, wenn die langen Anfahrtswege und Reisekosten entfallen würden. Diese Einrichtungen wirken nicht störend, weil sie sowieso nur tagsüber arbeiten. Störend wirkt demgegenüber der Kfz-Verkehr, der durch die langen Anfahrtswege (bedingt auch durch das Grundschema der Bandstadt) und Konzentrationen der Gewerbebetriebe und wegen des Stoßbetriebes zur wesentlichen Lärmbelästigung beitragen.
Die Stadtplanung verstand unter Ruhe und Ungestörtheit wahrscheinlich die "pyschische Ruhe".

"Das Kleinsiedlungsgebiet alter Art hat angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung (?) keinen Platz mehr innerhalb des städtischen Baugebietes.

Das schließt die Zulassung von Gruppenkolinsiedlungen mit Grundstücksgrößen von sechshundert bis achthundert qm, normaler Erschließung und voller Kanalisation nicht aus."Unter gesellschaftlichter Entwicklung" ist ökonomische Entwicklung zu verstehen. Nicht die Erschwinglichkeit des Einfamilienwohnhauses wird behandelt, sondern die Unwirtschaftlichkeit (wegen großen Grundstücken und kostspieliger Straßenerschließung). Nur den ideologischen Anforderungen (Wohnungsbauförderungsgesetz) und nicht den Wohnbedürfnissen soll nachgekommen werden, d. h. genügend Häuser in Arbeitsnähe. Für die gehobenen Schichten sind nämlich genügend unwirtschaftliche Grundstücke zu Vergnügungspreisen vorgesehen (Rosenhöhe).
"Um den besonderen Charakter einiger Verfügungsgebiete, die fast ausschließlich mit Eigenheimen bebaut sind, nicht zu gefährden, sind diese als Schutzgebiete ausgewiesen."
So entstehen Gettos für Kapitalkräfte oder für Prominente, die den Ruf der Stadt verbessern sollen. "In diesen Tafeln (Baunutzungstafeln) sind die überbaubaren und nicht überbaubaren Flächenanteile, die Geschoßzahl, die Mindestmaße für Grundstücksfläche und - breite, für Grenz- und Gebäudeabstände, die Höchsttiefe der Vordergebäude und des bebaubaren Grundstücksteils sowie die Zulässigkeit und Höhe nichtwohnlicher Gebäude festgelegt."
Durch solche rein technischen Vorschriften soll eine "Gesunde und menschengerechte " städtische Lebensform geschaffen werden.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß die Grundsätze der Stadtplanung direkt an den Leitbildern des organischen Städtebaues orientiertsind. Diese Leitmotive haben die Planung langfristig - bis heute - beeinflußt, trotz der Erkenntnisse die den organische, lockeren Städtebau als Fehlentwicklung darstellen. "Wir können jedoch die Erneuerung innerstädtischer Räume nicht nach den Gesichtspunkten der Gartenstadt planen und betreiben. Für den Wert einer Stadtwohnung kann nicht maßgebend sein, wie weit sie einer ländlichen Idylle ähnelt. Nicht die Hausabstände sind die wichtigsten Voraussetzungen für eine bessere Ordnung des Lebensraumes, sondern die Qualität und Ausstattung der Wohnung und die städtische Lebendigkeit. Dabei wissen wir, daß das Leben nicht planbar ist. Die Erfahrung lehrt jedoch, daß eine allzu zweckmäßige Auflockerung nicht der Erhaltung städtischen Lebens dient."(25)
Genau das Gegenteil wurde und wird bis heute hier in Darmstadt

einer Stadt mit Großstadtanspruch, verfolgt.
Die Flächennutzungspläne von 1960 wurden inzwischen mehr als 20-mal geändert. Die Aufstellung eines neuen Flächennutzungsplanes worin die Flächen für Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Erholung und sonstigen öffentlichen Grünflächen festgesetzt werden müssen, nach den Zielen der Stadtentwicklungs- und Regionalplanung, muß nach Abschluß der Metron-Untersuchung stehen.
Der neue Flächennutzungsplan kann vor 1975 nicht fertiggestellt werden, deshalb sind Teiländerungen des alten Planes notwendig.(26)
Diese Änderungen bedeuten keinen wesentlichen Strukturwandel im Stadtgebiet und in der Wohnweise.
Erstaunlich ist nur die hohe Anzahl der ausgewiesenen Einfamilienwohnhäuser (5co WE in Eberstadt Süd) trotz hoher Erschließungskosten die von der Stadt kaum aufgebracht werden können.

Die Grünplanung (27)

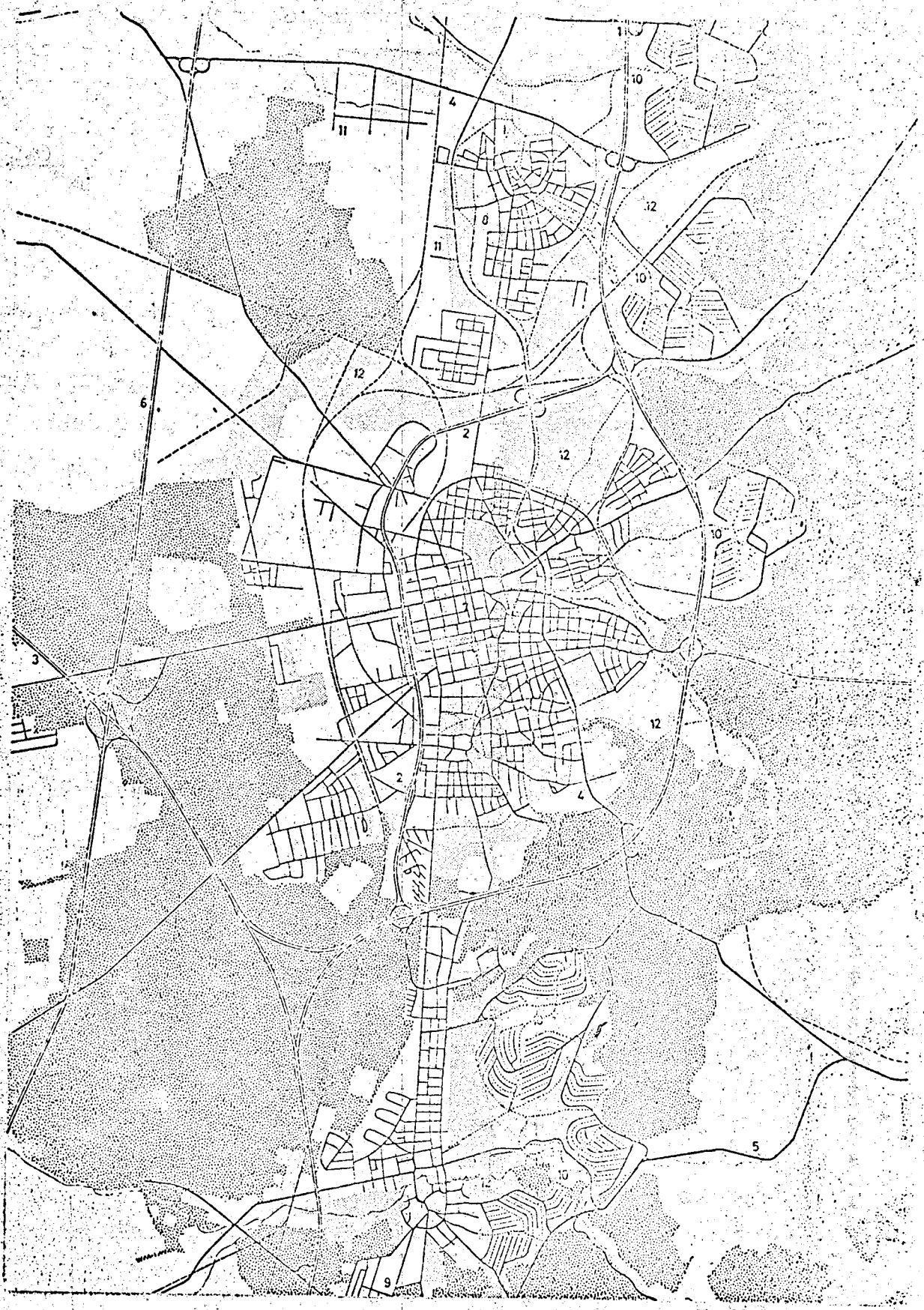
Die Stadt Darmstadt vergab den Auftag, einen Grünflächenplan als Beitrag für den Flächennutzungsplan auszuarbeiten und Grundsätze für die Einbeziehung bzw. den Ausbau der Erholungslandschaft für die Stadtentwicklungsplanung aufzustellen.
Günther Gzrimek, Gartenarchitekt in Ulm, wurde beauftragt.
"Folgendes Programm bestimmt das Leitbild für den Grünflächenplan:
1. Schaffung eines klimatischen und biologischen Gleichgewichts,
2. Zuordnung von Wohngebieten und Erholungslandschaften,
3. Ordnung der Region und Gliederung der Stadteinheiten,
4. Verbindung der Landschaft mit den Stadtzentren durch Grünzüge,
5. Schaffung eines Grünverbundes der stadtsozialen Einrichtungen (Sport, Spiel, Erziehung, Kultur, Erholung) in optimaler Distanz,
6. Einbettung von Verkehrssystemen,
7. Entwicklung und Ergänzung des umgebenen Landschaftskonzepts (Waldlandschaft)"

Zu Punkt 1: Das klimatische und biologische Gleichgewicht ist von der Grünfläche kaum abhängig. Die Ludftströmungen in der Troposphäre bestimmen die klimatischen Verhältnisse. Die Dunst- oder Wärmeglocke wird auch nicht aufgebrochen, weil der Temperaturunterschied zum Umland lediglich max 1,5 Grad C beträgt (28)

Das Argument der rascheren Abkühlung "Bei genügender Ausdehnung von intensivem Grün", hat slo wenig Wahrheitsgehalt. Zum biologischen Gleichgewicht ist zu sagen, daß "um das Kohlendioxyd zu absorbieren, daß vom Atem, Kochen und Heizen von nur vier Menschen frei wird, ca 1 ha Wald benötigt wird."(29) Bei 14o ooo Einwohner in Darmstadt wären 55 ooo ha Wald notwendig. In Wirklichkeit hat Darmstadt 55o8 ha = 47,27 % der Gesamtfläche des Stadtkreises bewaldet. Vielmehr trägt die organische lockere Bauweise zu der Luftverschmutzung bei, weil die Verkehrswege unnötig verlängert werden und die ca. 34ooo auswärtigen Berufspendler zum größten Teil mit eigenem Pkw ihren Arbeitsplatz aufsuchen. Die großen Waldgebiete um Darmstadt haben die primäre Funktion den Flugsand zu binden und die zu trockenen Luftverhältnisse zu verbessern. Diese Zustände werden durch Grünzüge in den Wohngebieten nicht verbessert.
Alle anderen Punkte lassen den Verdacht aufkommen, daß das Grün als Allheilmittel gegen alles verwendet wird. Warum muß die Landschaft mit den Stadtzentren, die stadtsozialen Verbindungen durch Grünverbund miteinander verbunden werden? Ganz deutlich erkennt man die Form der abgeänderten Gartenstadt.
Auch die Begriffe wie : "Ordnung der Regien", Gliederung der Stadteinheiten", "Grünzüge", "Grünverbund" sind Stadteinheiten des organischen Städtebaues dessen Ideologieinhalt schon nachgewiesen wurde. An einer anderen Stelle sagt Grzimek dann genau wofür das Grün gut sein soll: "In miner Idealform garantiert das soziale Grün körperliche Betätigung im Sinne von Spiegel und Bewegung. Es bietet eine möglichst große Pflanzenmasse, ... um hygienisch und therapeutisch wirksam zu sein. Es schafft eine optische Isolierung z. B. von Wohnung zu Wohnung oder auch Isolierung von Stadtteil zu Stadtteil." Es ist geradezu grotesk welche "sozialen" Inhalte in das Grün hineininterpretiert werden. Sieht man aber die Wirklichkeit, dann stellt man fest, daß Spiel und Bewegung der Kinder und Jugendliche nur auf den eingezäunten, ungenügend ausgestatteten, mit Verboten belegten Kinderspielplätzen möglich ist, ganz davon abgesehen, daß sowieso zu wenig vorhanden sind. Eine Entfaltung der Persönlichkeit des Kindes kann schon durch die dauernde Beobachtung durch die Eltern, welche wie Zuschauer auf den falsch angesonderten Bänken sitzen nicht stattfinden. Die öffentlichen Sportanlagen liegen zeils am Stadtrand und sind nur mit Verkehrsmittel zu erreichen;

außerdem ist die Möglichkeit zu ihrer Benutzung an die Vereinsmitgliedschaft gebunden.
Versucht jemand in einen Park, auf den Rasen zwischen Wohnblocks zu erholen, wird er mit dem Hinweis abgewiesen, daß die Anlagen geschützt werden müssen. Um das Aufsichtspersonal zu ersetzen, wird die Rasenfläche mit Sträuchern eingezäunt und der Zutritt verhindert. Die Anlage an der Staatlichen Ingenieurschule in der Habelstraße dient eindeutig der Repräsentation: der Mensch der hier psychisch oder physisch erholen will, wird als Störenfried verjagt.
Die Isolierung, auch die optische, erhöht die Unsicherheit des Individuums (Auch das Gefängnis ist eine Isolierung) sie macht es kommunikationsunfähig und empfänglich für Ideologien weil es deren Wahrheitsgehalt nicht durch Erfahrung und Diskussion überprüfen kann.

"Für den Stadtraum Darmstadt wird besonders großen Wert auf eine Trennung der Altbaugebiete von den zu erwartenden Neubaugebieten im Osten des Stadtkreises gelegt, und zwar durch einen zusammenhängenden Grünzug, der von Nord nach Süd verläuft, ebenso auf die Trennung der vorhandenen Siedlungsschwerpunkte Arheilgen-Darmstadt und Eberstadt-Darmstadt durch querliegende Grünzüge, die von Osten nach West verlaufen und den Waldgürtel auch um die Altbaugebiete zusammenschließen."
"Zentrale Grünflächen gewinnen an Wert, wenn sie an die Aussenlandschaft angeschlossen werden können. Isolierte Grüninseln im Stadtgebiet sind in ihrer Qualität dadurch herabgesetzt, daß ihre Lage im Siedlungsgebiet zufällig ist.
Zur Verbesserung dieser nachteiligen Situation strebt die Konzeption an, die innerstädtischen bisher isoliert gebliebenen Grünflächen untereinander und mit den Grünelementen der Landschaft zu verbinden." Kann man die Aussage nicht umdrehen, in dem isolierten Wohninseln im Grüngebiet dadurch herabgesetzt seien, da sie im Sinne des urbanen Lebens nicht funktionieren können?
"Verkehrsgrün ist noch ein sehr junger Begriff. Es wird vielen Funktionen zugleich gerecht, man kann sogar sagen, den meisten Funktionen, die das Grün überhaupt erfüllen kann: Schutzfunktion, Isolierfunktion, hygienische und therapeutische Funktionen und hohe Benutzbarkeit durch Aufnahme von verschiedenen Verkehrsträgern. Das Verkehrsgrün die Allee und die Baumreihe der Stadt



Zukünftige Waldsatelliten nach Grzimek

des XIX. Jahrhundert ab." Inwieweit diese Funktion erfüllt werden ist zweifelhaft, aber die Tatsache, daß die Baumreihe tatsächlich Lärmschutz und Schmutzfang geboten hat, die Zwerggewächse des Verkehrsgrüns dazu jedoch nicht in der Lage sind, beweist die Fragwürdigkeit der Aussage. Die Blätter der Bäume werden nach Ablauf eines Jahres abgeworfen und damit auch der Schmutz. Diesen Selbstreinigungseffekt haben die Zwerggewächse nicht, außerdem werden sie durch ihre niedrige Höhe nicht schallschluckend wirksam.

"Heute ist der Dauerkleingarten trotz seines Charakters als Refugium für Einzelne eine öffentlich Grünfläche. Er ist vor allem solchen Stadtteilen zugeordnet, in denen ein großer Anteil der Bevölkerung in Mietwohnungen lebt. Die Bürger haben keinen eigenen Grundbesitz - zumindest keinen Garten am Haus. Wer einen Garten unterhalten will, sollte von der Gemeinde deshalb die Möglichkeit dazu erhalten. Der Kleingarten wird zur sozialen Grünfläche."

Der Ideologiegehalt wird ganz deutlich. Eine ländliche Idylle soll erzeugt werden. Ersatz für die unterdrückten Bedürfnisse, Ausweg aus der inhumanen Umwelt. Durch die Möglichkeit des psychologischen Ausweges und der Befriedigung mit Ersatz, wird der Bürger der die gesellschaftlichen und politischen Hintergründe nicht erkennen kann und somit verhältnismäßig wehrlos der Manupulation ausgeliefert ist, zur Inkonsequenz verleitet. Sein Wille zur Wher wird geschwächt, er wird entpolitisiert und verfällt in politischer Lotargie.

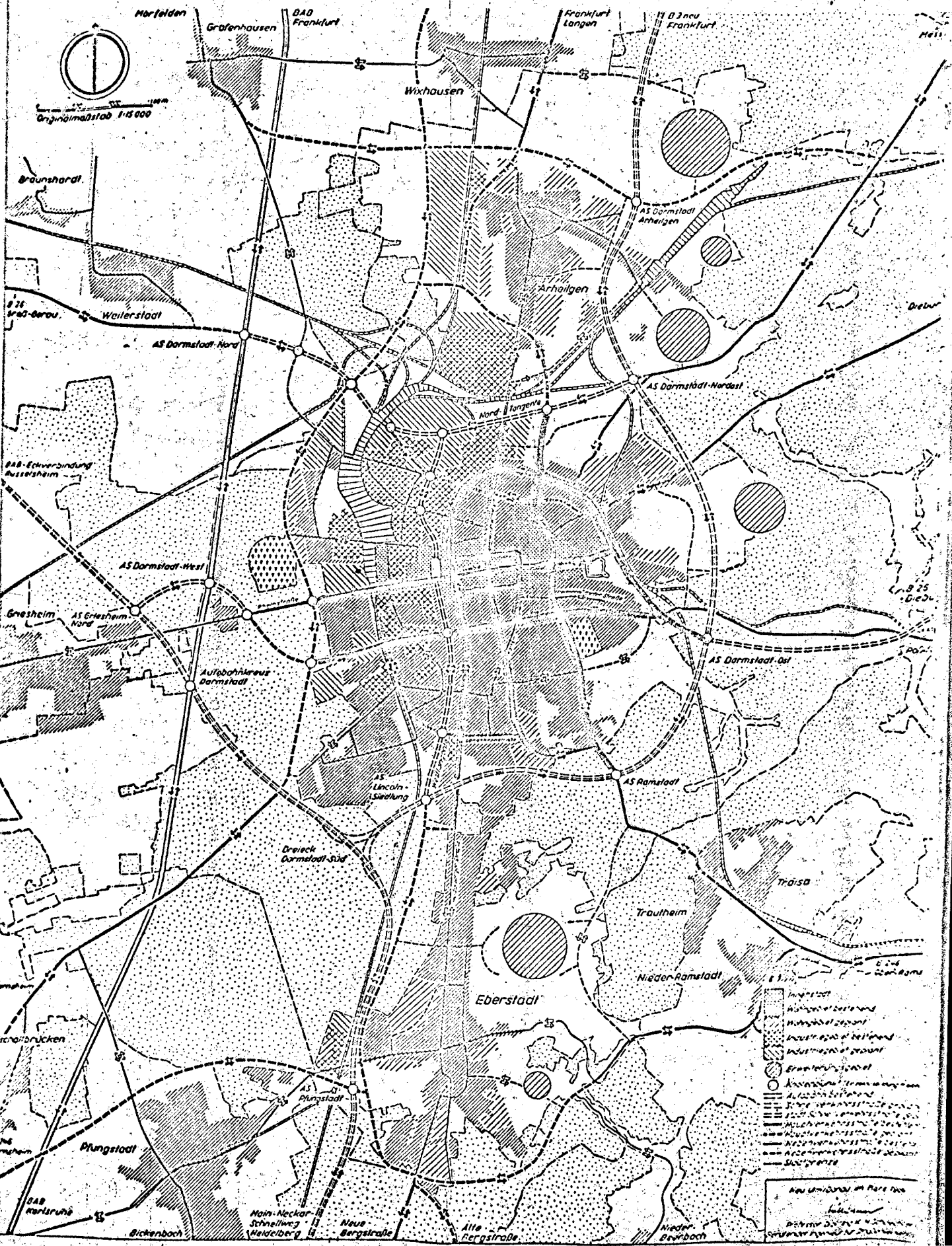
Generalverkehrsplan Darmstadt)30)

"Die geplanten Straßen liegen außerhalb der bestehenden Baugebiete, werden aber dann zu einem zentralen Verkehrssystem des Stadtraumes Darmstadt, wenn für die bauliche Entwicklung das Modell einer gegliederten Stadtregion zugrunde gelegt wird - anstelle eines weiteren Anschwellens der Kernstadt. Wenn man eine solche Siedlungskonzeption akzeptiert und das bisherige Wachstumsprinzip des Weiterwucherns und Abrundens flasch hält, kommt man zu einer in den Raum ausgreifenden Siedlungskonzeption für die das neue Verkehrssystem eine entscheidende, ja zentrale Funktion erfüllt."(31)

Das Leitmotiv das als Grundlage der Verkehrsplanung

(B) Hauptverkehrsstraßennetz - künftig (10)

Ausführungsvorschlag



genommen wurde, ist wiedrum die organische Bandstadt. Eine Weiterentwicklung des Stadtzentrums ist nicht gewünscht und wird mit Begriffen wie "Anschwellen und Weiterwucherung" diffamiert.

Die überregionale Verkehrsplanung mit dem Bau von Autobahnen und Schnellverkehrsstraßen hat den Stadtbereich berührt. Die Stadt Darmstadt beauftragte den Ulmer Professor Karl-Heinz Schaechtele eine Verkehrsuntersuchung anzufertigen. Seit 1964 liegt diese Untersuchung vor.

Die Arbeit gliedert sich in vier Abschnitte:

1. Verkehrsanalyse : hier wird der Ist-Zustand der Verkehrsstruktur erhoben. Grundlagen der Untersuchung sind Verkehrserhebungen. Gleichzeitig sind aus der Verkehrsanalyse Hinweise über die zweckmäßige Plankonzeption abzuleiten.
2. Planung: hier wird das zukünftige Verkehrssystem festgelegt.
3. Verkehrsprognose: der voraussichtliche Ablauf des ermittelten Verkehrs in dem zukünftigen Verkehrssystem wird ermittelt.
4. Verkehrsdiagnose: über den durch Motorisierungsprognose festgestellten Verkehrszuwachs bis 1980/85 wird die Dimensionierung der wichtigsten Straßenabschnitte vorgenommen.

Die Verkehrsanalyse stellt fest: Durchgangsverkehr, Ziel- und Quellenverkehr, die den Bereich der Innenstadt befahren, jedoch nicht an diese orientiert sind, müsse durch stadtnahe geführte Fernverkehrsstraßen herausgehalten werden. Diese Fernverkehrsstraßen sind durch leistungsfähige Einfallstraßen, die in den Innenstadtbereich eingeführt sind, zu erreichen. Der Ost-West Verkehr im Stadtzentrum ist durch Entlastungsverbindungen nördlich und südlich der Innenstadt zu entlasten. Die Innenstadt ist vom Iduvidualverkehr weitgehend zu entlasten.

Die in der Planung ausgearbeiteten vier Planungsvorschläge sehen im wesentlichen eine Westtangente, Nordtangente, Osttangente, den Ausbau der Nordsüd-Verbindung B 3, und die Ostwest-Verbinung B 26 vor. Weitere Einzelheiten sind aus dem Ausführungsvorschlag ersichtlich.

Die Verkehrsprognose beweist, daß das geplante Schnellverkehrsstraßennetz in der Lage ist, den Neuverkehr von den Stadtstraßen fernzuhalten. Die Schnellverkehrsstraße B 3 muß stadtnahe liegen

um eine wirkungsvolle Entlastung der radialen Einfallstraßen zu garantieren.

"Durch die Verkehrsprognose der neuen Baugebiete konnte die Qualität der Planungskonzeption des Ausführungsvorschlages eindeutig erhärtet werden." Die Verkehrsdiagnose: "Die Aufgabe dieses letzten Untersuchungsabschnittes ist es, den Nachweis über die Notwendigkeit des Verkehrsausbaues zu führen und hierbei die Dimensionierung der wichtigsten Teilabschnitte des künftigen Hauptverkehrsstraßennetzes vorzunehmen."

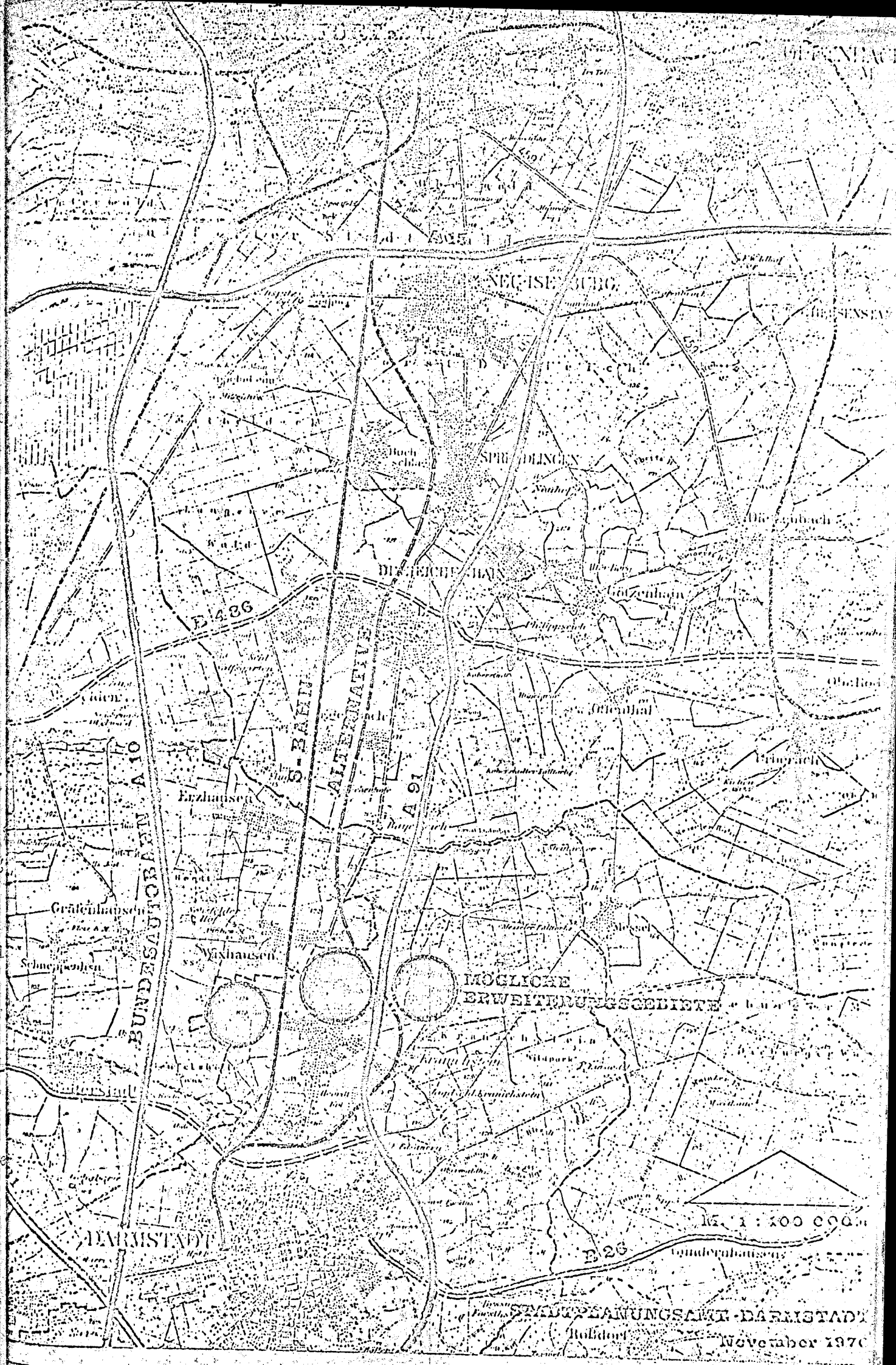
Mit Hilfe der Motorisierungsprognosen wurde der Verkehrszuwachs ermittelt. (Eine Motorisierungsziffer von 3,2 EW/Pkw.) Das zukünftige Verkehrsstraßennetz wurde auf diese Beanspruchung überprüft. "Im ganzen gesehen konnte der Nachweise erbracht werden, daß der künftig anfallende Verkehr infolge Motorisierungs- und Stadtentwicklung bewältigt wird." "Niemand bezweifelt, daß der für notwendig erachtete Verkehrsausbau schwerwiegende Entscheidungen der Stadtverwaltung und der Stadtvertretung notwendig machen. Entscheidend ist hierbei die Tatsache, daß der Ausbau des Hauptverkehrsstraßennetzes eine unabänderliche Notwendigkeit ist, wenn die wachsende Stadt in einem lebendigem Raum ihre Wirtschaftskraft im Zeitalter der Motorisierung erhalten bzw. verbessern will."

Zur Kritik an dieser Untersuchung zwingt die positivistische Auffassung des Verfassers gegenüber dem Problem. Er stellt weder das Prinzip der Bandstadt und den organischen Städtebau, noch die Nachteile des Verkehrs (Individualverkehr) und die "Notwendigkeit des Verkehrsausbaues" in Frage. Eine sinnlose Ausbreitung der Stadt, wie sie in den Plänen von Albers und Brzimek vorgesehen ist macht einen Ausbau des Straßennetzes tatsächlich notwendig. Der Mensch als Einwohner, auf dessen "Ruhe und Ungestörtheit" ein so großer Wert gelegt wurde, wird nicht beachtet. Das Verkehrsaufkommen macht ein ungestörtes Wohnen an der Heidelbergerstraße, Heinrichstraße, Rheinstraße, Rheinring usw. - als Beispiele - schon heute unmöglich. Die ausgebauten Schnellverkehrsstraßen zerschneiden einzelne Gebiete, die Überquerung der Straße mit Lebensgefahr verbunden. Dadurch wird die Straße stadt- und menschenfeindlich. Die jährlich ansteigende Zahl der Verkehrstoten und - verletzten spricht dafür (1969 = 51" 1447).

Die Schwierigkeiten besonders deutlich wenn man die Ereignisse, Diskussionen, Klagen verfolgt, die mit dem Bau der Ostautobahn A 91 verbunden sind, Hier wird auch die finanzielle Ausegslosigkeit der Stadt Darmstadt sichtbar.
"Der entschuldigende Einwand, Straßen müßten ja wohl sein, ist eine Platitäde, denn was hier geschieht ist Barbarei. Eine Stadt die um des finanziellen Vorteils Willen einen einmaligen Erholungsbereich wie den Fasanereiwald gegen eine chronische "Gürtelrose" einhandelt und zur gleichen Zeit ein Institut für Wohnen und Umwelt an Land gezogen hat, um damit ihr Engagement für die Verbesserung menschlicher Lebensformen zu dokumentieren, hat den Anspruch auf Glaubwürdigkeit verspielt

Stadtentwicklungsplanung (35)

Anfangs der 6o-er Jahre wurde deutlich, daß eine sinnvolle Entwicklung der Stadt geplant werden muß, und der Rahmen der Bauleitplanung dazu nicht ausreicht. Die Zahl der Arbeitsplätze ist schneller gewachsen als die Bevölkerungszunahme, was wiederum vom Wohnungsbau abhängig war.
1964 beauftragte die Stadt Darmstadt die Prgnos AG Basel, um eine Untersuchung über die Entwidlung von Wirtschaft und Bevölkerung in Darmstadt von 195o - 198o durchzuführen. Die Ergebnisse der Untersuchung sagten einen noch höheren Pendleranteil der Beschäftigen voraus: 1961 = 31 % ; 198o = 4o % (Vergleich 1961: Ffm = 26 %; Wiesbaden = 1o %; Offenbach = 6 %)
Die tatsächliche Entwicklung war noch schneller, 1969 betrug der Pendleranteil 49,1 %. Einen so hohen Anteil an Pendlern kann die Stadt und die Industrie nicht verkraften. Diese Aussage wird dadurch erhärtet, daß jetzt schon bestimmte Teile der Industrie aus Damrstadt abgewandert sind. Die Zahl der Industriebetriebe hatte 1962 den Höchststand von 132, 1969 waren esnur noch 117. Bei einer auf Expansion angewiesenen Marktwirtschaft sind solche rückläufigen Tendenzen existenzbedrohend.
Die bisherige Planung erwies sich als unrichtig, weil man intuitiv, nach nicht überprüfbaren Leitsätzen gehandelt hatte. Die organische, lockere Bauweise hatte die unrentable Bodennutzung verursacht. "Ende 1962 war der Mangel vor allem an Gewerbefläche offenbar."


ALTERNATIVE
A 91
BUNDESAUTOBAHN A 10
E 486
E 26
MÖGLICHE
ERWEITERUNGSGEBIETE
DARMSTADT
Erzhausen
Gräfenhausen
Wixhausen
Schneppenhausen
Griesheim
Pfungstadt
Eschollbrücker Dreieck
Weiterstadt
Braunshardt
Modautal
Ober-Ramstadt
Roßdorf
Gundernhausen
1 : 100 000
STADTPLANUNGSAMT DARMSTADT
November 1970

"Der Mangel an städtischem Grundbesitz im Bereich potenzieller Baugebiete, wie sie der Flächennutzungsplan von 1960 auswies, erforderte ab 1962 Planänderungen zur Aktivierung städtischen Eigentums, wenn die Entwicklung nicht vollend hätte zum Stillstand kommen sollen."

Schon Professor Dr. Albers entwickelte Gedanken über die Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt. Die Aussagen der Prognoss AG über die wirtschaftliche Entwiclung, ließen die Folgerung zu, daß Hessen über den Bundesdurchschnitt liegen würde. Die Planungskonzeption von Albers "ist auf die maximale Entwicklungsmöglichkeit des Stadtgebietes angelegt, nicht im Sinne eines unter allen Umständen zu erreichenden Zieles, sondern eines Rahmens, dessen Ausfüllung zwar der Entwicklung überlassen bleibt, dessen Absteckung indessen zur vernünftigen Lenkung jeder Entwicklung unerläßlich ist."

Diese Auffassung über Planung, wo "dessen Ausfüllung der Entwicklung überlassen bleibt." ist sehr fragwürdig, weil sich dann bestimmte Interessengruppen leichter durchsetzen können, als wenn ihre Wirkungsmöglichkeiten konkret überprüfbar sind. Der Stadtentwicklungsplan läßt erkennen, daß die Industrieentwicklung entweder fälsch eingeschätzt wurde, oder einfach unerwünscht war.

Die zukünftige Entwicklung der Wohngebiete breitet sich über die Landschaft aus, allerdings ist das ganze Gebiet nur für 70 000 zusätzliche Einwohner geplant. Die Kernstadt wird nicht mehr weiter ausgebaut, die Neubaugebiete sind von den bestehenden Baugebieten getrennt. So auch Eberstadt von Darmstadt und Arheilgen von Darmstadt.

Die Stadtplanung wurde von der Entwicklung überholt, und zwar von einer unkontrollierten Interessengruppe, der Bundesbahn Die "Tatsachen",die "Sachzwänge," die die von der Bundesbahn geplante S-Bahn Linie Frankufurt-Darmstadt schuf, bewirkten die genaue Fixierung der Entwicklungsmöglichkeiten des Gesamtstadtraumes. Die Entwicklung wird sich demnach auf den Nordbereich beschränken oder konzentrieren. Die Entwicklungsplanung wurde also nicht vorrangig durch rationelle gesellschaftspolitische Planungen, sondern durch die Einwirkung einer Interessengruppe bestimmt.

Exkurs: S-Bahn Planung

Die S-Bahn soll ein Skelett für das öffentliche Nahverkehrs-

system bilden, das eine rasche und intensive Verbindung der Bevölkerungs- (Wohn) und Arbeitsplatzschwerpunkte in der gesamten Region sichert. Durch ein leistungsfähiges öffentliches Nahverkehrssystem werden die Kommunikationschancen der Gesamtbevölkerung erhöht. Die Pläne für den Anschluß der noch in jeder Hinsicht unterversorgten Verkehrsnahbereiche in Starkenburg an die (groß)-städtischen Zentren müssen bereits in den 70-er Jahren entwickelt und mit der betroffenen Verkehrsnahbereich-Bevölkerung politisch verbindlich diskutiert werden. Ansonsten ist eine passive Sanierung dieser Gebiete und die Abwanderung ihrer aktiven Bevölkerung nicht mehr aufzuhalten.
Die bisherige S-Bahn Planung im Rhein-Main-Gebiet entspricht nicht einem weitsichtigen regionalen Planungskonzept . Es handelt sich um ein Stadt-Umland-Verkehrssystem. Ein Regionalverkehrssystem hat nicht nur alle anderen Zentren/Siedlungsschwerpunkte mit dem dominierenden Oberzentrum (hier Ffm) zu verbinden, sondern zumindest alle benachbarten Zentren möglichst direkt untereinander. Nach den vorliegen den Bundesbahn-Plänen wäre Darmstadt nur an einen Ausleger an Ffm. angehängt. Dieser Plan geht von den vorhandenen Bahnanlagen aus und von dem voraussichtlichen Verkehrsaufkommen, das der gegenwärtigen Siedlungsstruktur entspricht. Es handelt sich um reine Anpassungsplanung an den gegebenen Ist-Zustand. Dieser Plan orientiert sich nur mangelhaft an den voraussehbaren Entwicklungen und überhaupt nicht an den Entwicklungsmöglichkeiten des gesamten Rhein-Main-Gebietes.
Zudem orientieren sich die "Frankfurter" S-Bahn-Planungen überhaupt nicht an den Entwicklungs-Zielen der Städter, Gemeinden und Kreise in der Region.
Sie schränken vielmehr den Handlungs/Planungs- spielraum der meisten Gemeinden erheblich ein, ohne die Entwicklungsbedingungen dieser Gemeinden und die Interessen und Bedürfnisse ihrer Bevölkerung zu berücksichten. Die wirtschaftlich und soziokulturell erforderliche und von der Bevölkerung gewünschte Erweiterung des individuellen Erfahrungs- und Aktionsspielraumes (im Ramen der Region) wird durch ein derart einpolig strukturirtes Verkehrssystem nicht erreicht. Vielmehr sieht sich ein Großteil der Bevölkerung, der nicht immer nur nach Ffm zur Arbeit und zum Einkauf pendeln will oder kann weithin auf das Individualverkehrsmittel Auto verwiesen. Die geplante S-Bahn-Führung,

vor allem die Trasse Ffm.-Da., erscheint werder regional-wirtschaftlich noch gesellschaftspolitisch opitimal. Die S-Bahn-Planung ist nicht intergraler Bestandteil einer umfassenden gesellschaftspolitischen motivierten regionalen Entwicklungsplanung, sondern, verwiegend einzelwirtschaftlich motivierte reaktive Anpassungsplanung, die im nachhinein der öffentlichen Nahverkehr an vorangegangenen Veränderungen der Siedlungs- und Arbeitsplatzstruktur anzupassen und nicht die zukünftigen Entwicklungen durch Planung steuern versucht. (Auszüge aus den "Überlegungen zur Planung des Nordbereichs von Darmstadt ... ")
Der Alternativvorschlag der weiter östlich von der geplanten Linie verläuft, würde eine bessere wirtschaftliche Nutzung garantieren, denn schon heute wohnt der größte Teil der Bevölkerung weitab östlich der jetzigen Bahnlinie, damit wäre derEinzugsbereich vergrößert.

Diese Umstände haben das Stadtplanungsamt dazu veranlaßt zwei Untersuchungen durchführen zu lassen:

1. Klaus Körber, Soziologe Frankfurt: Überlegungen zur Planung des Nordbereichs von Darmstadt unter Berücksichtigung regionaler Zusammenhänge.
2. Untersuchungen für Planungsmöglichkeiten im Nordbereich, vier Vorschläge, ausgearbeitet von Stud. THD.

Die Untersuchung von Kaus Körber konzentriert sich auf die Planung der S-Bahn und ihre Auswirkung auf den Rhein-Main-Neckar Raum. Bei der jetzigen Planung entstehen Nachteile im allgemeinen und speziell für Darmstadt. Er schlägt ein regionales S-Bahn-System (Ringbahn) für das südliche Rhein-Main-Gebiet vor, welches die Entwicklung Starkenburgs und Darmstadts begünstigen würde. Die Entwicklung im Nordbereich Darmstadts muß in mehreren Bereichen forciert werden, wenn eine Schlaf-Wohnstadtsituation vermieden werden soll. Seine konkreten Vorschläge sind:

1. Nordbereich: Entwicklung der Ost-West-Achse als Aktivitätsband (Verkehrs, Gewerbe, Bildung, Freizeit)
   Flexible Planung eines dezentralisierten Zentrensystems, Vermeidung von Monopolstellungen im Versorgungssystem.
2. Kranichstein: Ansiedlung von Gewerbe, Attraktivierung der sozialen Infrastruktur Achsenzentrum mit drei Zentrumskernen.

3. Darmstadt: Sanierung der innenstadtnahen Viertel wie Martinsviertel und Johannesviertel (nur Blocksanierung) als Reservoir an billigen Wohnungen für Studenten, Gastarbeiter, Alleinstehende, Berufstätige die in Darmstadt seßhaft werden wollen.

Wohnmöglichkeiten in der Innenstadt, Arbeitsmöglichkeiten in den Außenbezirken zu erstellen um Verödnung entgegenzuwirken.

Bevor eine genaue Fixierung von Seiten des Stadtplanungsamtes stattfinden kann müssen die Ergebnisse der Strukturuntersuchung vorliegen. Für diese Strukturuntersuchung wurde die Metron GmbH Heidelberg beauftragt.

Die Planung muß außer der Strukturuntersuchung auch die vorgegebenen Strukturelemente berücksichtigen, was eine Einschränkung der Planungsmöglichkeiten bewirkt. Im Einzelnen sind es:

Nordbereich: Ein Raum mit "hohen Stadtlandschaftlichen Qualitäten" eignet sich für die Wohnbebauung (Silzbachtal, Waldnungen, Waldbuchtungen)

"Das Gelände wäre entsprechend dicht zu nutzen, um einen möglichst großen Kreis an der Gunst der Lage teilhaben zu lassen."

Die Vorstellungen über Wohnen bewegen sich immer noch in einem ländlichen Rahmen. Die Erweiterung einer Großstadt die dringend Wohnungen braucht, kann unter Berücksichtigung solcher Gesichtspunkte in Frage gestellt werden. Was ist das eigentliche Ziel: angewandter Landschaftsschutz?

"Nach Süden hin schließt den großen Landschaftsraum mit Dächern über Gärten und der Silhouette des Kirchturms, der noch intakte Ortsrand des ländlichen Arbeilgens ab, ein Stadtlandschaftlicher Schatz mit dem behutsam umgegangen werden muß."

Diese Leitsätze widersprechen den Vorstellungen, möglichst große Kreise an der Gunst der Lage teilhaben zu lassen, weil "ein Maßstab einzuhalten wäre, der sich am Bestand orientiert" man kann nur niedrige Bebauung erlauben, denn "es besteht ein echter Bedarf an Flächen für Ein- und Zweifamilienhäuser, sowie für kleinere Mehrfamilienhausbebauung."

Man kann natürlich die Frage stellen, ob das Einfamilienhaus aus städtebaulichem ökonomischen und sozialen Gesichtspunkten noch zu verantworten wäre, aber diese Faktoren spielen hier keine Rolle, weil "tatsächlich der Raum später über Schnellstraßen von allen Stadtteilen aus leichter und schneller auf-

zusuchen ist, als dies bei anderen näher zueinander gelegenen Gebieten der Fall ist." Mit solchen Argumenten redet man an dem tatsächlichen Grund vorbei; nach den Vorstellungen organischer Planer müssen die einzelnen Schichten voneinander getrennt werden, und hier soll ein Getto entstehen für qualifizierte Arbeitskräfte der forschungsbezogenen Betriebe (Silzbachtal Schwerionenbeschleuniger), welche auch hier angesiedelt werden.

Oberfeld: Der schlechte Anschluß an das Stadtstraßennetz behindert eine intensive Bebauung. Außerdem gilt noch der Leitsatz von Herrn Albers:
"Die Darmstädter Kernstadt sollte deshalb in ihren Baugebieten nicht weiter nach Osten ausgedehnt werden; lediglich das Oberfeld wird man ohne Schaden einbeziehen können, wenn im Bereich der Seewiesen und der Rosenhöhe genügend Freiraum für Sport und stadtnahe Erholung bleibt."
Die Erweiterung der Stadt ist auch hier unter dem Gesichtspunkt der von Czimek aufgestellten Kriterien für Waldsatelliten geplant. Er nennt die vermeintlichen Vorzüge:
"Die neuen Siedlungen haben als Waldsatelliten also einen sehr hohen Wohnwert, verbunden mit anderen urbanen Qualitäten. Sie erfüllen außer den beschriebenen (Nachbarschaften) noch folgende Bedingungen die sie vor Altbaugebieten auszeichnen: gutes Klima - Besonnung, Windschutz, saubere Luft, schöne Lage - Aussicht, Wald Wasser, Wohnintimität - optische Isolierung, Ruhe."
Der Wahrheitsgehalt dieser Behauptung ist niedrig. Außer, daß die Stadtautobahn A 91 die Siedlung praktich von der Stadt abschneidet - die Anbindung geschieht durch leistungsschwache Straßen -, muß das Stadtplanungsamt in die Trickliste greifen um Lärm und Luftverschmutzung entgegenzuwirken. Nach Westen muß die Bebauung einen Abstand von der Autobahn einhalten, angepflanzte Lärmschutzwälle müssen errichtet werden, die gewünschte Isolierung wird also sogar durch "Sachzwänge" motiviert. Möglicherweise soll die Straße überbaut werden, aber "der Nachweis, daß derartige Strukturen, die technisch durchaus möglich sind, auch finanziell zu tragen sind, steht allerdings noch aus."
In wieweit Verdichtung der Bebauung durchgeführt werden kann, besagt die Planung:

"In der sehr zart modellierten Landschaft des Oberfelds würden aber starke Baumassen, dazu noch in gehöriger Breitenentwicklung, den Maßstab zerschlagen. Die Rosenhöhe würde mehr einbüßen als nur den bezaubernden Rundblick. Dabei wäre es zu wünschen, daß es irgendwann einmal dieser Stadt möglich sein würde, im Einvernehmen mit der Großherzoglichen Verwaltung und evtl. über eine Bundesgartenschau dieses ehemalig einzigartige gartenbaukünstlerische Kleinod zum Wohle der Bevölkerung und zum Ruhme der Stadt wieder in alter Schönheit entstehen zu lassen würdig der auf sie einst angewandten Horaz-Worte: "illo terrarum mihi praeter omnes angulus ridet." (Nirgends lacht mir auf dieser Erde ein schönerer Winkel.)
In schwärmerischer Naivität wird hier die sog. Kulturbezogenheit, die unterschwellig auf die Restaurierung vergangener schöner Zeiten abzielt, ausgesprochen. In wessen Interesse arbeitet die Stadtentwicklungsplanung, wenn die Ausführung sich im wesentlichen auf die Installierung solcher realitätsfremden Vorstellungen beschränkt?

Kranichstein: Eine Trabantenstadt, ein Waldsatellit, ein Abbild des gewandelten organischen Städtebaus. (33)

"Das Programm für die Siedlung ergibt sich aus ihren sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Institionen. Die kleinste Einheit ist durch die Kapazität einer Volksschule bestimmt..... Vier bis fünf solcher Nachbarschaften rechtfertigen eine Oberschule und ein Geschäfts-, Kultur- und Dienstleistungszentrum. Sie stellen dann einen eigenen Stadtsatelliten dar, eine Stadt mittlerer Größe, die gegenüber anderen Stadtteilen abgegrenzt ist, und eine möglichst große Autonomie besitzt." (34)
Eine Integration mit der Großstadt ist von diesem Konzept her unmöglich. Städtische Funktionen beschränken sich auf Wohnen, Schule, Geschäfts- und Dienstleistungszentrum, die die Bildung einer "Wohn- und Schlafstadt" verhindern sollen. Fragwürdig ist außerdem, daß das Schulsystem als Grundlage für Bildung städtischer "Einheiten" verwendet wird, zumal die Schule die Aufrechterhaltung der Schichtenunterschiede garantiert. Eine Neuorientierung wie die integrierte Gesamtschule läßt dieses Konzept als überholt erscheinen.

Die Standortbestimmung.

Der letzte Prinz von Hessen hatte ein Grundstück nördlich der Fasanerie zum Kauf angeboten. Die Stadt Darmstadt ihr Vorkaufsrecht nutzen, wegen ihrer hohen Verschuldung wurden ihr keine Mittel zur Verfügung gestellt. Ein Investor als Bauträger wurde gesucht. Die Nassauische Heimstätte und die Neue Heimat wurden als Maßnahmeträger, und Professor Dr. May als Planer angenommen. Dr. May sollte für die Qualität- die die Stadt beanspruchte - sorgen.
Hier wurde eine Konzept vorgelegt, "daß den hier noch ungewohnten Wandel im Städtebau seit Beginn der 60-er Jahre auf ein Beispiel in Darmstadt übertrug. Das Leitbild der aufgelockerten Stadt: mit räumlicher Zuordnung einzelner Baukörper und stark differenzierter Höhenentwicklung, akzentuirt durch punkthochhäuser, wurde seit der beispielhaften Planung für Toulouse le Mirail abgelöst durch ein Zusammenfassen der höheren Bebauung zu einem formbestimmenden Siedlungsgerüst. Die so gewonnene einprägsame Stadtgestalt verbindet städtische Dichte mit der groß-

fügigen Freiheit halbumgriffener Landschaftsräume, in deren Buchten niedere Bebauung Platz und ihren stadtbezogenen Standort findet." Diese Begeisterung für den "Wandel im Städtebau" ist die unausgesprochene Erkenntis, daß die Auflockerung als Leitbild versagt hat. Diese Erkenntnis wurde aber nicht dazu benutzt, eine Alternative auszuarbeiten -eine menschliche urbane Umwelt - sondern die Stadtplanner glaubten, daß die Monotonie der Wohnsiedlung mit formalen Mitteln gelöst werden kann. Diese Auffassung ist das Ergebnis der Architekten-Ausbildung, in der der schöpferische Planer dazu berufen ist, seine Aufgabe - also das Bauen - nach formalen, ästetischen, funktionalen Gesichtspunkten zu lösen. Diese Aufgabe ist wertfrei und unpolitisch. Er sieht nicht wozi er missbraucht wird:

"Nicht die Priviligierten, Die Wenigen, sondern ganze Massen von bürgerlichen Angestelltenpotential können in der Trabantenstadt erfaßt werden.

Man propagiert nicht das noch einen Hauch von Individualität kleine Glück im Grünen, das durch einen Gartenzaun vom Nachbarn getrennt war, sondern man produziert in Massenanfertigung das individualisierte, infame Glück einer "heilen Welt" in den Formen monotoner Einheitsarchitektur. dabei verzichtet man aber vorerst noch nicht auf die Nähe eben dieser Eigenheimbungalows, die gwissermaßen die Lücke in der unbewußt vermittelten Geborgenheit füllen sollen und doch nur als billiger Kompromiß fungieren - ein Kompromiß, den die klassenbetonte Gesellschaft offenbar einkalkulierenmuß, aber die Klassenunterschiede nur verschleiern hilft. Denn durch das Gefühl der unmittelbaren Nachbarschaft wird eine falsche "Nähe" der sozial Bessergestelten vermittelt .... Der ehemals vielleicht noch individuell geträumte Traum vom Lande und die Möglichkeit zur Flucht dorthin werden umgemünzt in den organisierten Traum in die gelenkte Flucht." (35)

Diese gelenkte Flucht wird mit einem sozialen Auspekt versehen: "Diesem Konzept liegt nicht zuletzt auch ein bemerkenswerter sozialer Gedanke zugrunde: möglichst vielen Menschen Blickfreiheit in die Weite der einzigartigen Landschaft zu gewähren. Seit undenklichen Zeiten war das ein Qualtiätsmerkmal für Wohnlagen, die sich nur wenige leisten konnten."

Die Grundrisse, die Ausstatttung, die Miete der Verkehrsanschluß die öffentlichen Einrichtungen werden durch den sozialen Aspekt

der Lage uninteressant.

Wie wird die Frage der Geschäfts-, Kultur- und Dienstleistungszentrums behandelt?
"Die Aufgabe des Hauptzentrums soll es sein, eine Fülle von vergleichbaren Angeboten für den Käufer auf engem Raum zu versammeln."
"Die Entwicklung im Einzelhandel führt immer zu größeren Verkaufsflächen mit individueller Bedienung, meißt als Familienbetrieb geführt, mußte dieser Entwicklung in weiten Bereichen weichen."
Die Unterversorgung der Wohnbevölkerung ist apriori "miteinander konkurrierenden Geschäften" bleibt ein Monopolunternehmen. Die Lage der Siedlung wird ausgenutzt und durch Markabsprachen der Profit gesichert. Die Vertreter der Interessengemeinschaft (Einwohner) haben gegenüber der Stadtverwaltung den Wunsch geäußert, daß die "Destille an der Ecke" in die Planung mit hineingenommen wird.
"In diesem Zusammenhang wurde auf die vorhandenen alten Gaststätten hingewiesen, ... Im übrigen soll versucht werden, im Rahmen des Institute-Zentrums eventuell auf dem Dach des höheren Gebäudes ein Restaurant einzurichten."
Diese Antwort kann nur von jemandem stammen, der nicht von der dortigen Wohlage betroffen wird. Selbst die einfachsten Bedürfnisse der "Geselligkeit" in einem kkmmerziellen Unternehmen (Kneipe) werden untersagt, und es wird auf ein repräsentatives Aushängeschuld - Restaurant - hingewiesen, trotz Erfahrungen wie Schloßcafe. Eine gezielte Handlungsweise ist hier nicht abzuleugnen.

Die finanzielle Misere der Stadt mußte zu der Entwicklung führen, daß öffentliche Aufgaben durch kommerzielle Maßnahmeträge übernommen wurden.
"Die Bereitschaft des Bauvereins, in diesem Gebiet für die Stadt als Maßnahmeträger tätig zu werden, sichert den Fortgang des Wohnungsbaues ohne den städtischen Haushalt zu belasten."
(1400 GW, 50 EW) Es ist sicherlich lobenswert, daß der Wohnungsbau vorangetrieben wird, aber es ist die Frage, wie weit die Tätigkeit der Kommunalpolitiker noch als demokratisch angesehen

werden kann, wie oft noch auf ihre Kompetenz verzichtet und wann endgültig sie durch Investoren abgelöst werden.
Motivationen zur Methodik des Stadtplanungsamtes Darmstadt.

Die Grundlage für diese Analyse beruht auf der Wissenschaftsauffassungsstudie von Karl Ganser. Der Wiederaufbau und die danach folgende Planung bis heute geschah auf der ersten Stufe der Rationalität, d. h. sie war eine intuitive Planung. Die Leitsätze wurden von einer unkontrollierten Ideologie bestimmt und waren nicht überprüfbar. Die einzelnen Entwicklungsphasen wurden von dem "schöpferisch tätigen" Planer bestimmt, der auch jeweils den Oberbaudirektorenposten besetzte. Mit jedem Wechsel wurden auch die Planungskriterien gewechselt, jedoch blieben sie der Ideologie des organischen Städtebaues verpflichtet. Die Kriterien des Planungsprinzips wurden deshalb nicht angezweifelt, weil die schichtespezifischen Interessen der Städteplaner an der Aufrechterhaltung des Systems interessiert waren, und mit denen der herrschenden Schicht übereinstimmten. Das heißt, daß die Städteplaner durch Geburt, Erziehung und Ausbildung zu der Klasse gehörten der die Aufgabe zufällt, die Aufrechterhaltung der Zustände zu garantieren und die für die Erfüllung dieser Aufgabe belohnt wird, daß sie an der Macht bleibt und an den damit verbundenen Vergünstigungen teilhat. Die Rollenverteilung, die Ideologie und die selektierte, positivistische Wissenschaftsauffassung verhindert es, daß die meisten Planer Städte nach den wirklichen Bedürfnissen der Bewohner bauen können.
Reichow ist sogar so weit gegangen, daß er seine Tätigkeit außerhalb der Rationalität stellte und ihre Kontrolle dem Menschen untersagte.
Die organischen Städteplaner Grund, Albers und Grzimek bewiesen durch ihre Aussagen und Taten, daß ihr Verhalten stadtfeindlich und undemokratisch war.
Beweise: Wiederaufbau und Belebung überholter autoritärer Strukturen (Rheinstr. Innenstadtbebauung), Trennung der einzelnen Bebauungsstrukturen ("Abbild der vielschichtigen städtischen Gesellschaft") Förderung ländlicher und naturbezogener Siedlungsweise (Heimstättensiedlung, St.-Stephan-Siedlung, Waldkolonien) eine Erweiterung der Stadt in zusammenhängender Form, Verhinderung der Kommunikation durch Isolierung, Trennung der

einzelnen Funktionen, Bestimmung der Bedürfnisse der Bevölkerung nach undiskutirbaren und nicht veränderbaren Leitsätzen (Wohnform, Bildung, Erholung), keine transparente Planung, keine Überprüfung des Handels durch demokratische Gremien.
Klaus Körber sagt in seiner Untersuchung aus:
"Alle Entscheidungen räumlicher Planung müssen als Bestandteile einer Gesamt-Entwicklungsplanung mit gesellschaftpolitischen Zielsetzungen angesehen werden.
Denn: Räumliche Planungen sind nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Erreichung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Ziele. Der Stadtplaner hat deshalb immer die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen und Konsequenzen seiner Maßnahmen zu analysieren, und in Rechnung zu stellen
Stadtplanung ist ein politischer Prozess. Räumliche Planungsmaßnahmen sind nicht nur technisch- architektonische Ereignisse. Sie tangieren immer die Interessen gesellschaftlicher Gruppen, Schichten oder Klassen. Auch Stadtplanung wird durch derartige Interessen motiviert, sie dient den einen und kollidiert mit anderen. Solche Interessenszusammenhänge hat der Stadtplaner zu reflektieren und durchsichtig zu machen. Er muß sich bemühen, sie in seinen Plänen zu berücksichtigen - aber nicht unbefragt. Wenn sie den gesellschaftspoletischen Zielen der Entwicklungsplanung wiedersprechen, muß er sie offen mit politischen Begründungen, nicht mit technischen Scheinbegründungen zurückweisen."
Hier wird ganz deutlich ausgesagt, daß Stadtplanung nur auf der vierten Stufe der Rationalität, also gesellschaftspolitisch, gesehen und durchgeführt werden kann.
Unter diesem Gesichtspunkt frage ich mich nach wessen Interesse richtete sich die Stadtplanung, wenn sie ihre Entscheidungen fällte. Unzählige Fragen könnte man stellen, warum bestimmte Entscheidungen offensichtlich gegen das Interesse der Bevölkerung entschieden wurden, aber über die Hintergründe dieser Interessen ist noch keine Transparens geschaffen worden.
Entweder ist die Stadtplanung der Erfüllungsgehilfe der priviligierten Gruppen oder selbst an der Aufrechterhaltung eines Systems interessiert ist.
Von der Tatsache her gesehen, ist die Handlungsfreiheit der Stadtplaner wie Kommunalpolitiker eingeschränkt und vorprogrammiert. (Luisenplatz, S.-Bahn) Bedingt vertreten sie die

Interessen des Kapitals (Tiefgaragen-Mengler, Ludwigsstr.-Heimbau GmbH, Luisenplatz-Investoren, Moller Bau-Hotel-Konzern) Die ihnen aufgezwungene Handlungsweise und ihre formale Stellung in den demokratischen Institutionen, erzeugt eine Konfliksituation, die sie mit Scheinlösungen zu überspielen versuchen (Investorenwettbewerb, Stärkung der privaten Initiativen, vergünstigte Standorte.)

Auch Klauf Körber kritisiert diese Zustände bezogen auf die S-Bahn-Planung.

"Diese häufig vertretene und in der Regel unwidersprochen hingenommene Auffassung steht in eklatanten Widerspruch zu den Grundsätzen kommunaler Selbstverwaltung und demokratischer Planung. Denn: diese Auffassung anerkennt und rechtfertigt - zumindest implizirt - die Tatsache, daß die Planungshoheit der Gemeinden faktisch ausgehölt wird, indem die Planungen und Entscheidungen der allein demokratisch legitimierten und kontrollierbaren kommunalpolitischen Gremien den eigenwirtschaftlichen Plänen und Entscheidungen eines Monopolunternehens untergeordnet werden."

Auch ein Professor der TH Darmstadt, der von seiner gesellschaftlichen Stellung her keine unsachliche Kritik sich leisten kann meint:

"Es bedarf keiner weiteren Beispiele, um deutlich zu machen, daß in Darmstadt vor allem Architekten als willige Erfüllunggehilfen ohne schöpferische Potenz und ohne gesellschaftliche Verantwortung gefragt sind. Kritischer Verstand stört und hindert den Geschäftsablauf. "(35)

Unter den gegenwärtig verbreiteten Wissenschaftsauffassungen lassen sich vier Kategorien des Verständnisses von Rationalität isolieren (S. 14). Sie stellen wahrscheinlich eine historische Abfolge dar. Dies hindert nicht, daß sie gegenwärtig auch nebeneinander vorkommen. Trotz ihrer provozierenden Unterschiede regen sie erstaunlicherweise kaum zur Auseinandersetzung an. Viele Wissenschaftszweige ruhen immer noch unkritisch in sich selbst. Werden diese Disziplinen von außen her erkenntnistheoretisch in Frage gestellt, bedienen sie sich eiligst der Pluralismusformel, entsprechend der die garantierte Freiheit der Wissenschaft das Nebeneinander verschiedener Auffassungen rechtfertige, sogar notwendig mache. Damit ist die Provokation für einige Zeit zumindest abgewehrt.

So erklärt sich, daß gegenwärtig in den Lagern der verschiedenen wissenschaftstheoretischen Positionen und damit verbunden in den Planungsauffassungen vergleichsweise wenig Bewegung, eher festes Beharren zu beobachten ist.

3.1 Die *„essentialistische Wissenschaftsauffassung"* strebt die Ganzheitsschau des Erkenntnisobjektes an. Diese erfolgt durch die Herausarbeitung der „Wesenszüge". Rationale, d. h. nachprüfbare und mitteilbare Kriterien für die Auswahl der Wesenszüge werden nicht gegeben. Hier herrscht die Phantasie, die Intuition des Forschers. Rationalität im Sinne von Nachprüfbarkeit erweist sich auch als nicht notwendig, da die Gemeinschaft der Forscher vom gleichen Grundverständnis getragen wird. Die Bewertungsmaßstäbe für Wissenschaft und daraus abgeleitet die Profilierungskriterien für die Forscher können sich auf eine gemeinsame, unbestrittene Basistheorie berufen. Beispiele für solche essentialistische Ganzheitsbetrachtungen sind: der Landschaftsbegriff der Geographen, der Geschichtsbegriff mancher Historiker, der Gesellschaftsbegriff gewisser Soziologen, das Stadtmodell der frühen Städtebauer.[2]

Eine Trennung von „Wissenschaft" und „Kunst" ist auf dieser Stufe der Rationalität nicht möglich. Sie ist auch nicht angestrebt. Rational ist hier, was der Geist eines Forschers vorlegt.

3.2 Die *„positivistische Wissenschaftsauffassung"* entwickelte einen neuartigen, von den aufblühenden Naturwissenschaften beeinflußten Rationalitätsbegriff. Rational ist jetzt nur noch, was empirisch meßbar, in den Relationen eines Systemzusammenhangs weitgehend quantifizierbar und durch regelhaftes Auftreten gekennzeichnet ist. Die naturwissenschaftlich-technischen Ideale der Präzision, der Exaktheit, der Objektivität, der Gesetzmäßigkeit, des Experiments, der beliebigen Wiederholbarkeit färben auf Sozial- und Geisteswissenschaften ab.[3] Im Interesse dieser Rationalität muß das Erkenntnisobjekt allerdings an den Entwicklungsgrad der Techniken angepaßt werden. Bedingt durch die beschränkte Leistungsfähigkeit der bisher entwickelten Techniken können nur Teilzusammenhänge einfacher Art „rational" abgebildet werden. Sie müssen also aus größeren Zusammenhängen isoliert werden. Die bei der Isolation abgetrennten, nun externen Einflüsse werden im weiteren Verlauf der wissenschaftlichen Arbeit nicht mehr beachtet. Auch werden keine Überlegungen angestellt, welche Kriterien und Motive für die Isolation und die Auswahl von Teilzusammenhängen gelten.

Positivistische Rationalität erfreut sich in unserer von Naturwissenschaft und Technik faszinierten Gesellschaft eines hohen Ansehens. Es werden ihr Attribute wie „objektiv", „neutral", „wertfrei" zugestanden. Wissenschaft wird damit zum Produzent ideologiefreier, über jeden Zweifel erhabener, „ewig gültiger" Sachverhalte. In einer Gesellschaft, in der die Demontage geltender Werte im vollen Gang ist, Politik als wertsetzende Aufgabe aber immer noch als „schmutziges Geschäft" angesehen wird, erhält diese Art von Wissenschaft leicht eine „ex-cathedra-Funktion". Sie produziert den unangreifbaren Experten, den Gutachter über politische Meinungsverschiedenheiten.

Genauer betrachtet, erweist sich die positivistische Rationalität aber nur als Teilrationalität, die ihre Randbedingungen nicht deutlich macht. Die ihr zugestandenen Attribute gelten daher ebenfalls nur unter starken Einschränkungen.

3.3 Die *„ideologiekritische Wissenschaftsauffassung"* versucht, die ideologischen Hintergründe aufzuspüren, in die die positivistische Teilrationalität eingebettet ist. Ihr ist der Nachweis gelungen, daß positivistische Rationalität und Theorie auf ein gesellschaftliches Vorverständnis zurückzuführen sind, das die Themenwahl, die Isolation von Teilzusammenhängen, die Kriterien der Abstraktion, die Abneigung, Randbedingungen zu diskutieren und schließlich die Anwendung der Ergebnisse bestimmt. Es wird also die gemeinsame „Lücke" in der Rationalität von Essentialismus und Positivismus, das Desinteresse, das Unverständnis und die Abneigung im Erkennen des metatheoretischen Hintergrunds der wissenschaftlichen Tätigkeit aufgezeigt. Diese relativierende Rationalität ist ein Mehr an Rationalität, da nun auch die bisher nicht reflektierten Hintergründe des wissenschaftlichen Arbeitens ins Bewußtsein gehoben werden. Hiermit ist ein Ansatz gegeben, der die Grenze der Theorie gegen die Metatheorie vorschiebt.[4] Metatheorie wird in Theorie übergeführt. Die Ganzheitsschau tritt wieder in den Vordergrund. Zwar werden nach wie vor Teilzusammenhänge bearbeitet. Aber man ist sich der Randbedingungen „bewußt".

Die kontemplative Haltung in dieser Wissenschaftsauffassung beschränkt sich auf die disengagierte Darstellung der verschiedenen basistheoretischen Hintergründe. Sie huldigt dem Pluralismus der Standpunkte. Erkennen und „Interesse" existieren in verschiedenen Sphären.

3.4 Die *„gesellschaftspolitische Wissenschaftsauffassung"* löst diese Trennung auf. Erkennen und „Interesse" bilden hier eine Einheit. Die Rationalität der Positivisten und der Ideologiekritik wird um die Vorstellung von einer „vernünftigen" Gesellschaftsordnung ergänzt. Aus diesem vorgegebenen Idealbild des metatheoretischen Hintergrunds wissenschaftlichen Arbeitens leitet sich alle Rationalität ab. Rationalität erhält also neben den positivistischen und den ideologiekritischen Eigenschaften einen normativen Charakter. Wissenschaft ist gesellschaftlicher Gestaltungsauftrag. In der dogmatischen Ausprägungsform wird die Basistheorie von der dialektischen Infragestellung durch Erfahrungstheorie ausgenommen. Sie erhält axiomatischen Charakter. In der kritischen Grundhaltung wird hingegen die Basistheorie laufend hinterfragt und damit u. U. verändert. In beiden Fällen aber hat sich der Wissenschaftler für eine gesellschaftspolitische Grundhaltung zu entscheiden, aus der er seine wissenschaftliche Arbeit motiviert und seine Rationalität bezieht. Bewertungskriterium für sein Tun ist sein Gestaltungsbeitrag zur Gesellschaftsordnung.

Die Politik blieb von diesen Schüben der Rationalität nicht unberührt. Auf der zweiten Stufe erfolgte eine strikte Trennung von Politik und Wissenschaft. Beide hatten dadurch dezisionistischen Charakter erhalten, ohne es zu wissen oder wissen zu wollen. Auf der dritten Stufe wurde die Rationalität in die Politik hineingetragen, indem sich die Politik stärker als bisher in ihren Entscheidungen auf gesellschaftliche Leitbilder zurückführte und dies auch deutlich machte. Schließlich wird in der vierten Stufe der Unterschied zwischen Wissenschaft und Politik — hier rationales Erkennen, dort dezisionistisches Werten — aufgehoben. Die Rationalität leitet sich für beide Bereiche aus der gleichen gesellschaftlichen Basistheorie ab.

4. Forschungsverständnis und Planungsverständnis

Wissenschaftliche Grundauffassungen und Grundhaltungen in der Planung lassen sich aneinander messen.

4.1 Die „intuitive Planung"

Der intuitiven Planung entspricht das Wissenschaftsverständnis des Essentialismus. Die Stadtmodelle und die genialen Entwürfe großer Städtebauer der Jahrhundertwende und der 20er Jahre sind Ganzheitsplanungen, die aus dem Wesensverständnis von der Stadt des jeweiligen Planers entsprangen; Kunstwerke, die sich der Diskussion entzogen, letztlich aber einem bestimmten Weltverständnis entsprachen!

Auch die heutigen Baulcit-, Regional- und Landesentwicklungspläne, die auf umfangreichen Bestandsaufnahmen aufbauen, deren Ergebnisse anschließend in die Gehirne der Planer übernommen werden, dort nach nicht erkennbaren Regeln in Planungen übergeführt werden und schließlich den Politikern „verkauft" werden, zählen hierzu. Demnach werden gegenwärtig wahrscheinlich 90 % aller räumlichen Planungen auf der ersten Stufe der Rationalität vollzogen. In dieser Planung werden Ist-Zustände zu Soll-Zuständen verarbeitet, ohne daß erkenntlich würde, welche Ziele verfolgt werden, wem diese Ziele dienen und wer die Ziele setzt. Schließlich wird auch darauf verzichtet, die Mittel anzugeben, die zur Verwirklichung des Plans notwendig sind. Auf keinen Fall läßt sich eine Tauglichkeitsprüfung der vorgeschlagenen Mittel anstellen.

4.2 Die „technische Planung"

Die technische Planung leitet sich vom positivistischen Wissenschaftsverständnis her. Planung beschränkt sich auf Korrekturen am Detail. Darin wird eine sachlogische, also wertfreie Aufgabe gesehen. Diese ist Aufgabe des Technikers, des Experten. Nur der ist für die Anwendung der komplizierten Techniken vorgebildet. Die Gesellschaft kann deswegen Vertrauen haben.

Zum Beispiel Verkehrsplanung: Man isoliere vom Gesamtverhalten eines Menschen den Teil Verkehrsverhalten, überprüfe dieses auf statistische Regelhaftigkeiten, entleihe eine einfache Formel aus der physikalischen Mechanik, fülle diese Formel mit „Normalmenschen" und „Normalarbeitsstätten" und „Normalentfernungen", rechne einen Probelauf, vergleiche das Ergebnis mit der gemessenen Wirklichkeit, manipuliere so lange an Konstanten und Exponenten des gewählten mathematischen Ausdrucks, bis die ohnehin schon stark vereinfachte Teilrealität sich mit Anstand im Modell abbilden läßt, lasse sich vom Politiker oder von anderen „Technikern" Zahlen für „Normalmenschen" und „Normalarbeitsplätze" für das Jahr 1980 geben, rechne erneut, weise die errechneten Verkehrsbeziehungen als Straßenbaunotwendigkeit der Zukunft aus.

Erkennt man die Modellrationalität an, ist das Ergebnis nachprüfbar, logisch, unantastbar, über Zweifel erhaben, kurz: „rational".

Aber wer sagt, ob es sinnvoll ist, daß die Menschen morgen so verkehren sollen, wie sie es heute tun? Entspricht das heutige Verkehrsverhalten überhaupt den Bedürfnissen der Menschen, oder ist dieses das Ergebnis eines von außen auferlegten Zwangs, Ergebnis des Städtebaus von gestern und heute? In wessen Interesse wird dieser Zwang ausgeübt?

Fragen dieser Art ließen sich noch viele anfügen. Die Gefahr dieses Planungsansatzes wird heute zunehmend mehr bewußt: Die vielen mit großem Aufwand geplanten Einzelmaßnahmen sind nicht auf ihre Verträglichkeit geprüft. Sie heben sich in ihrer Wirkung u. U. auf. Der politische Charakter der Planung wird verdeckt. Der Bürger wird

heit des Menschen wird ausgeweitet.

4.3 Die „formal-demokratische Entwicklungsplanung"

Die formal-demokratische Entwicklungsplanung ist ein Ergebnis der ideologiekritischen Hinterfragung von technischer Planung. Unter weitgehendem Verzicht auf Quantifizierung und Abbildung in Modellen werden hier wieder größere Zusammenhänge betrachtet. Der beobachtete Istzustand wird von seinen gesellschaftlichen Entstehungs- und Bestimmtheitszusammenhängen analysiert. Die Prämissen von Prognosen werden ausgewiesen. Es entstehen Alternativen denkbarer Planungszustände, deren Ideologiegehalt miterzählt wird. Diese werden dem Politiker zur Entscheidung vorgelegt. Die Konsequenzen der jeweiligen Alternative sind dabei deutlich gemacht.

In der Auswahl der Alternativen vertraut man auf das Funktionieren der repräsentativen Demokratie. Man nimmt an, daß sich die Ziele der Mehrheit der Gesellschaft und damit ein mehrheitlich anerkanntes Gesellschaftsbild zum Richter über die angebotenen Alternativen erheben. Daneben kann der Planer seine private politische Einstellung haben; die er aber aus seiner beruflichen Tätigkeit ausblendet. Diese Planung entspricht der klassischen Gewaltentrennung in Legislative und Exekutive. Sie ermöglicht, daß Planung als wertsetzende Tätigkeit innerhalb einer sich apolitisch verstehenden Verwaltung angesiedelt sein kann.

Soweit sich Bedenken an der unverzerrten Wiedergabe der Ziele der breiten Bevölkerung durch die repräsentative Demokratie erheben, sind auch partizipatorische Ansätze denkbar. Partizipation wird hier allerdings vorwiegend als Verteilung von Information an die Bevölkerung verstanden. Aktive Hilfe in der Interessenartikulation ist bereits umstritten und wird vielfach als unvereinbar mit der „Neutralität" der Verwaltung angesehen. Partizipatorisch artikulierte Interessen münden auf keinen Fall direkt in die Planung ein. Sie werden an den repräsentativ-demokratischen Durchsetzungsweg verwiesen.

Planung und zugehörige Forschung erweisen sich also als konform mit dem Pluralismuskonzept. Soweit ist auch die Verträglichkeit mit der „Wertfreiheit" der Wissenschaft gegeben, auch wenn diese basistheoretisch relativiert ist.

Eine solche planungstheoretische Grundhaltung findet gegenwärtig raschen Anklang und institutionelle Ausweitung, da sie die wesentlichen Punkte des Selbstverständnisses der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht in Frage stellt. Sie verspricht, die erkannten Mängel der technischen Planung zu beseitigen, muß sich allerdings die Kennzeichnung als „formal-demokratisch" gefallen lassen. Es werden nämlich die gesellschaftlichen Hintergründe der Planung und der ausgearbeiteten Alternativen ausgewiesen. Planung wird als Umverteilung von Privilegien verstanden. Es wird sogar der machterhaltende, machtmehrende, also herrschaftlich orientierte Charakter politischer Entscheidungen dargelegt. Gleichzeitig werden die Alternativen aber auch dieser Entscheidungsstruktur übergeben. Formal sind somit die verschiedenen Interessenlagen der Gesellschaft in den Alternativen berücksichtigt und an der Entscheidung beteiligt. Gewählt wird jedoch meist nur jene Alternative, die den herrschenden Machtstrukturen entspricht.

4.4 Die „politische Planung"

Solche Überlegungen führten zu einer „politischen" Planungstheorie, die Planung als Mittel zur Veränderung bestehender Machtverhältnisse einsetzt. Dieses Planungsverständnis entspricht der Wissenschaftsauffassung, die Erkennen und Handlungsauftrag als untrennbar ansieht.

Ausgangspunkt ist eine Leitidee von der Gesellschaft. Alle Planungsarbeit dient lediglich dazu, diese Idee möglichst rational, also durch rationale Wahl der Mittel anzunähern. Eine derartige heute

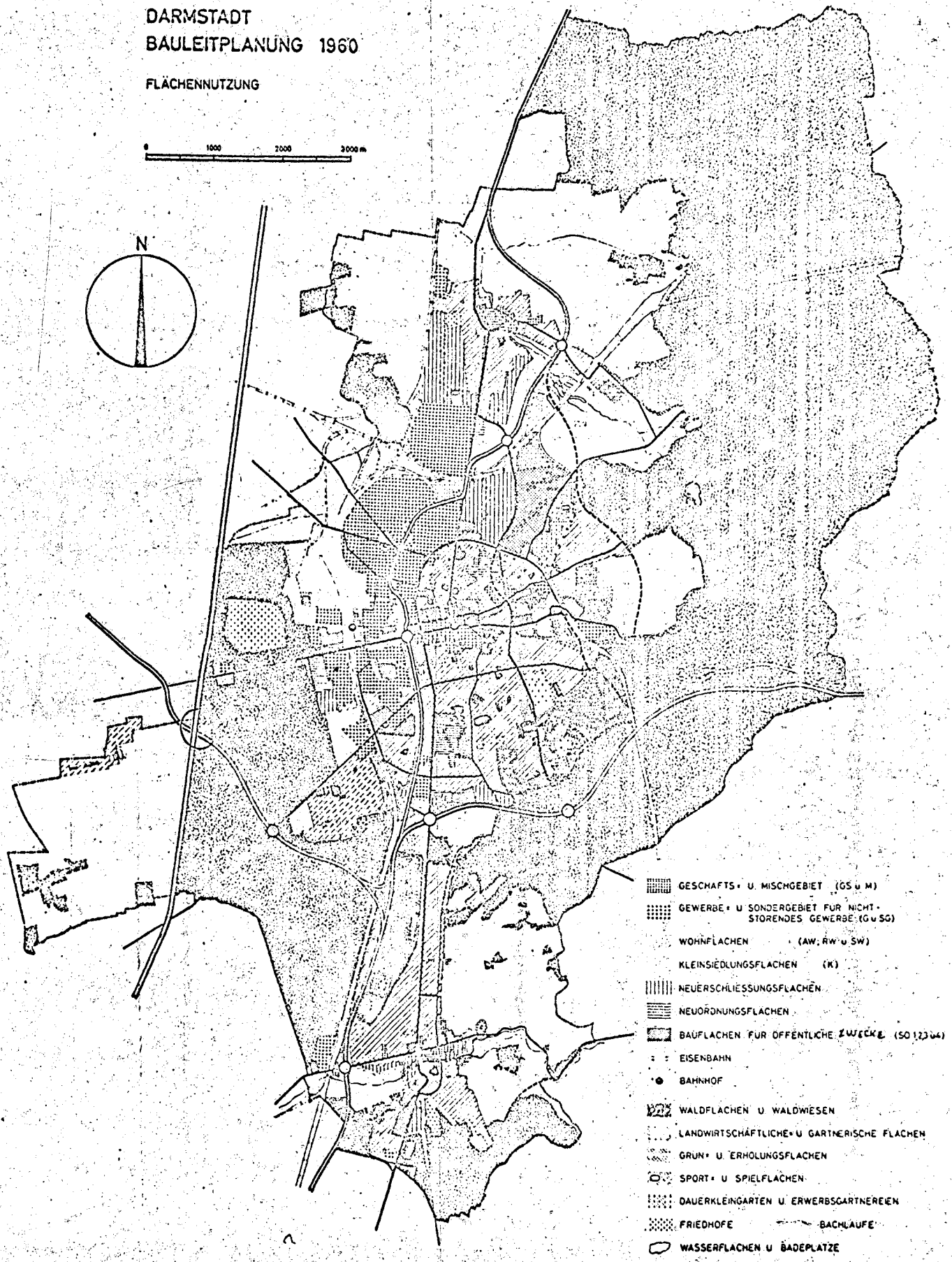
vielfach geäußerte Leitidee ist beispielsweise die „demokratisierte" oder „emanzipierte" Gesellschaft. Planung kann nunmehr keine gleichwertigen Alternativen mehr entwerfen. Es kann sich nur noch um Varianten einer Alternative handeln, die das vorgegebene Ziel mehr oder weniger gut erreichen lassen. Die politische Entscheidung ist insofern rational, als nachprüfbar erscheint, ob die getroffene Entscheidung dem Ziel entspricht. Die Entscheidung reduziert sich allerdings auf den Unsicherheitsspielraum zwischen den Varianten. Forschung, Planung und Entscheidung sind hier gleichermaßen rational und politisch zugleich. Auch hier spielen partizipatorische Bemühungen eine Rolle. Partizipation ist allerdings mehr als nur „Information und Artikulation".[5] Partizipation ist Anleitung zur Politisierung und zum aktiven Beitrag der Bürger, das ausgelegte Ziel zu verwirklichen.

DARMSTADT
BAULEITPLANUNG 1960

FLÄCHENNUTZUNG

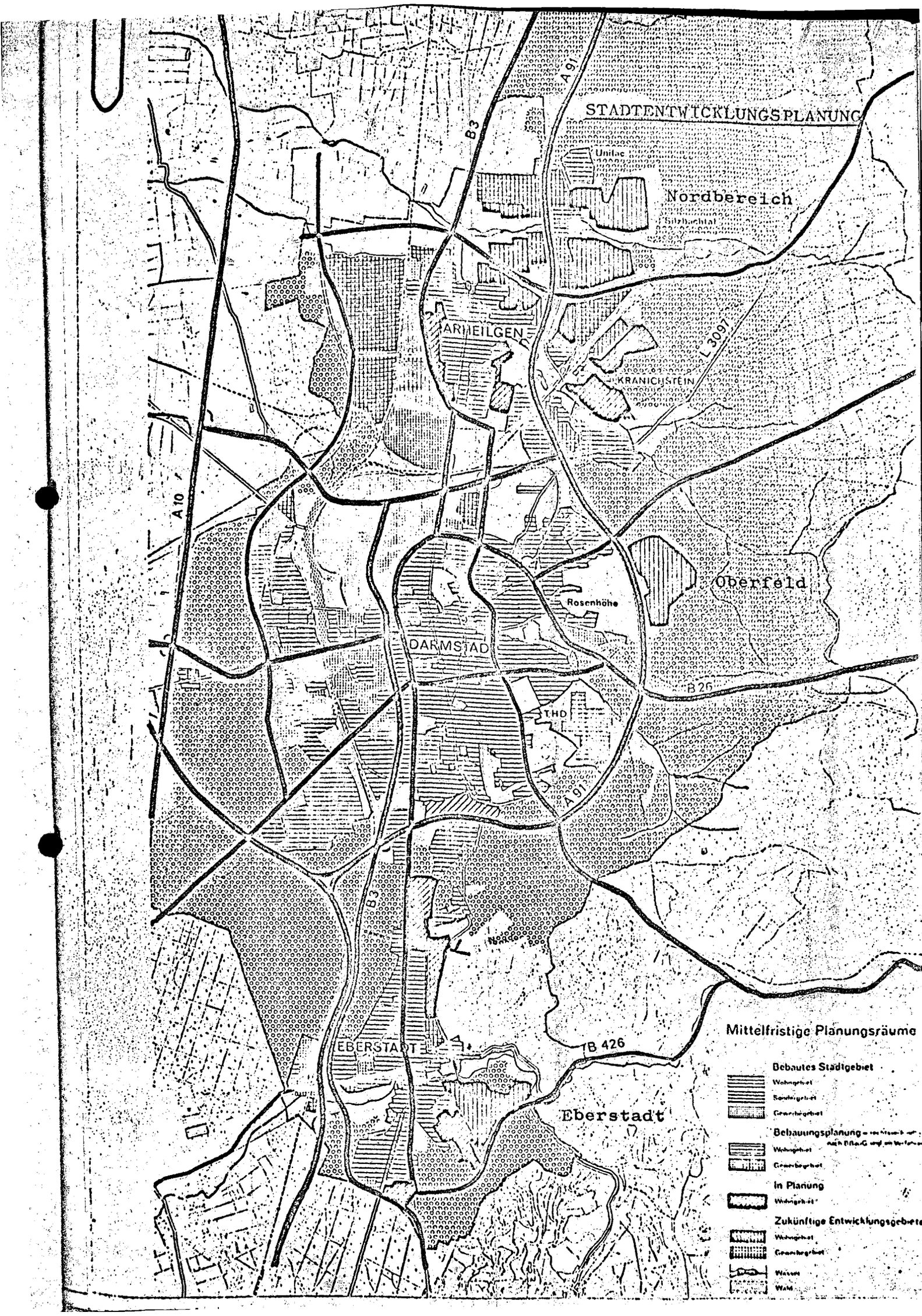
0 1000 2000 3000 m

N



- GESCHÄFTS- U. MISCHGEBIET (GS u M)
- GEWERBE- U. SONDERGEBIET FÜR NICHT-STÖRENDES GEWERBE (G u SG)
- WOHNFLÄCHEN (AW; RW u SW)
- KLEINSIEDLUNGSFLÄCHEN (K)
- NEUERSCHLIESSUNGSFLÄCHEN
- NEUORDNUNGSFLÄCHEN
- BAUFLÄCHEN FÜR ÖFFENTLICHE ZWECKE (SO 1,2,3 u 4)
- EISENBAHN
- BAHNHOF
- WALDFLÄCHEN U. WALDWIESEN
- LANDWIRTSCHAFTLICHE- U. GÄRTNERISCHE FLÄCHEN
- GRÜN- U. ERHOLUNGSFLÄCHEN
- SPORT- U. SPIELFLÄCHEN
- DAUERKLEINGÄRTEN U. ERWERBSGÄRTNEREIEN
- FRIEDHÖFE
- BACHLÄUFE
- WASSERFLÄCHEN U. BADEPLÄTZE

STADTBAUVERWALTUNG


STADTENTWICKLUNGSPLANUNG
Nordbereich
Unilac
Silzbachtal
ARHEILGEN
KRANICHSTEIN
L 3097
A 91
B3
A 10
Oberfeld
Rosenhöhe
DARMSTAD
THD
B 26
EBERSTADT
B 426
Eberstadt
Mittelfristige Planungsräume
Bebautes Stadtgebiet
Wohngebiet
Sondergebiet
Gewerbegebiet
Bebauungsplanung
Wohngebiet
Gewerbegebiet
In Planung
Wohngebiet
Zukünftige Entwicklungsgebiete
Wohngebiet
Gewerbegebiet
Wasser
Wald

Literaturverzeichnis

Architektur Extra Architektur und Stadtplanung im Spätkapitalismus März 1971 Frankfurt

Berndt Heide Architektur als Ideologie Edition Suhrkamp 1968 Frankfurt

Berndt Heide Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern Karl Krämer 1968 Stuttgart

Bentmann Reinhard, Müller, Michael Die Villa als Herrschaftsarchitektur Versuch einer kunst- und sozialgeschichtlichen Analyse Edition suhrkamp 1970 Frankfurt

Darmstädter Bürgerbuch Der Magistrat der Stadt Darmstadt 1964

Darmstadt in zahlen vom Magistrat der Stadt Darmstadt 1970

Darmstadt gibt Rechenschaft Pressestelle der Stadt Darmstadt 1968

Darmstadt schlägt sich durch zwanzig Jahre Wiederaufbau 1968 Reba-Verlag Darmstadt.

Engels Friedrich zur Wohnungsfrage Artikelserie im Vollstaat 1872 und 1873

Grzimek Günther Grünplanung Darmstadt Magistrat der Stadt Darmstadt 1965

Hofmann Werner Bodeneigentum und Gesellschaft Berlin 1968

Hofmann Werner Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft Rowohlt 1969 Hamburg

Janssen Jörn Sozialismus, Sozialpolitik und Wohnungsnot 1968 Berlin

Körber Klaus Überlegungen zur Planung des Nordbereichs von Darmstadt unter Berücksichtigung regionaler Zusammenhänge Stadt-

32 Werner Hofmann, Grundelemente der Wirtschaftsgesellschaft S.16
33 Heide Berndt, so.a. S. 29
34 so. S. 26
35 Günther Grzimek, Grünplanung Darmstadt S. 13
36 H.B. Reichow, Organische Stadtbaukunst S.4
37 s.o. S 16
38 so. S. 16
39 Heide Berndt. s.o. S. 33
40 Die Raumordnung in der Bundesrepublik (SARO-Gutachten)S. 55
41 Heide Berndt, s. o. S. 54
42 Heinrich Dräger, Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung S. 64
43 Allgemeine Anordnung des Reichsführers 1942
44 Paul Lücke, Raumordnung als politisches Leitbild in Bundesbaublatt II Nr. 11, S. 572
45 Paul Lücke, Gesunde Gemeinde - Gesundes Volk S. 5
46 Martin Wagner, Städtische Freiflächenpolitik S. 7
47 Günther Grzimek, s. o. S. 30
48 s. o. S. 13
49 Bau-Handbuch 1959 § 8
50 Günther Grzimek s.o. S. 14

1 Werner Zimmer, Darmstadt Grenzen und Möglichkeiten einer Stadt S. 57
2 Ernst May, Schriftenreihe der D. Akademie f. Städtebau und Landesplanung Heft VII 1955 S. 7o
3 Darmstadt schlägt sich durch, S. 3
4 Werner Zimmer, so. S. 19
5 s. o. S. 17
6 Darmstadt Schlägt sich durch, S. 1o
7 OB Ludwig Engel, Darmstädter Gespräch 1951
8 Werner, Zimmer, s. o. S. 27
9 s. o. S. 29
10 Darmstädter Bügerbuch, S. 1o4
11 Werner Zinner, s. o. S. 18;19
12 Darmstadt schlägt sich durch S. 37
13 s. o. S. 19
14 s. o. S. 68

15 Prof. Tamms, Schriftenreihe der D. Akademie f. Städtebau und Landesplanung Heft VII 1955 S. 68.

16 Darmstadt schlägt sich durch, S. 17

17 Dr. Gustav Feick, Darmstädter Gespräch 1951

18 OB Ludwig Engel, 1oo Jahre Bauverein

19 1oo Jahre Bauverein

2o Max Bächer, D.E. 15. 4. 1971

21 FDP Fraktionschef Hermann Kleinstück im Spiegel 6/1971 S. 5o

22 Herbert Reisser, D.E. 22, 6. 1971

23 Alle Zitate aus der Begründung zur Bauleitplanung Darmstadt 196o

24 Architektur Extra S. 135

25 Stadterneuerung in Berlin, Sitzung des Abgeordnetenhauses in Berlin 8. 6. 1964 S. 6

26 Bericht über den Planungsstand Dez/1970

27 Alle Zitate aus der Grünplanung Darmstadt

28 Grünplanung

29 Jane Jakobs, Tod und Leben großer amerikanischer Städte S. 67

3o Alle Zitate aus dem Generalverkehrsplan Darmstadt 1964 von Prof. Karl-Heinz Schaechterle

31 Günther Grzimek, s. o. S 57

32 Max Bächer, D.E. 15. 4. 1971

33 Alle Zitate aus dem Bericht über den Planungsstand

34 Günther Grzimek, s. o. S 64

35 Max Bächer, D. E. 15. 4. 1971